

# **DIPLOMARBEIT**

Titel der Diplomarbeit

## **Entwicklung und Krise des Liberalismus in Österreich**

Verfasser

Mag. phil. Patrick Schreiber

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im September 2010

Studienzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Doz. Dr. Johann Dworak

*"In unserer Zeit, die so erfüllt ist von Spaltungen, von Kämpfen und von zwieträchtigen und widersprechenden Forderungen, ist der für die Regierungen notwendige Liberalismus in letzter Linie die feste Überzeugung, dass die Vernunft schließlich über ihr Widerspiel den Sieg davon tragen wird; dass im Kampf der Meinungen und Bestrebungen die Vernünftigsten den längsten Atem haben; dass Erdichtungen und Falschheiten nur so lange leben, wie sie es verdienen, dass jedoch die Erfahrung im Irrtum und im Bösen für die Völker wie auch für die Individuen notwendig ist, und dass man daher umsonst versuchen würde, ihnen die mühsame Arbeit zu ersparen, indem man ihnen eine Wahrheit oder ein Gut darbieten würde, das sie weder verstehen noch schätzen könnten. Was wir da vorbringen, sind einfache, beinahe banale Grundsätze, sie verlangen aber, um verwirklicht zu werden, echte Staatsmänner, nicht etwa solche Berufspolitiker oder Dilettanten."<sup>1</sup>*

---

<sup>1</sup> Guido de Ruggiero, Geschichte des Liberalismus in Europa, Scientia Verlag, Aalen, 1964, S. 426

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
1.1	Definitionen	5
1.2	Thesen	10
2	Abgrenzung und Quellenkorpus	11
2.1	Literatur	11
2.2	Internetrecherchen	11
2.3	Interviews	11
2.4	Zeitungsberichte/Zeitschriften	12
3	Formen des Liberalismus	13
3.1	Politischer Liberalismus	13
3.2	Wirtschaftlicher Liberalismus	15
3.3	Kulturliberalismus	17
4	Entwicklung des Liberalismus in Österreich	20
4.1	Theoretische Grundlagen und Ziele des Liberalismus	20
4.2	Josephinismus und Revolution 1848	23
4.3	Karl Lueger und Georg Ritter von Schönerer	32
4.4	Die Erste Republik	45
4.5	Problem der Gründung einer liberalen Partei nach 1945	49
4.6	Versuch der Liberalisierung der FPÖ	53
4.7	Krise des Liberalismus - FPÖ 1986	55
4.8	Gründung des LIF – Abspaltung von der FPÖ	56
4.9	Entwicklung des LIF seit 1993	59
4.10	Verschärfung der Krise des Liberalismus - BZÖ, FPK und LIF	65
4.11	Die Liberaldemokraten	68
5	Stellung der Frauen im Liberalismus	72
6	Politische Sichtweisen	76
6.1	Liberalismus und Marxismus	76
6.2	Liberalismus und Sozialismus	79
6.3	Liberalismus und christliche Soziallehre	82
6.4	Liberalismus und Neoliberalismus	84
6.5	Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft	86
7	Stellung der österreichischen Parteien zum Liberalismus	88
7.1	Allgemeines	88
7.2	Die liberalen Positionen der einzelnen politischen Parteien	91
7.2.1	Liberales Forum (LIF)	91
7.2.2	Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	97
7.2.3	Österreichische Volkspartei (ÖVP)	100
7.2.4	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	106
7.2.5	Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)	111
7.2.6	Die Grünen	113
8	Liberalismus in der EU	117
9	Momentaufnahme des jetzigen Zustandes des Liberalismus in Österreich	120
10	Zum Zustand des Liberalismus in Österreich	124

10.1	Der Liberalismus in der österreichischen Bundesverfassung	124
10.2	Krise der Liberalen in Österreich	126
11	Folgerungen und Ausblick	128
11.1	Folgerungen	128
11.2	Ausblick	129
12	Zusammenfassung	138
13	Bibliographie	142
13.1	Literatur	142
13.2	Internetquellen	145
13.3	Zeitungen und Zeitschriften	147
13.4	Interviews	147
13.5	Parteiprogramme	147
13.6	Abbildungen	148
13.7	Abkürzungsverzeichnis	149
14	Abstract	150
15	Lebenslauf	151

# 1 Einleitung

Warum gibt es in Österreich keine starke liberale Partei, ähnlich der FDP in Deutschland? Wo sind regierungsfähige Liberale? Wieso gibt es keine liberale Alternative zu den Traditionsparteien? Die vorliegende Diplomarbeit befasst sich mit diesen Fragen und der Krise des Liberalismus. Sie versucht unter anderem zu erklären, wieso der Liberalismus in eine Krise geraten konnte.

Der heutige moderne Rechtsstaat ist ohne die Erfolge des Liberalismus nicht mehr denkbar. Der Liberalismus als ein Kind der Aufklärung brachte beispielsweise die Grund- und Menschenrechte, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, aber auch Wettbewerbsfreiheit, Pressefreiheit, Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, Freiheit von Forschung und Lehre, ebenso wie die Trennung von Staat und Kirche, um nur einige Beispiele zu nennen.

Was hat diese „Erfolgsgeschichte“ dem Liberalismus als politische Bewegung gebracht? Wir finden zwar liberale Elemente bei allen österreichischen Parteien, doch wo ist eine starke liberale Partei als Gegengewicht zu den anderen Parteien?

## 1.1 Definitionen

Ehe man sich näher mit dem Thema befasst, ist eine Begriffsklärung notwendig. Wie definiert man Liberalismus?

„Definitiv verstehen wir unter Liberalismus jenen politischen Ideenkomplex, der durch die Postulate der Selbstbestimmungsfähigkeit der Individuen durch Vernunft, der Individualfreiheit gegenüber dem Staat (Menschen- und Bürgerrechte), der Bändigung politischer Herrschaft durch Verfassung und der Selbstregulierung der Ökonomie durch Gesetzmäßigkeiten von Markt und Wettbewerb abgesteckt ist, in eine Evolutionsvorstellung geschichtlichen Fortschritt mündet und zumindest in der Entstehungs- und Blütezeit vom Bürgertum mit seinen Eigentums- und Erwerbsinteressen und seinen daraus erwachsenden Machtansprüchen getragen wurde. Der Liberalismus darf wohl als erste umfassende politische Ideologie im modernen Sinne gelten, weil er erstmals einen systematischen Ordnungs- und Entwicklungsentwurf im Wesentlichen nicht-religiös begründet und auch nicht bloß faktische Machtstrukturen untermauert, sondern eine Bewegung in bessere Zukünfte auslobt und die Kraft dazu aus den Fähigkeiten und Interessen aller einzelnen selbst schöpft.“<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Dieter Nohlen (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, Verlag C.H. Beck, München, 2001, S. 285f.

Laut dem etymologischen Duden von 1963 kommt der Begriff ‚Liberalismus‘ vom Lateinischen ‚Liberalis‘, mit der Bedeutung die Freiheit betreffend, freiheitlich, edel, vornehm, freigiebig.

„Im 18. Jahrhundert wird es neu aus französisch liberal übernommen, und zwar mit den noch heute gültigen Bedeutungen ‚vorurteilslos in politischer und religiöser Beziehung, freiheitlich gesinnt‘. In diesem Sinne lebt das Wort aus dem Geist der Aufklärung, wie auch das im Anfang des 19. Jahrhunderts aufkommende Schlagwort Liberalismus zur Bezeichnung einer Grundform politischen Verhaltens, in der das Individuum mit seinem Recht auf Freiheit im Vordergrund steht.“<sup>3</sup>

Während der Liberalismus eine Form der individuellen Freiheit ist, ist sein Gegensatz der Totalitarismus, eine Form der Herrschaft, bei der die Gesellschaft und die Individuen einer totalen Kontrolle unterworfen sind. Diese Herrschaft wird weder durch Grundrechte, noch durch Gewaltenteilung irgendwie eingeschränkt. Der Totalitarismus ist eine Ideologie, die alle Lebensbereiche betrifft. Es ist aber auch ein Staatsapparat, der hierarchisch auf einen Führer ausgerichtet ist und von einer Einheitspartei beherrscht wird. Staat und Partei kontrollieren die Wirtschaft und steuern und zensieren die Medien. In der Gesellschaft erfolgt eine Militarisierung als auch eine Ausgrenzung und systematischer Terror gegen angeblich systemzersetzende Kräfte (Juden, Bourgeoisie).<sup>4</sup>

Friedrich Julius Stahl sieht den Liberalismus kritisch nur als eine erste Stufe der Entwicklung, die schließlich in die Anarchie führt. Seiner Ansicht nach ist der Liberalismus eine philosophisch–weltanschauliche, rechtlich–politische und ökonomische Strömung. Seine Auswirkungen haben seit der Französischen Revolution die Geschichte und Kultur Europas tiefgreifend verändert und zunehmend bestimmt.

Der Liberalismus bildet „die erste Phase des ‚Systems der Revolution‘ eines ideologisch begründeten und motivierten Prozesses, der den ihm innewohnenden Gesetzen folge und über das Stadium des ‚Demokratismus‘ zum ‚Sozialismus‘ und ‚Kommunismus‘ führe, der die Selbstzerstörung und Auflösung aller Formen und Institutionen des menschlichen Zusammenlebens zur Folge habe und zuletzt auf einen permanenten Wechsel von Anarchie und Despotie hinauslaufe.“<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Der große Duden, Etymologie – Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache, Bd.7, Bibliographisches Institut Mannheim, Dudenverlag, Mannheim, 1963, S. 402

<sup>4</sup> Vgl. Dieter Nohlen (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, Verlag C.H. Beck, München, 2001, S. 528

<sup>5</sup> Hanns Jürgen Wiegand, Friedrich Julius Stahls Bild des Liberalismus in: Martin Schmidt, Georg Schwaiger, Kirchen und Liberalismus im 19.Jhdt, Vandenhoeck&Ruprecht, Göttingen, 1976, S. 48

Ludwig Mises wiederum beschäftigt sich in seiner Definition in seinem Werk "Der Liberalismus" vorerst damit, was der Liberalismus nicht ist:

"Er ist keine Religion, weil er weder Glauben noch Hingabe fordert, weil nichts Mystisches um ihn webt und weil er keine Dogmen hat; er ist keine Weltanschauung, weil er nicht den Kosmos erklären will und weil er uns nichts sagt und nichts sagen will über Sinn und Zweck des Menschendaseins; er ist keine Partei der Interessen, weil er keinem einzelnen und keiner Gruppe irgendeinen Sondervorteil verspricht, verschaffen will oder verschafft. Er ist ganz etwas anderes. Er ist Ideologie, Lehre von dem Zusammenhang der gesellschaftlichen Dinge und zugleich Anwendung dieser Lehre auf das Verhalten der Menschen in gesellschaftlichen Dingen. Er verspricht nichts, was über das hinausgeht, was in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft geleistet werden kann. Er will den Menschen nur eines geben: friedliche, ungestörte Entwicklung des materiellen Wohlstandes für alle, um so von ihnen die äußeren Ursachen von Schmerz und Leid fernzuhalten, soweit das überhaupt in der Macht gesellschaftlicher Einrichtungen steht. Leid zu mindern, Freude zu mehren, das ist sein Ziel"<sup>6</sup>

Regina Gottschalk weist in ihrer Dissertation darauf hin, dass der Begriff „Liberalismus“, obwohl dessen „Forderungen und Ideale in für uns selbstverständlichen Institutionen innerhalb von Staat und Gesellschaft, in uns völlig vertrauten Wertmaßstäben und Verhaltensnormen präsent“ sind, sich immer wieder dem Versuch einer präzisen Definition entzieht.<sup>7</sup>

Das Meyers Lexikon von 1927 definiert Liberalismus insbesondere unter Betonung des Gegensatzes Liberalismus zu Religion:

„Die liberale Gesinnung (franz. liberal), ihre Betätigung, sodann die als literarische Richtung oder Partei- und vereinsgemäß organisierten Anhänger derselben. Der Liberalismus entsprungen aus der auf alles Gute und Edle gerichteten und Idealen nachstrebenden Geisteshaltung, ist innerhalb der christlichen Kirche frühzeitig zu dem in Dogmatismus erstarrten Judentum, später zum Fanatismus des Islams in Gegensatz getreten, hat sich durch die Reformation gegenüber dem Katholizismus durch den Pietismus gegenüber den lutherischen Orthodoxie und durch die historisch – kritische Theologie gegenüber dem Nationalismus fortgebildet, philosophisch vor allem weiterentwickelt durch die Aufklärung (Aufgeklärter Absolutismus) und ist politisch aufgewertet worden im 19. Jhdt in Verbindung mit Parteibildung und Parlamentarismus gegenüber der ‚Reaktion‘; wirtschaftlich gleichbedeutend mit der Forderung nach Freihandel.“<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Ludwig Mises, Der Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena 1927, S. 168

<sup>7</sup> Vgl. Regina Gottschalk, Die Linksliberalen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik – Von der Julikrise 1917 bis zum Bruch der Weimarer Koalition im Juni 1919 (Diss.), Mainz, 1969, S. 1

<sup>8</sup> Meyers Lexikon, 7. Auflage, 6. Band, Bibliographisches Institut, Leipzig, 1927, S. 935

In der Ausgabe von Meyers Lexikon aus dem Jahr 1998 hingegen ist die Definition von Liberalismus knapper und von dem Gegensatz zur Religion keine Rede mehr:

„Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung, die die Freiheit des Einzelnen als grundlegende Norm menschlichen Zusammenlebens ansieht und den Fortschritt in Kultur, Recht, Sitte, Wirtschaft und sozialer Ordnung als den Inhalt geschichtlicher Entwicklung versteht.“<sup>9</sup>

Auch Koslowski, der im Mittelpunkt des Liberalismus die Freiheit und nicht die Solidarität sieht, definiert Liberalismus ähnlich:

„Der Liberalismus glaubt an die Freiheit und Vernunft als die Grundbestimmungen des Menschen und setzt aus diesem Glauben an Freiheit und Vernunft heraus sein Vertrauen in die Prinzipien der Selbstregulierung der bürgerlichen Gesellschaft im außenpolitischen Raum der Öffentlichkeit und Marktwirtschaft und in die Selbstregierung im Staat der parlamentarischen Demokratie.“<sup>10</sup>

Für Wolfgang Mantl ist der Liberalismus ein räumlich und zeitlich fixierbarer Epochenbegriff „als Synonym für die Aufklärungswelt der letzten 200 Jahre, die freilich durchaus ihre Verschiedenheiten aufweist, wenn man an die auf einem eher pessimistischen Menschenbild fußende pragmatische englische Aufklärung denkt und sie mit der ein optimistisches Menschenbild reflektierenden konstruktivistischen französischen Aufklärung vergleicht; fassbar in unterschiedlichen historisch-politischen Ausprägungen, die jeweils ihre verschiedenen Anhänger und Gegner fanden, und zwar als politisch – juristischer, als wirtschaftlicher und als kultureller Liberalismus; explizit liberale Parteien, die den engsten Begriff von Liberalismus ausmachen.“<sup>11</sup>

Schwan sieht im Liberalismus eine „liberale, d.h. eine rechtsstaatlich-pluralistische Demokratie mit einer kapitalistischen Marktwirtschaft, wie auch immer diese durch Mitbestimmungsgesetze oder Sozialpolitiken modifiziert sein mag. Mir leuchtet ein, dass es einen ‚reinen‘ Liberalismus nicht gibt, sondern dass sich dieses System in der realen Geschichte de facto immer modifiziert präsentiert, sei es durch unvorhergesehene Konsequenzen des politischen oder des ökonomischen Handelns, sei es durch gezielte politische Maßnahmen. Kernpunkt des Liberalismus in diesem Verständnis sind der politische

---

<sup>9</sup> Meyers Großes Taschenlexikon, Bd. 13, 6. Aufl., Bibliographisches Institut, Mannheim, 1998, S. 137f.

<sup>10</sup> Peter Koslowski, Liberalismus, Soziale Frage und Solidarität in: Emil Brix, Wolfgang Mantl, (Hrsg.) Liberalismus - Interpretationen und Perspektiven, Böhlau Verlag, Wien, 1996, S. 197

<sup>11</sup> Wolfgang Mantl, Liberalismus und Antiliberalismus in Österreich. Eine Spurensuche in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.), Liberalismus – Interaktionen und Perspektiven, Böhlau Verlag, Wien, 1996, S. 17f.



Pluralismus, also die politische Institutionalisierung von Pluralität, sowie eine Wirtschaftsordnung, die das Handeln der Akteure am Gewinnprinzip und nicht am Planerfüllungsprinzip orientiert.“<sup>12</sup>

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass es keine allgemein gültige Definition des Liberalismus gibt, wie dies auch etwa Janik mit der Überschrift „Die undefinierbarkeit des Liberalismus“ in seinem Beitrag im Sammelband „Liberalismus – Interaktionen und Perspektiven“ betont. Der Liberalismus hat in den letzten Jahrhunderten eine Wandlung durchgemacht. So war die Eugenik um 1890 durchaus auch Bestandteil liberalen Denkens, um dann Teil der nationalsozialistischen Ideologie zu werden.<sup>13</sup>

Wie Janik überzeugend argumentiert, kann man „liberal“ auch nicht vereinfacht als „nicht konservativ“ bezeichnen, da gleichfalls auch „*konservativ*“ nicht definierbar ist und eine veraltete „liberale“ Politik sich in eine „konservative“ verwandeln kann.

„Hier will ich nur folgendes erwähnen: Liberalismus ist an sich ein *grundsätzlich umstrittener Begriff*, d.h. ein Begriff, über den man endlos aber *legitim* streiten kann. Es gibt inkompatible und inkommensurable Vorstellungen von Liberalismus, die miteinander kämpfen. Es ist beispielsweise weder zufällig, noch ohne Bedeutung, dass es einen britischen und einen amerikanischen Liberalismus gibt, weil beide Gemeinwesen tief in der liberalen Tradition verwurzelt sind.“<sup>14</sup>

Bermbach ist gleichfalls der Ansicht, dass es beim Liberalismus keine exakte Aussage über seine Inhalte gibt.

„Was unter Liberalismus jeweils verstanden wird, differiert nach Ort, Zeit, Nation und Gegenstandsbereich. Von der eher engen Möglichkeit, Liberalismus mit der Ausbildung und Praxis des Manchester – Kapitalismus oder strukturell ähnlicher Wirtschaftsmodelle gleichzusetzen, über die Zuordnung von Liberalismus und politischer Aufklärung bis hin zu der Feststellung, Liberalismus bezeichne ganz allgemein die westliche politische Tradition, finden sich – in der nicht mehr überschaubaren Literatur – nahezu alle Spielarten denkbarer Begriffsvarianten.“<sup>15</sup>

---

<sup>12</sup> Gesine Schwan, Nach dem Zeitenbruch 1989/90 - Wiederkehr des Liberalismus in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.), Liberalismus – Interpretation und Perspektiven, Böhlau Verlag Wien, 1996, S. 276

<sup>13</sup> Vgl. Allan Janik Liberalismus und Aufklärungswelt: Definition und Entwicklungszusammenhänge in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.), Liberalismus – Interaktionen und Perspektiven, Böhlau Verlag, Wien, 1996, S. 65

<sup>14</sup> Allan Janik Liberalismus und Aufklärungswelt: Definition und Entwicklungszusammenhänge in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.), Liberalismus – Interaktionen und Perspektiven, Böhlau Verlag, Wien, 1996, S. 67

<sup>15</sup> Udo Bermbach, Liberalismus in: Iring Fetscher, Herfried Münkler (Hrsg.) Pipers Handbuch der politischen Ideen, Band 4, R. Piper GmbH, München, 1986, S. 323

## 1.2 Thesen

Grundsätzlich ist festzustellen, dass liberale Werte, wie Freiheit, Gleichheit oder Gerechtigkeit von den politischen Parteien und ihren Repräsentanten in Österreich häufig verwendet werden, soweit sie ihre Ansichten unterstützen. Wenn man jedoch genauer überprüft, wie weit der Liberalismus bei den im Nationalrat vertretenen politischen Parteien tatsächlich gelebt wird, dann hat man doch so seine Zweifel. Aber kann man von einer Krise des Liberalismus sprechen? Wenn man von einer eigenen liberalen politischen Bewegung ausgeht, dann befindet sich der Liberalismus meiner Ansicht nach tatsächlich in einer Krise.

Dazu habe ich folgende Thesen aufgestellt:

- 1.) Der Liberalismus befand sich 1848/49 auf seinem Höhepunkt. Von diesem Zeitpunkt an verlor er sukzessive als eigene politische Bewegung an Bedeutung.
- 2.) Liberale Gruppierungen verloren an Bedeutung, sobald sich rechtsradikale Parteien gebildet haben, wie es das Aufkommen der „Schönerianer“ beweist.
- 3.) Bis 1986 sah es so aus, als hätte der Liberalismus in der FPÖ eine Chance gehabt. 1993 mit der Abspaltung Heide Schmidts endet diese Phase.
- 4.) Gründe für die derzeitige Krise liegen unter anderem in der bereits weitgehenden Beachtung liberaler Prinzipien, die ihren Eingang in die Programme der österreichischen Parlamentsparteien gefunden haben und verbleibende nicht erfüllte liberale Forderungen, wie etwa die Einführung eines Ethik- statt Religionsunterrichtes, sind für den Wähler scheinbar nicht attraktiv genug.

## **2 Abgrenzung und Quellenkorpus**

Um die Krise des Liberalismus untersuchen zu können, werde ich in meinem Quellenkorpus einschlägige Literatur, aber auch der Recherchen im Internet, Interviews und Stellungnahmen und Berichte aus Zeitungen und Zeitschriften heranziehen. Die Grenzen der vorliegenden Arbeit sind räumlich auf Österreich beschränkt, zeitlich grundsätzlich ab der Revolution im Jahr 1848 bis heute und sachlich geht es um die Grundwerte des Liberalismus in der österreichischen Gesellschaft, insbesondere in der Parteipolitik.

Nachdem ich mich bereits mit dem Begriff des Liberalismus auseinandergesetzt habe, behandle ich in der weiteren Folge seine Formen sowie seine Entwicklung in Österreich bis in die Jetztzeit. Desweiteren gehe ich auf die verschiedenen politischen Sichtweisen, die Stellung der Frauen im Liberalismus, die Position des Liberalismus in der Europäischen Union und insbesondere in Österreich ein.

### **2.1 Literatur**

Bei meinen Literaturrecherchen werde ich mich gemäß meinen Thesen hauptsächlich auf Werke stützen, die sich mit dem Liberalismus seit der Revolution von 1848 auseinandersetzen.

### **2.2 Internetrecherchen**

Bei meinen Recherchen im Internet möchte ich speziell auf die Parteiprogramme der österreichischen Parteien eingehen, um so ein differenziertes Bild wiederzugeben und den Standpunkt zum Liberalismus besser hervorheben zu können.

### **2.3 Interviews**

Ich habe Experteninterviews mit meinungsbildenden Persönlichkeiten geführt, wobei es nicht immer leicht war Persönlichkeiten zu finden, die dazu bereit waren. An dieser Stelle möchte ich folgenden Persönlichkeiten (in alphabetischer Reihenfolge) Dank sagen. Sie haben mir nicht nur Zeit geopfert, sondern auch von ihrem jeweiligen Standpunkt aus Einblick in den Liberalismus gegeben:

- Erhard Busek (bei der Gründung des Liberalen Forums Vizekanzler und Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei);
- Günther Chaloupek (Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft der Arbeiterkammer Wien);
- Ronald Pohoryles (Sprecher des Liberalen Forums für Wissenschaft und Forschung);
- Wilfried Stadler (Herausgeber der Furche, Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstands der Investkreditbank).

## **2.4 Zeitungsberichte/Zeitschriften**

Um die Krise des Liberalismus darzustellen, geht es auch um das Studium der „veröffentlichten Meinungen“ in Zeitungen und Zeitschriften. Dabei wird deutlich wie die Sicht aus der jeweiligen Zeit war und ob sowie welche Veränderungen es gab.

### 3 Formen des Liberalismus

Man kann den Liberalismus nach seinen Ausprägungen systematisch in drei Gruppen unterscheiden:

- Politik
- Wirtschaft
- Kultur.

Eine ähnliche Unterscheidung trifft sie Mantl wenn er ausführt:

„(...) Liberalismus als räumlich und zeitlich fixierbarer Epochenbegriff:

- a.) als Synonym für die Aufklärungswelt der letzten 200 Jahre, die freilich durchaus ihre Verschiedenheit aufweist, wenn man an die auf einem eher pessimistischen Menschenbild reflektierenden konstruktivistischen französischen Aufklärung vergleicht;
- b.) fassbar in unterschiedlichen historisch – politischen Ausprägungen, die jeweils ihre verschiedenen Anhänger und Gegner fanden, und zwar als politisch – juristischer, als wirtschaftlicher und als kultureller Liberalismus;
- c.) explizit liberale Parteien, die den engsten Begriff von Liberalismus ausmachen.“<sup>16</sup>

Jede dieser Gruppen (Politik, Wirtschaft, Kultur) hat eigene liberale Unterscheidungsmerkmale, welche im Wandel der Jahrhunderte in ihrer Bedeutung Änderungen erfahren haben, doch noch immer ein liberales Leitbild darstellen. An seinen Inhalten muss sich eine liberale Gruppierung bewerten lassen. In weiterer Folge werde ich diese Kriterien auch zur Beurteilung von Krisenerscheinungen verwenden.

#### 3.1 Politischer Liberalismus

Die Wurzeln des politischen Liberalismus gehen bis ins klassische Altertum zurück, dessen Ideale wieder im Italien der Renaissance auftauchen. Sowohl in England als auch in Holland haben die Werke eines Erasmus und Montaigne politische Bewegungen ausgelöst. Liberale Werte vertrat die Partei der Whigs etwa Ende des 17. Jahrhunderts bis zur französischen Revolution. Sie vertraten die Grundsätze der Meinungsfreiheit, der Herrschaft

---

<sup>16</sup> Wolfgang Mantl, Liberalismus und Antiliberalismus in Österreich. Eine Spurensuche in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.), Liberalismus – Interpretation und Perspektiven, Böhlau Verlag, Wien, 1996, S. 18

des Gesetzes und des Sondereigentums, sowie die sich daraus ergebende Freiheit des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Die Meinungsfreiheit führte zur Forderung nach Religions- und Gewissensfreiheit sowie zur Presse,- Rede,- Versammlungsfreiheit und Freiheit der Wissenschaft und Lehre.<sup>17</sup>

Im Zentrum des politischen Liberalismus stehen der Einzelne und seine Freiheit. Diese Freiheit zu sichern, das ist Aufgabe des politischen Liberalismus, sei es nun auf staatlicher Ebene oder in wirtschaftlichen Bereichen. Jeder Einzelne ist für sich selbst verantwortlich. Der Liberalismus lehnt jeglichen Totalitarismus ab und bejaht den Staat und die moderne pluralistische Demokratie zur Garantie der Freiheit.

Im 19. Jahrhundert entstanden die Entwürfe des Liberalismus aber auch des Konservatismus und des Sozialismus und entwickelten sich zu politischen Bewegungen, die auch heute noch die Politik beherrschen. Der politische Liberalismus zu dieser Zeit, der von einer breiten Schicht des Bürgertums getragen wurde, war unter anderem gekennzeichnet durch die Forderung nach einem Rechts- und Verfassungsstaat, mit Beseitigung der ständischen Vorrechte und Selbstverwaltung der Gemeinden.

Der politische Liberalismus hat zusammengefasst hauptsächlich folgende Ziele:

- Einen demokratischen, pluralistischen Verfassungsstaat mit Trennung von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung als auch mit Grund- und Freiheitsrechten.
- Ein Staat, der sich selbst beschränkt (Machtbegrenzung und Machtkontrolle) und auf Interventionen verzichtet.<sup>18</sup>
- Bewahrung des äußeren und inneren Friedens.
- Der politische Liberalismus sieht das Individuum mit seiner Eigenverantwortung im Mittelpunkt des politischen Handelns. Verantwortlich vor allem ist nicht der Staat, sondern der Einzelne.
- Meinungsfreiheit
- Religions- und Gewissensfreiheit

---

<sup>17</sup> Vgl. Friedrich A. von Hayek, Liberalismus – Politischer Liberalismus in: Erwin v. Beckerath (Hrsg.), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften – zugleich Neuauflage des Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 6, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1959, S. 591f.

<sup>18</sup> “Von welcher Seite immer wir den Interventionismus betrachten, es zeigt sich stets, dass er zu einem Erfolg führt, den seine Urheber und Befürworter nicht beabsichtigt haben, und dass er von deren Standpunkt selbst als sinn- und zweckwidrig, als unsinnige Politik erscheinen muss.“; Ludwig Mises, Der Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927, S. 75

- Freiheit der Massenmedien
- Rede- und Versammlungsfreiheit
- Freiheit der Wissenschaft und Lehre

### 3.2 Wirtschaftlicher Liberalismus

Seine Begründung erhielt der wirtschaftliche Liberalismus durch Smith, Ricardo und Mill. An Bedeutung gewann er im 19. Jhd, wo ab dieser Zeit die liberalen Forderungen nach Gewerbefreiheit, freiem Wettbewerb, Freihandel, Berufsfreiheit langsam durchgesetzt wurden. Staatseingriffe, wie beim Merkantilismus, werden vom klassischen Wirtschaftsliberalismus abgelehnt. In Österreich erhielt der Wirtschaftsliberalismus Auftrieb nach der Revolution von 1848, wo die Forderung eine Handelskammer aufzubauen in Wien in die Tat umgesetzt wurde. Seit 1849 gibt es Handels- und Gewerbekammern als Selbstverwaltungskörper im gesamten Reichsgebiet für alle Handels- und Gewerbetreibenden. Interessant ist, dass bereits damals eine obligatorische Mitgliedschaft (je nach Sichtweise eine Zwangs- oder Pflichtmitgliedschaft) eingeführt wurde, welche eigentlich im Widerspruch zum liberalen Gedankengut steht und bis heute auch von verschiedenen Gruppen heftig kritisiert wird.<sup>19</sup>

Für Mises ist das Grundprinzip des Liberalismus die freie Marktwirtschaft, die von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Um Gewinne zu lukrieren, ist der Unternehmer gezwungen, den Markt bestmöglich zu den billigsten Preisen mit Waren zu beliefern. Aufgabe des Staates wiederum ist es, das ungestörte Funktionieren des Marktes zu garantieren.<sup>20</sup>

Eine Wirtschaft mit liberalen Grundsätzen ist mit einer kapitalistischen Wirtschaft gleich zu setzen. Mises argumentiert, dass eine kapitalistische Wirtschaft für die Masse der Menschen zu einer Verbesserung der Lebensumstände führt.

---

<sup>19</sup> Vgl. Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik – Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart in: Herwig Wolfram (Hrsg.), Österreichische Geschichte, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 237

<sup>20</sup> Vgl. Ludwig von Mises, Liberalismus – Wirtschaftlicher Liberalismus in: Erwin v. Beckerath (Hrsg.), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften – zugleich Neuauflage des Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 6, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1959, S. 596f.

"Es bedarf aber nur eines kurzen Augenblickes der Überlegung, um zu erkennen, dass die Ergebnisse aller technischen und industriellen Neuerungen sich in einer Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung der Massen auswirken. Alle Großindustrien, die Endprodukte erzeugen, arbeiten unmittelbar, alle Industrien, die Halbfabrikate und Maschinen erzeugen, mittelbar für das Wohl der breiten Massen. Die großen industriellen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte haben, geradeso wie die großen industriellen Umwälzungen des 18. Jahrhunderts, die man mit einem nicht gerade glücklich gewählten Worte als ‚industrielle Revolution‘ bezeichnet, in erster Linie eine bessere Befriedigung des Massenbedarfs bewirkt. Die Entwicklung der Konfektionsindustrie, der mechanischen Schuhwarenerzeugung und der Lebensmittelindustrie sind ihrer ganzen Natur nach den breitesten Massen zugute gekommen; sie haben es bewirkt, dass die Massen heute weit besser genährt und gekleidet sind als je vorher. Aber die Massenerzeugung sorgt nicht nur für Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern auch für andere Bedürfnisse der großen Menge. Die Presse ist geradeso Massenindustrie wie die Filmindustrie, und selbst die Theater und ähnliche Kunststätten werden von Tag zu Tag mehr zu Stätten des Massenbesuches."<sup>21</sup>

Mises vergisst aber darauf hinzuweisen, dass es einer organisierten Arbeiterschaft bedurfte, um in der „Industriellen Revolution“ auch die Masse der Bevölkerung etwa durch Kollektivverträge am Wohlstand teilhaben zu lassen.

Mantl weist darauf hin, dass der wirtschaftliche Liberalismus noch immer in den verschiedenen Ideensystemen und politischen Strömungen umstritten ist:

„Marktwirtschaft, Wettbewerb, Privateigentum erfuhren zwar nach dem Zweiten Weltkrieg, etwa im europäischen Neoliberalismus der sozialen Marktwirtschaft, bei amerikanischen Nationalökonomern, die an spezifisch österreichische Denkleistungen anknüpften, ebenso eine Renaissance, wie in entsprechenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der amerikanischen und britischen Regierungen der achtziger Jahre. Aber Widerstände und Gegenbewegungen sind unübersehbar. Auch in Österreich ist mit dem Verfall der Verstaatlichten Industrie die Diskussion um Privatisierung und Deregulierung aus mehr oder weniger bewusst wirtschaftsliberalen Impulsen gespeist worden. Eine stärkere Betonung des Privatrechts und die Ökonomische Analyse des Rechts als Teil der Neuen Politischen Ökonomie haben hier ihre Wurzeln.“<sup>22</sup>

Das Gewinnprinzip steht im Vordergrund, das schon aus Eigeninteresse zu effizienterem Wirtschaften und Innovationen führt. Allerdings entsteht hier ein Spannungsfeld zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wenn es um reine Profiterzielung auf Kosten der wirtschaftlich Schwächeren geht.

---

<sup>21</sup> Ludwig Mises, Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927, S. 9f.

<sup>22</sup> Wolfgang Mantl, Liberalismus und Antiliberalismus in Österreich. Eine Spurensuche in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.), Liberalismus – Interpretation und Perspektiven, Böhlau Verlag, Wien, 1996, S. 18f.



Der Wirtschaftsliberalismus verfolgt folgende Ziele:

- „- Sicherung freien Wettbewerbs in einer kapitalistischen Marktwirtschaft orientiert am Gewinnprinzip
- Schutz des Privateigentums
- Produktionsmittel im Privatbesitz
- Regelungen zur Vermeidung unerwünschter Folgen des radikal - liberalen Kapitalismus im Sinne eines am Bedarfsprinzip orientierten effizienten Sozialnetzes.“<sup>23</sup>

### 3.3 Kulturliberalismus

Was bedeutet Kultur im Zusammenhang mit dem Liberalismus? Zunächst einmal ist eine Definition von „Kultur“ ähnlich schwierig, wie die des „Liberalismus“. Im Meyers Lexikon findet man als Definition von Kultur:

„Gesamtheit der typischen Lebensformen größerer Gruppen einschließlich ihrer geistigen Aktivitäten, besonders der Werteinstellungen. Kultur gilt im weitesten Sinn als Inbegriff, für all das, was der Mensch geschaffen hat, im Unterschied zum Naturgegebenen. Die materielle Kultur, die technischen Grundlagen des Daseins samt deren materiellen Produkten (Obdach, Kleidung, Gerät) wird heute nicht mehr zu einer geistigen Kultur in Gegensatz gestellt. I. e. S. bezeichnet Kultur alle Bereiche der menschlichen Bildung im Umkreis von Erkenntnis, Wissensvermittlung, ethischen und ästhetischen Bedürfnissen. Kultur wird auch bedeutungsgleich mit Kultiviertheit verwendet, z.B. im Hinblick auf die zwischenmenschliche Kommunikation (Gesprächs- Konflikt-, Streitkultur).“<sup>24</sup>

Abgesehen von der Definition kommt es auch auf den Standpunkt des Betrachters an. Ein Europäer, insbesondere eine ÖsterreicherIn wird Kultur differenzierter und bedeutungsvoller sehen als etwa die Durchschnitts-AmerikanerIn. In Amerika geht man im Gegensatz zu Europa, das von Hochkultur spricht, von Marktliberalismus und Massenkultur aus. Johnston sieht noch eine weitere Schwierigkeit, nämlich die Abneigung mancher europäischer Gelehrter gegenüber dem Liberalismus:

„Je nachdem, ob man den Liberalismus als einen Förderer der Hochkultur oder als deren Totengräber betrachtet, trifft man auf eine unangenehme Feststellung: seit 1800 haben

<sup>23</sup> Heiko Nötstaller, Zur Bedeutung des Liberalismus in der österreichischen Politik am Beginn des dritten Jahrtausends (Dipl.), Wien, 2002, S. 157f.

<sup>24</sup> Meyers Großes Taschenlexikon, Bd. 12, 6. Aufl., Bibliographisches Institut, Mannheim, 1998, S. 234

allzu wenige Hochmeister der Literatur, der Philosophie und sogar der Sozialwissenschaften den politischen Liberalismus befürwortet. Viele der allergrößten Meister haben den Liberalismus entweder abgelehnt oder kaum beachtet.

(...) In Deutschland und Österreich gelangte der Liberalismus erst nach dem Tod von Goethe und Hegel in den Mittelpunkt der Diskussion, obwohl Kant und Humboldt die Prinzipien des politischen Liberalismus bereits begründet hatten. In Österreich standen Grillparzer und Stifter in ihren reifen Jahren eher gegen als für den Liberalismus. Hingegen hat der deutsche Sprachraum im zwanzigsten Jahrhundert unerwarteterweise fast mehr Liberale unter den Hochmeistern hervorgebracht als Großbritannien oder Frankreich. Ich nenne vor allem Thomas Mann, Max Weber, Georg Simmel, Sigmund Freud, Arthur Schnitzler, Robert Musil, Hans Kelsen und Karl Popper. Im antiliberalen Lager stehen Altmeister wie Friedrich Nietzsche, Hugo von Hofmannsthal, Karl Kraus, Georg Lukacs und bis zu einem gewissen Grad Franz Kafka und Ludwig Wittgenstein. Es ist also festzustellen: der Liberalismus gilt nicht unbedingt als die Geisteshaltung der schöpferischen Geister des zwanzigsten Jahrhunderts. Ein Beitrag über ‚Liberalismus und Kultur‘ muss sich daher mit dem Paradoxon abfinden, dass viele Hochmeister der liberalen Epoche dem Liberalismus ablehnend gegenüber standen.“<sup>25</sup>

Wenn man von Kultur spricht, darf man das Thema „Religion“ nicht vergessen. Religion hat die Kunst enorm befruchtet, jedoch die Kirchen, die vom Jenseitigen künden, stellen aber auch eine weltliche politische Macht dar. Damit kommen sie in Gegensatz zum Liberalismus. Mises unterstreicht, dass der duldsame Liberalismus unduldsam gegen jede Art von Unduldsamkeit sein muss. Somit steht der Liberalismus konträr zur katholischen Kirche, die mit Vehemenz und mit Intoleranz ihre Position vertritt, da sie sich als alleinige Vertreterin der wahren und richtigen Lehre sieht.

„Wenn man in dem friedlichen Zusammenarbeiten aller Menschen das Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung sieht, kann man es nicht zulassen, dass der Frieden durch Priester und Zeloten gestört werde. Der Liberalismus verkündet Duldsamkeit für jeglichen Glauben und jegliche Weltanschauung nicht aus Gleichgültigkeit gegen diese ‚höheren‘ Dinge, sondern aus der Überzeugung heraus, dass über allem und jedem die Sicherung des Friedens innerhalb der Gesellschaft stehen muss. Und weil er Duldung aller Meinungen und aller Kirchen und Sekten verlangt, muss er alle in ihre Schranken zurückweisen, wenn sie mit Intoleranz hervortreten. In einer auf friedlicher Kooperation beruhenden Gesellschaftsordnung ist kein Raum für den Anspruch der Kirchen, den Unterricht und die Erziehung der Jugend an sich zu reißen. Alles darf und muss den Kirchen verstattet bleiben, was ihre Anhänger ihnen aus freien Stücken gewähren; nichts darf ihnen erlaubt werden in Bezug auf Personen, die mit ihnen nichts zu schaffen haben wollen.“<sup>26</sup>

---

<sup>25</sup> William M. Johnston, Liberalismus und Kultur in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.) Liberalismus - Interpretationen und Perspektiven, Böhlau Verlag, Wien, 1996, S. 103f.

<sup>26</sup> Ludwig Mises, Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927, S. 49

Mises stellt abschließend fest, dass der Liberalismus Toleranz fordert und ein Kampf gegen das Dumme, das Unsinnige, das Irrige, das Böse von Liberalen mit den Waffen des Geistes und nicht mit roher Gewalt und Unterdrückung geführt werde.

Eine Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, verantwortungsbewusstes Leben ist eine entsprechende Bildung. Die Freiheit nicht nur der Wissenschaft, Forschung und Lehre, sondern auch die Wahlfreiheit seine Aus- und Weiterbildung zu wählen, zählt zu den Eckpfeilern des Liberalismus.

Die Ziele des Kulturliberalismus lassen sich folgendermaßen definieren:

- Duldung von Lehren und Meinungen
- Pressefreiheit
- Glaubens - und Bekenntnisfreiheit
- Trennung von Kirche und Staat
- Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre
- Freiheit von Kunst und Bildung <sup>27</sup>

---

<sup>27</sup> Vgl. Heiko Nötstaller, Zur Bedeutung des Liberalismus in der österreichischen Politik am Beginn des dritten Jahrtausends (Dipl.), Wien, 2002, S. 159

## 4 Entwicklung des Liberalismus in Österreich

### 4.1 Theoretische Grundlagen und Ziele des Liberalismus

Um ein besseres Verständnis für den Liberalismus in Österreich zu erhalten, möchte ich ganz kurz auch die Entwicklung bis 1848 streifen, wobei ich mich bei der Entwicklung der liberalen Parteien bis heute versuche möglichst knapp zu halten um die Arbeit nicht ausufern zu lassen: Die Entstehung des Liberalismus hängt untrennbar mit dem Entstehen des Bürgertums im 18. Jahrhundert zusammen und ist ein geistiges Erbe der Aufklärung und der Französischen Revolution. „Freiheit – Gleichheit - Brüderlichkeit“ wurden zum Kampfruf des erwachenden Bürgertums gegen die Herrschaft des Absolutismus. Diese freiheitlichen und demokratischen Bestrebungen wurden allerdings auch von anderen Bewegungen übernommen, etwa von nationalistischen Ideologien. Die Ziele der freiheitlichen Bestrebungen richteten sich jedoch immer mehr auf den Gedanken einer Nation, eines Nationalstaates. Durch die höhere Bewertung der Nation wurden allerdings die liberalen Ziele von diesen nationalistischen Interessen mehr in den Hintergrund gedrängt. Das Aufbegehren des Bürgertums gegen die absolutistischen Regime mündete schließlich in die Revolutionen von 1848.<sup>28</sup>

„Das spezifisch Österreichische am Liberalismus der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entsprach der ethnisch – kulturellen Vielfalt dieses Staates genauso wie dem komplizierten System des innenpolitischen Ausgleichs zwischen verschiedenen Teilen und verschiedenen nach nationaler Emanzipation strebenden Völkern. Daher musste das nationale (deutsch-nationale) Element im Unterschied zu Deutschland in Konkurrenz zu anderen nationalen Elementen (dem ungarischen, tschechischen, polnischen etc. Nationalismus) treten, was nicht ohne Auswirkung auf die Beschaffenheit und gesellschaftspolitische Positionierung des „Austro – Liberalismus“ blieb.“<sup>29</sup>

Man sagt über den Liberalismus, dass er sich von anderen politischen Richtungen dadurch unterscheidet, dass er nur die Interessen eines Teiles der Gesellschaft vertritt, nämlich die Reichen, und dass diese Interessen für ihn über denen der anderen Gruppen stehen. Meiner Meinung nach ist diese Behauptung nicht ganz richtig. Wie bereits unter dem Punkt „Definitionen“ dargelegt, strebt der Liberalismus das Wohl aller an. Historisch gesehen kann man sagen, dass der Liberalismus die erste politische Richtung war, die sich

<sup>28</sup> Vgl. Krzysztof Glass, Barbara Serloth, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 11ff.

<sup>29</sup> Krzysztof Glass, Barbara Serloth, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 16

grundsätzlich dem Wohle aller gewidmet hat. Auch der Sozialismus hat dieses Ziel, doch er unterscheidet sich vom Liberalismus durch die Wahl der Mittel. Es ist auch ungerechtfertigt zu behaupten, dass der Liberalismus nur den Wünschen und Interessen bestimmter gesellschaftlicher Sonderschichten dient.<sup>30</sup>

„Dass es Not und Elend gibt, ist kein Argument gegen den Liberalismus, wie die Beschränktheit des durchschnittlichen Zeitungslesers anzunehmen gewillt ist. Der Liberalismus will ja gerade Not und Elend beseitigen und hält die Mittel, die er vorschlägt für die einzig tauglichen zur Erreichung dieses Zieles. Wer glaubt, dass er einen besseren oder auch nur einen anderen Weg zu diesem Ziele kennt, der möge es beweisen. Aber die Behauptung, dass die Liberalen nicht das Wohl aller Glieder der Gesellschaft, sondern das einer Sondergruppe anstreben, ersetzt diesen Beweis keineswegs.

Die Tatsache, dass es Not und Elend gibt, wäre selbst dann kein Beweis gegen den Liberalismus, wenn die Welt heute liberale Politik befolgen würde; noch immer bliebe dann ja die Frage offen, ob nicht bei anderer Politik mehr Not und Elend herrschen würden. Angesichts des Umstandes, dass heute überall durch antilibérale Politik das Funktionieren der Einrichtung des Sondereigentums gehemmt und behindert wird, ist es natürlich ganz verkehrt, daraus, dass in der Gegenwart nicht alles so ist, wie man es wünschen würde, irgendetwas gegen die Richtigkeit der liberalen Grundsätze schließen zu wollen.“<sup>31</sup>

Wenn man von Liberalismus spricht, dann ist Jean-Jacques Rousseau mit seinem Freiheitsbegriff einer der Begründer, wenn dies auch nicht unumstritten ist. Für Rousseau ist der Mensch Ziel und Ausgangspunkt aller Politik und nicht die Begründung und Rechtfertigung von Recht und Macht, und das ist der Punkt, wo sich Rousseaus politische Philosophie fundamental von den Naturrechtstheorien seiner Zeit unterscheidet.<sup>32</sup>

Kant wiederum differenziert die angeborene Gleichheit von der nachgeordneten Gleichheit der „Befugnis“ und der bürgerlichen Gleichheit im Staat, wobei dies nur eine angeborene Folge des Rechtes der Freiheit sein kann. In seinen Definitivartikeln legte er fest, wie die konstitutionellen Bedingungen einer Verfassung aussehen sollen.

„Jeder Staat, so der erste Definitionsartikel, soll republikanisch verfasst sein. Die Verfassung und ‚alle rechtliche Gesetzgebung‘ eines Staates müssen demnach aus der Idee des ursprünglichen Vertrages hervorgehen und den Prinzipien der Freiheit des Menschen, der Einheit und Allgemeinheit der Gesetze und der Gleichheit der Staatsbürger genügen. Damit sind Prinzipien der Regierungsform, der gewaltenteiligen, ‚repräsentativen‘ Republik, nicht

<sup>30</sup> Vgl. Ludwig Mises, Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927, S. 6f.

<sup>31</sup> Ludwig Mises, Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927, S. 8f.

<sup>32</sup> Vgl. Elke Oberparleiter – Lorke, Der Freiheitsbegriff bei Rousseau – Rousseaus praktisches System der Freiheit im Kontext der deutschen Transzendentalphilosophie und eines modernen interpersonalen Freiheitsbegriffes, Königshausen und Neumann GmbH Verlag, Würzburg, 1997, S. 13f.

Grundsätze der Herrschaftsform entlang den Kategorien der klassischen Staatsformenlehre formuliert. Eine von diesen Prinzipien - die als kritisch - transzendentalphilosophische Transformation der Trias der Französischen Revolution gelesen werden können - geleitete republikanische Politik ist mit der Aussicht auf Frieden verbunden. Denn wenn ‚die Bestimmung der Staatsbürger‘ zum Krieg erforderlich ist, sei ‚nichts natürlicher, als dass, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssten [...], sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen‘.

Der zweite Definitionsartikel besagt: ‚Das Völkerrecht soll auf einen Föderalismus freier Staaten gegründet sein‘. Einen freiwilligen ‚Völkerbund‘ freier Staaten, nicht einen letztlich despotischen Weltstaat hat Kant im Blick. Kant greift die zeitgenössische Völkerrechtslehre scharf an: Grotius, Pufendorf und Vattel nennt er ‚leidige Tröster‘, deren Regelkompendien nicht die mindeste gesetzliche Kraft besäßen und überdies bei aller Humanität ihrer kriegsbegrenzenden Postulate ‚immer treuherzig zur Rechtfertigung eines Kriegsangriffs angeführt‘ würden. Namentlich bei dem damit angesprochenen freien Kriegsführungsrecht der Staaten lasse ‚sich eigentlich gar nichts denken‘. Seine Alternative ist ein Recht schaffendes Bündnis freier, tendenziell friedfertiger Republiken, das ‚alle Kriege auf immer zu endigen sucht‘ und sich auf die Erhaltung und gegenseitige Sicherung der Republiken beschränkt. In Ermangelung eines überstaatlichen Gesetzes ist der Völkerbund nur ‚das Surrogat des bürgerlichen Gesellschaftsbundes‘, das jedoch allein in Frage kommt, um dem internationalen Vernunftgebot ‚Es soll unter uns kein Krieg sein‘ das Rechtsvertrauen zur Seite zu stellen.

Vollständig ist die Rechtsperspektive des Friedens erst, wenn auch das Verhältnis eines Staates zu Fremden einbezogen wird. Der dritte Definitivartikel legt fest: ‚Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein‘. Nicht ein Gastrecht zu dem erst vertragsrechtliche Regelungen führen können, wird gefordert; vielmehr wird das ‚Recht eines Fremdlings, [...] nicht feindselig behandelt zu werden‘,- und zwar sehr explizit gegen den Kolonialismus - eingeklagt. Auch hier reflektiert Kant also betont zeitkritisch auf die Bedingungen der Möglichkeit einer friedensfördernden rechtlichen Weltverfassung, und auch hier dient ihm der Rekurs auf ein sich geschichtlich artikulierendes globales Gerechtigkeitsgefühl als Hinweis auf die ‚Ausführbarkeit (objektive Realität)‘ dessen, was die Vernunft gebietet.<sup>33</sup>

Eine generelle Zusammenfassung liberaler Vorstellungen findet sich bei Fuchs. Er ist der Auffassung, dass die Liberalen glauben, dass Erkenntnisprobleme, die überhaupt lösbar sind, mit wissenschaftlichen Methoden – und nicht etwa durch Intuition – gelöst werden können.

„Als Erben der klassischen Nationalökonomie erklären sie, dass materieller Reichtum ein Gut, Armut ein Übel ist. Privateigentum an den Produktionsmitteln scheint ihnen die einzig mögliche Basis der zivilisierten Gesellschaft. Sie nehmen in ihrer Mehrheit an, dass der

---

<sup>33</sup> Klaus Dicke, Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden (1795) in: Manfred Brocker (Hrsg.), Geschichte des politischen Denkens, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2007, S. 378f.

Gang der Weltgeschichte dem Menschengeschlecht bisher Fortschritte gebracht hat und das noch weiter tun wird. Sie bejahen im Prinzip den Gedanken der Humanität, den Gedanken der Freiheit. Gesetzgebung durch eine gewählte Volksvertretung gilt ihnen als treffliche Einrichtung.“<sup>34</sup>

## 4.2 Josephinismus und Revolution 1848

Liberalismus und Religion standen in Österreich immer schon in einem Spannungsverhältnis gegeneinander. Einen Antiklerikalismus konnte man allerdings schon in den unteren und mittleren Schichten in der Zeit vor dem Beginn des Liberalismus in Österreich bemerken, was auch eine Art des Protestes in einem nahezu rein katholischen Land gegen das Staatskirchentum war. Die Liberalen waren es aber dann, welche offen antiklerikal in der Presse auftraten und die Machtposition der Kirche und ihrer Vertreter kritisierten. Sowohl das, als auch die Einführung eines neuen Schulsystems, hatte Folgen für den Nachwuchs der Kirche, denn die Zahl des Priesternachwuchses ging stark zurück.<sup>35</sup>

Die Schriften der Aufklärer, insbesondere von Voltaire, Rousseau und Montesquieu, fanden beim Adel und Bürgertum immer mehr Interesse. In den großen Städten der Monarchie bildeten sich Klubs und Zirkel, wo die neuen Ideen der Aufklärung auf fruchtbaren Boden fielen. Man führte Diskussionen darüber, wie man Staat und Kirche reformieren und wie wirtschaftlicher Fortschritt und Gesellschaft aussehen könnten, - mit langfristigen Folgen.<sup>36</sup>

Voraussetzung für eine Verbreitung der Aufklärung und damit des Liberalismus war eine Bekämpfung des Analphabetismus und eine bessere Bildung breiter Bevölkerungsschichten. Die Bildungsunterschiede waren signifikant und nur wer besser ausgebildet war, wer lesen und schreiben konnte, hatte Chancen auf einen Aufstieg in der Gesellschaft.

„Doch allein der Anspruch der Volksbildung, den Menschen gegen die Gefahr der Re-Illiteralisierung den Zugang zu (wissenschaftlichen) Büchern zu ermöglichen, was in die

---

<sup>34</sup> Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 10f.

<sup>35</sup> Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 53f.

<sup>36</sup> Vgl. Karl Eder, Der Liberalismus in Altösterreich - Geisteshaltung, Politik und Kultur, Verlag Herold, Wien, 1955, S. 44f.

Gründung zahlreicher, meist unentgeltlich zu benützender Bibliotheken mündete, wurde in der Habsburgermonarchie als subversiver Akt betrachtet:

„[D]er Fähigkeit, lesen zu können, kam damals eine nicht unbeträchtliche politische Sprengkraft zu. Die jahrhundertelange buchfeindliche Tradition der obrigkeitlichen Stellen und der von diesen geradezu gepflegte Analphabetismus waren motiviert von dem Ideal des in jeder Hinsicht unmündigen Untertan, der als Illiterat leichter ‚handhabbar‘ war“,

erläutert Taschwer, und Dvorak fügt hinzu:

„Lesen zu können...bedeutete für die einzelnen Menschen die Entdeckung und Erschließung einer neuen Welt, das Ende der Abhängigkeit von fremden Autoritäten, das Gewinnen von Eigenständigkeit im Denken, aber zugleich auch in der Chance der Verbesserung der Lebenslage.“<sup>37</sup>

Bereits unter Kaiserin Maria Theresia zeigte sich der liberale Einfluss, der von ihren Beratern ausging und auch in der Unterrichtspflicht in der Allgemeinen Schulordnung von 1774 seinen Niederschlag fand. Dadurch kam es zu einer Säkularisierung des Schulwesens. Den meisten Einfluss auf die Kaiserin hatte ihr Staatskanzler Graf Anton Wenzel von Kaunitz - Rietberg. Er, der ursprünglich Priester hätte werden sollen, doch dann Rechtswissenschaft studierte, lernte auf Reisen durch Frankreich, England und Deutschland die Ideen der Aufklärung kennen und schätzen. So beeinflusst, kam es unter Maria Theresia unter anderem zu verschiedenen Reformen im Ordenswesen, Eingriffen in das Kirchengut, Einschränkung in das Asylrecht, Beseitigung der Inquisition und zu Initiativen zu einem Toleranzpatent.<sup>38</sup>

Die Politik Josefs II. spielte dann im späten 18. Jhd für die weitere Entwicklung des Liberalismus von Österreich eine maßgebende Rolle. Dabei waren zwei Umstände von entscheidender Bedeutung: erstens, die Selbstständigkeit, die sich der Kaiser gegenüber den höheren kirchlichen Stellen zu wahren wusste und zweitens die Entstehung eines Kryptoprotentantismus, welcher eine Opposition gegenüber den Habsburgern und der katholischen Kirche bildete. Das Toleranzpatent vom 13. Oktober 1781 führte zur Duldung der Protestanten und das Protestantentpatent vom 8. April 1861, welches ein Kind des Liberalismus war, brachte die staatsrechtliche Gleichberechtigung. Die enge Verbindung des Hauses Habsburg mit der katholischen Kirche - wobei Joseph II. als Sonderfall eine Ausnahme darstellte - erweckte nicht nur bei der liberal eingestellten Bürgerschaft Misstrauen und Widerstand.

---

<sup>37</sup> Tamara Ehs, Demokratie und politische Bildung in: Tamara Ehs (Hrsg.), Hans Kelsen – eine politikwissenschaftliche Einführung, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, 2009, S. 108

<sup>38</sup> Vgl. Karl Eder, Der Liberalismus in Altösterreich - Geisteshaltung, Politik und Kultur, Verlag Herold, Wien, 1955, S. 45f.



"Mit dem später Josephinismus genannten staatskirchenrechtlichen System führte sich die österreichische Form der Aufklärung in die Geschichte ein. Es war in Wirklichkeit das österreichische Staatskirchentum das seine Wurzeln bis in das Hochmittelalter senkte und eine lange Entwicklung durchlief. Es trat unter dem Anhauche aufklärerischer Ideen in seine Blütezeit ein und erhielt wegen der ungestümen Reformen Josephs II. nach diesem Konzept die Bezeichnung Josephinismus. Der Name ist insoweit irreführend, als der "Josephinismus" keineswegs erst unter Kaiser Joseph II. entstand und lange nach des Kaisers Tod weiterwirkte. Der Josephinismus unterscheidet sich nach Herkunft, Wesensart und Zielsetzung durchaus von der Aufklärung."<sup>39</sup>

Josef II. musste jedoch einen Teil seiner Reformen wieder zurücknehmen, denn breite Bevölkerungskreise (und natürlich die katholische Kirche) opponierten heftig gegen die tiefen Eingriffe in das religiöse Leben. Selbst Papst Pius VI. reiste nach Wien (22.3 - 22.4.1782), um den Kaiser umzustimmen. Aufgrund seiner Kirchenpolitik begann sich die Gesamtlage zu Ungunsten Joseph II. zu entwickeln. In Ungarn musste der Kaiser seine Reformen zurücknehmen, Belgien drohte mit der Unabhängigkeit und in den Erbländern der Monarchie war der Widerstand gegen die Klostersaufhebung und die Eingriffe in das religiöse Leben größer als die Zustimmung zu den positiven Maßnahmen, wie Bistumsneuordnungen und die Gründung zahlreicher Pfarren.<sup>40</sup>

1815 erfolgte eine Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress und in der Durchführung der Beschlüsse der Heiligen Allianz eine Verschlechterung der politischen Lebensbedingungen.<sup>41</sup> 1845 gab es einen politischen Aufbruch durch regierungsfeindliche Schriften, Pamphlete und Broschüren herausgegeben von der liberalen Opposition, welcher sich 1848 in einer Revolution explosiv entlud. Die Bürgerinnen und Bürger forderten Grundrechte und sozialstaatliche Rechte im Sinne der französischen Revolution.

„Der aufgeklärte Absolutismus hatte seinen Auftrag dahingehend verstanden, dass der von der Aufklärung als Wertmaßstab aller Dinge proklamierte Mensch zu achten und zu respektieren sei. Der absolute Staat habe daher dessen Wohlfahrt zu besorgen und vor seinen natürlichen, angeborenen Rechten Halt zu machen. Hieran anknüpfend, vollzieht der Liberalismus einen entscheidenden Schritt: Der Mensch sei nicht nur in dieser Weise zu respektieren, sondern müsse seine Geschicke selber lenken und bestimmen können, und zwar frei von obrigkeitlicher Bevormundung. Der Liberalismus wendet sich damit gegen den absoluten Fürstenstaat, aber auch gegen das Ständewesen. Zu seinem Träger wird das

---

<sup>39</sup> Karl Eder, Der Liberalismus in Altösterreich - Geisteshaltung, Politik und Kultur, Verlag Herold, Wien, 1955, S. 40

<sup>40</sup> Vgl. Karl Eder, Der Liberalismus in Altösterreich - Geisteshaltung, Politik und Kultur, Verlag Herold, Wien, 1955, S. 47f.

<sup>41</sup> Vgl. Karl Eder, Der Liberalismus in Altösterreich - Geisteshaltung, Politik und Kultur, Verlag Herold, Wien, 1955, S. 81

Bürgertum, das trotz seines materiell-geistigen Gewichtes keinen Anteil an der Staatsgewalt des absoluten Staates hat, sondern dessen unmündiges Objekt bleibt."<sup>42</sup>

1848 stellte Hans Kudlich im Reichsrat einen Antrag zur ‚Bauernbefreiung‘ („Aufhebung des bäuerlichen Unterthänigkeitsverhältnisses“ und der bäuerlichen Lasten). Dieser Antrag wurde schließlich von seinem liberal-konservativen Kollegen Josef Lasser, versehen mit einer Entschädigungsklausel, in die endgültige Fassung gebracht. Schwieriger wurde es im Streit mit der Kirche um die Schule. Damals war es liberal, die Schule auf eine überkonfessionelle Ebene zu stellen. Auch die Ehe sollte von einem Sakrament zu einem bürgerlichen Vertrag werden.<sup>43</sup>

In diesem Jahr war, meiner Meinung nach, der Liberalismus an seinem Höhepunkt angelangt. Träger dieser Bewegung waren das „Bildungsbürgertum“ und fortschrittliche Adelige. Die liberalen Ideen, die damals propagiert wurden, wirken bis heute prägend auf die österreichische Gesellschaft und Politik.

Am 25. April 1848 kam es zur „Pillersdorfschen“ Verfassung, wobei deren Wahlordnung gleich zweimal geändert wurde. Auf Grund dieser Wahlordnung wurde der österreichische Reichstag gewählt und trat am 22. Juli in Wien zusammen, wo er bis zur Verlegung nach Kremsier am 22.10.1848 tagte. Die Verfassung wurde von den Liberalen als zu wenig weitgehend abgelehnt und die aufgebrachten Massen der Arbeiter, Kleinbürger und Studenten sahen mit der "Pillersdorfschen" Verfassung die Ideen der Revolution verraten. Sie verlangten vehement („Sturmpetition“) die Wahl einer konstituierenden Versammlung und das Einkammersystem.<sup>44</sup> Nach der Eröffnung des ersten Reichstages am 22. Juli begann sowohl das parlamentarische Leben, als auch die Parteienbildung in Österreich. Trotzdem brodelte es, denn durch die Pressefreiheit kamen neue und teilweise radikale Zeitungen heraus, deren kämpferischer Inhalt die Stimmung aufheizte.

Die Lage spitzte sich immer mehr zu und die Liberalen waren sich damals nicht einig, ob sie eine Revolution wollten oder nur reagieren sollten. Schließlich kam es zur Revolution, welche die Habsburgermonarchie mit ihrem Vielvölkerstaat schwer traf. Auch die nicht-deutschen Völker strebten immer mehr nach liberalen Freiheiten. Nach Ausbruch der

---

<sup>42</sup> Wilhelm Brauneder, Österreichische Verfassungsgeschichte, Manz' sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 2005, S. 89

<sup>43</sup> Vgl. Lothar Höbelt, Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich in: Erich Reiter, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des internationalen Institutes für liberale Politik in Wien, Heft 17, Internationales Institut Liberale Politik, Wien, 2006, S. 10

<sup>44</sup> Vgl. Karl Eder, Der Liberalismus in Altösterreich - Geisteshaltung, Politik und Kultur, Verlag Herold, Wien, 1955, S. 111

Oktoberrevolution übersiedelte der erste gewählte österreichische Reichstag in das von Unruhen unberührte Kremsier. Dort arbeiteten sie einen Verfassungsentwurf („Kremsierer Verfassungsentwurf“) aus, der auf dem Boden der Volkssouveränität stand (§ 1: „Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus und werden auf die in der Konstitution festgesetzte Weise ausgeübt.“) und eine Fülle liberaler Grundsätze verwirklichen sollte. Betont wurden darin die Grundrechte und die Gewaltenteilung. Zentrales Organ sollte der Reichstag mit Volkskammer und im Sinne des Föderalismus, im Hinblick auf die Nationalitätenfrage, auch eine Länderkammer sein. Die Gemeindeautonomie fand sich ebenfalls bereits in dem Entwurf, der allerdings nie in Kraft trat.

1849 wurde mit kaiserlichem Patent anstelle des „Kremsierer Verfassungsentwurfes“ die sogenannte „Oktroyierte Märzverfassung“ („Reichsverfassung für das Kaisertum Österreich“) ohne Mitwirkung einer Volksvertretung erlassen und löste die Pillersdorfsche Verfassung ab. Der absolute Monarch hatte sich ein Vetorecht in der Gesetzgebung und ein Notverordnungsrecht in der Verfassung eingeräumt. Die Mitglieder des „Reichsrates“ wurden vom Kaiser ernannt und waren sowohl für die Regierung als auch für den Kaiser beratendes Organ, während das Parlament an Bedeutung verlor. Gleichzeitig wurde ebenfalls ein „Grundrechtspatent“ veröffentlicht, in dem weiter gehende Grundrechte als in der Verfassung von 1848 verankert waren. Die „oktroyierte Märzverfassung“ kannte liberale Rechte, wie Nationalitätenschutz, Gleichheit vor dem Gesetz, Aufhebung der Leibeigenschaft, Unverletzlichkeit des Eigentums, Grunderwerbs- und Erwerbsfreiheit, Freizügigkeit des Vermögens und der Person. Die darauf folgenden Jahre waren für Österreich und die umliegenden Staaten von einem „liberalen Absolutismus“ geprägt.

Am 2. Dezember 1848 verzichtete Ferdinand I. auf den Thron und ernannte seinen Neffen Franz Joseph I. zu seinem Nachfolger, da dessen Vater auf den Thron verzichtet hatte. Mit dem „Silvesterpatent“ vom 31. Dezember 1851 wurde die „oktroyierte Märzverfassung“ wieder aufgehoben und es begann die Zeit des Neoabsolutismus, was für die liberalen Bestrebungen ein harter Rückschlag war. Trotzdem waren die liberalen und demokratischen Tendenzen nicht mehr zu unterdrücken.

„Nachdem der ‚deutschliberale‘ Staatsminister A. Schmerling und sein Ministerium (1860-65) 1861 durch das der liberalen Ideologie entgegenkommende Februarpatent eine zentralistisch-konstitutionelle Verfassung geschaffen hatten, begann die eigentliche liberale Ära in Österreich. Aber von Anfang an traten innerhalb der Liberalen verschiedene politische Richtungen auf, so der „Bürgerklub“, der „Deutschdemokratische Verein“, die „Großbürger“, die „Unionisten“ oder die steirischen „Autonomisten“. Einig waren sie sich im Kampf gegen

die Vorherrschaft von Adel und Geistlichkeit (Klerikale), gegen die föderalistischen Bestrebungen der slawischen Nationalitäten, in ihrem Wirtschaftskonzept („freie“ Wirtschaft) und im Versuch, die freiheitlichen und konstitutionellen Grundlagen des Staats (Rechtsstaat, Verfassung, Gewaltenteilung, unabhängige Gerichtsbarkeit, sanktionierte Grund- und Freiheitsrechte) auszubauen und zu sichern.“<sup>45</sup>

Zur Entwicklung der liberalen Verfassungspartei im Wiener Reichsrat, welche die politische Vertretung der Deutschen in Österreich und Böhmen war, schreibt Rumppler.

"Einst hatte Franz Grillparzer den nichtdeutschen 'Winkel - Nazionalitäten', allen voran den Tschechen, vorgeworfen, sie gefährdeten mit ihrem Radikalismus den Bestand der Habsburgermonarchie. Verbittert musste der deutschliberale Dichter nun eingestehen, dass der Krankheitsherd der 'Influenza der Nationalitäten' in Deutschland lag und dass die Slawen Österreichs nur Nachahmungstäter waren: 'Denn woher stammt dieses Geschrei von Nazionalität, dieses Voranstellen von einheimischer Sprach- und Altertumswissenschaft anders als von den deutschen Lehrkanzeln, auf denen gelehrte Toren den Geist einer ruhig verständigen Nazion bis zum Wahnsinn und Verbrechen gesteigert haben? Dort ist die Wiege eurer Slavomanie, und wenn der Böhme am lautesten gegen den Deutschen eifert, ist er nichts als ein Deutscher, ins Böhmisches übersetzt.' Die Deutschen Österreichs und Böhmen, politisch vertreten durch die liberale Verfassungspartei im Wiener Reichsrat, hatten den von Grillparzer prophezeiten Weg von der 'Humanität' über die 'Nationalität' zur 'Bestialität' noch nicht beschritten. Selbst in der Krisenzeit des 'deutschen Bruderkrieges' 1866 und der deutschen Reichsgründung 1871 blieben die Liberalen 'österreichische Deutsche'. Die 1870/71 entwickelte Ideologie vom "österreichischen Deutschtum" war noch imstande, deutsches Nationalbewusstsein und österreichische Staatsloyalität miteinander zu verbinden: 'Wir Deutsche in Österreich können deutsch fühlen, ohne uns des Verrats an unserem Vaterland schuldig zu machen. Uns ist neuerdings die Aufgabe zugefallen, der Welt zu beweisen, dass man ein guter Deutscher sein könne, ohne darum aufzuhören, ein guter Österreicher zu sein.' Aber während Grillparzer sich vom 'fanatischen Deutschtum' immer mehr distanzierte und zum Österreicher wurde, beschritten die Deutschliberalen den umgekehrten Weg. Damit verspielten sie das Ansehen der Deutschen als staatstragende Nation und der Liberalen als staatstragende Partei und ihre noch immer anerkannte Rolle als Vermittler zwischen den zwar nationalen, aber immer mehr staatsbejahenden nichtdeutschen Völkern."<sup>46</sup>

1867 kamen der „Ausgleich“ mit Ungarn und die „Dezemberverfassung“. Die Verfassung von 1867 beinhaltete unter anderem novellierte Verfassungsgesetze aus 1861, nämlich die vom liberalen Standpunkt her so bedeutenden Staatsgrundgesetze über die „allgemeinen Rechte der Staatsbürger“, „die Einsetzung eines Reichsgerichtes“, „über die

<sup>45</sup> Ernst Bruckmüller (Hrsg.), Österreich Lexikon, Band I A- L, Verlagsgemeinschaft Österreich Lexikon, Wien, 1995, S. 706

<sup>46</sup> Helmut Rumppler, Eine Chance für Mitteleuropa - Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie in: Herwig Wolfram (Hrsg.) Österreichische Geschichte 1804 - 1914, Verlag Carl Ueberreuter, Wien, 2005, S. 450ff.

richterliche Gewalt“ und „über die Ausübung der regierungs- und Vollzugsgewalt“. Insbesondere das Staatsgrundgesetz über die „allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ beinhaltet einen Katalog an Grundrechten, der heute noch Gültigkeit besitzt, da man sich bisher nicht auf einen modernen Grundrechtskatalog einigen konnte.

Eigentlich sollte man Jubel erwarten, doch das „Neue Wiener Tagblatt“ vom 23. Dezember 1867 stellte unter „Die Dezemberverfassung“ trocken fest:

„Wir haben nun eine Verfassung. Die ‚Wiener Zeitung‘ publiziert die mit der kaiserlichen Sanktion versehenen Staatsgrundgesetze, die sofort in Kraft treten. Die neue Konstitution ist auf keinem vulkanischen Boden entstanden. Sie ist das Resultat sehr nüchterner Erwägungen und Kompromisse. Nicht die Begeisterung hat sie gezeugt und das Ideal ist nicht an ihrer Wiege gestanden. Deshalb erweckt auch das Ereignis der Verfassungspublikation keine Begeisterung und man nimmt von der Konstitution Besitz, wie von einem Hause, dessen Bauplan große Mängel zeigt und an dem man so manche bedeutsame Umgestaltung vorzunehmen beabsichtigt.“<sup>47</sup>

Diese Verfassung wurde dem Monarchen nicht abgerungen, sondern wurde ruhig ausgehandelt. Aber „Wenn eine Zwangslage existiert hat, so bestand sie eben für die vorgeschrittenen liberale Partei. Sie musste unter den gegebenen Verhältnissen, um wenigstens das Erreichbare sicher zu stellen, viele ihrer wesentlichsten Forderungen vorderhand aufgeben.“<sup>48</sup> Etwa das Prinzip der direkten Wahl oder eine Reform des Herrenhauses konnten nicht durchgesetzt werden.

Am 1. Jänner 1868 erfolgte in der Zeitung „Neues Wiener Tagblatt“ (mit der Beifügung „Demokratisches Organ“) auf Seite 1 ein flammender Appell, der in den nächsten Jahrzehnten nichts von seiner Aktualität verloren hat:

„Gebt uns aber die Freiheit nicht wie eine Medizin, tropfenweise oder höchstens alle Stunde einen Esslöffel. Gebt Sie uns voll, geht daran, die sozialen Fragen im Sinne der Gerechtigkeit und des Friedens zu lösen, macht den Anfang, die arbeitenden Klassen emporzuziehen zu menschenwürdiger Existenz, befreit die Geister, entfesselt alle Kräfte des Volkes und dann fürchtet keinen Sturm, der an dem festen Gebälke ohnmächtig rütteln wird, und habt ihr diesen rettenden Gedanken erfasst, dann wird unser Wunsch: Ein glückliches neues Jahr, voll und ganz in Erfüllung gehen!“<sup>49</sup>

In der österreichischen Reichshälfte wurden die Liberalen zur bestimmenden Kraft und sie stellten auch mehrere Minister. Es gelang ihnen, durch die 1870 erfolgte einseitige

<sup>47</sup> Die Dezemberverfassung in: „Neues Wiener Tagblatt“, 23. 12. 1867, Nr. 285, 1. Jg, S. 1

<sup>48</sup> Die Dezemberverfassung in: „Neues Wiener Tagblatt“, 23. 12. 1867, Nr. 285, 1. Jg, S. 1

<sup>49</sup> 1867 in: „Neues Wiener Tagblatt“, 01. 01. 1868, Nr. 1, 2. Jg, S. 1

Kündigung des Konkordates von 1855, und 1868 durch den Beschluss eines staatlichen Ehe-, Schul- und interkonfessionellen Gesetzes im Reichsrat („Maigesetze“), die Macht der einflussreichen katholischen Kirche etwa zurück zu drängen.

*Tabelle 9*  
*Die Berufsstruktur 1873–1879 innerhalb der verfassungstreuen Fraktionen*  
*(Angaben in Prozent)*

	V	L	F	Z	NF	KVP	KL
Juristen	23,1	22,3	28,7	13,0	26,8	29,2	16,7
Grundbesitzer	33,1	26,6	27,6	55,1	17,1	27,8	31,6
Staatsbeamte	9,7	9,3	5,9	16,0	7,3	5,5	9,6
„Privatbeamte“	8,4	9,2	11,9	4,3	14,7	11,1	7,9
Lehrer	0,5	—	2,0	—	—	—	—
Univ.-Prof.	2,6	3,3	2,0	1,5	4,9	1,4	5,3
Unternehmer	13,1	20,1	10,9	1,4	19,5	13,9	20,2
Techniker	1,3	2,2	—	—	—	1,4	3,5
Mediziner	1,3	1,6	4,0	—	4,9	1,4	0,8
Geistliche	1,3	1,6	—	2,9	—	—	1,8
Militärs	2,3	1,1	3,0	4,3	—	1,4	—
Private und Schriftsteller	2,1	1,6	2,0	—	2,4	5,5	0,8
Ohne Beruf	1,0	1,1	2,0	1,5	2,4	1,4	1,8
	100	100	100	100	100	100	100

Abb. 1

(Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien - Herrschaftsfundierung und Organisationsformen des politischen Liberalismus, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1992, S. 244)

Doch die Einigkeit innerhalb der Liberalen hielt nicht lange, außerdem fanden sie für die Nationalitätenfrage keine befriedigende Antwort. Ihren Niederschlag fand dies 1873, nach der Wahlrechtsreform. Es war dies die erste direkte Wahl in das Abgeordnetenhaus in Österreich. Das Wahlrecht war allerdings nicht allgemein, sondern durch die Wählerklassen bestimmt (Großgrundbesitzer, Städte, Handels- und Gewerbekammern und Landgemeinden). Es gab vier „liberale“ Gruppierungen, den Klub der Linken mit 88 Sitzen, den Fortschrittsklub mit 57 und den sogenannten verfassungstreuen Großgrundbesitzer mit 54 Sitzen sowie die etwas weiter links stehenden Wiener Demokraten, die fünf Abgeordnete stellten. Sie erfüllten trotz mancher Auffassungsgegensätze einen Teil der Forderungen der Liberalen. Diesem deutschliberalen Lager standen gegenüber: 43 Abgeordnete der Rechtsparteien, 33 tschechische Deklaranten, 49 Polen, 14 Ruthenen und 10 ohne

Zugehörigkeit.<sup>50</sup> 1873 erlitten die Liberalen eine Niederlage und 1879 mussten sie auch den Mehrheitsverlust im Abgeordnetenhaus hinnehmen und wurden in die Opposition gedrängt.

*Fraktionen im Abgeordnetenhaus 1873–1879  
Abgeordnete in absoluten Zahlen (in Prozent)*

	1873–1879	1879–1885
Verfassungspartei	199 (56,4)	149 (42,2)
Klub der Linken	88	–
Klub des linken Zentrums	53	–
Fortschrittsklub	58	–
Klub der Vereinigten Fortschrittspartei	–	55
Klub der Liberalen	–	94
Demokraten	5	–
Ruthenen	14	–
Polen	42	57
Katholisch-Konservative	27	56
Tschechische Föderalisten (Deklaranten)	53	54
Ohne Partei	13	37
Gesamt	353	353

Quelle: Reichsraths-Almanach 1873 und 1879.

#### Abb. 2: Fraktionen der österreichischen Parteien

(Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien - Herrschaftsfundierung und Organisationsformen des politischen Liberalismus, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1992, S. 240)

Nach 1879 brachen Gräben zwischen ihnen und den Demokraten auf, welche die Regierung des Ministerpräsidenten Taaffe unterstützten. Sie mussten Kompromisse mit den Tschechen, Polen und den Klerikalen eingehen und dadurch wurden die Demokraten des Verrats an der deutschen Nation beschuldigt. Anfang der 1880er Jahre radikalisierte sich immer mehr die öffentliche Meinung, angeheizt von den Liberalen mit nationalistischen und antiklerikalen Argumenten.<sup>51</sup> Der Liberalismus, der sich nur auf das Bürgertum stützte, konnte dann später gegen die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten politisch nicht mehr reüssieren.

<sup>50</sup> Vgl. Karl Vocelka, Die Gegenkräfte des Liberalismus in der Donaumonarchie in: Leopold Kammerhofer (Hrsg.), Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien 1873 - 1879 - Herrschaftsfundierung und Organisationsformen des politischen Liberalismus, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1992, S. 127f.

<sup>51</sup> Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 93f.

### 4.3 Karl Lueger und Georg Ritter von Schönerer

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der politischen Landschaft war Karl Lueger, der selbst hundert Jahre nach seinem Tod noch immer polarisiert. Einesteils wird er als großer Politiker bewundert, während andere in ihm einen hemmungslosen Populisten und Antisemiten sahen. Begonnen hatte er seine politische Karriere als Liberaler, war dann bei den Linken und wurde schließlich mit Karl von Vogelsang zum Gründer der christlichsozialen Partei. Er wurde im Oktober 1844 in Wien geboren. Seine Eltern waren treue Untertanen der Habsburgermonarchie: Der Vater verehrte Feldmarschall Radetzky und die Mutter war eine tief religiöse Frau. Karl Lueger beendete die Schule am Theresianum als Klassenbesten und studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien, wobei er es vermied mit deutschnationalen Studentenverbindungen in Kontakt zu kommen.<sup>52</sup>

„In den Thesen, die er 1870 für sein Doktorat verteidigte, plädierte er für ein allgemeines Wahlrecht aller voll alphabetisierten männlichen Bürger und für Ansätze eines Arbeitnehmerschutzes. Derartige Positionen waren keineswegs radikal – allein die Alphabetisierungsklausel hätte in Wien zehntausende vom Wahlrecht ausgeschlossen – für die österreichischen Liberalen hätten sie aber unter Umständen das Saat Korn für ein aufkeimendes Selbstbewusstsein bilden können. Dies war jedoch nicht der Fall; und dass Lueger daraufhin dem traditionellen liberalen Lager den Rücken kehrte, sollte sich als eine der entscheidenden Weichenstellungen in der Geschichte des politischen Lebens in Wien erweisen.“<sup>53</sup>

Fuchs ging der Frage nach, worauf die steile Karriere von Lueger beruhte:

„Sie beruhte auf mehreren Umständen. Der wichtigste war natürlich die Werbekraft, die das christlichsoziale politische Konzept für die Wiener Kleinbürger hatte. Kaum minder wichtig war die Werbekraft von Luegers Wesensart. Die Wiener hörten gerne was er sagte, sie hörten aber ganz besonders gerne, wie er es sagte. Er war bis ins Alter, bis in seine letzte Zeit, der 'schöne Karl'. Breitschultrig, hochgewachsen, die Stirn hoch und frei, die feinen Züge von einem starken Bart umrahmt, ein Bild von einem Mann. Und der sprach eine im öffentlichen Leben ganz ungewöhnliche Sprache wienerisch, gutmütig und derb, sogar hausmeisterlich. Die liberalen Redner hatten klassische Zitate gebracht, nie war ein Scherzwort über ihre Lippen gekommen. Lueger zitierte nichts, obwohl er es auch ‚getroffen‘ hätte, wie jeder wusste, an witzigen Einfällen und Ausfällen war er unerschöpflich. Seine Art, auf seine Gegner zu schimpfen, erinnerte an die Art, in der die Fiaker auf dem Standplatz schimpften. Eben deshalb mochten ihn die Fiaker. So fesch und resch war ihnen noch

<sup>52</sup> Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 74

<sup>53</sup> John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 75f.



niemand gekommen. Die Liebenswürdigkeit, Leichtigkeit, Zungenfertigkeit des österreichischen Menschenschlages war in ihm personifiziert. Man kann verstehen, dass er zu einem Wiener Liebling wurde, wie es weder vorher noch nachher einen gegeben hat. Leider waren die typischen Defekte des österreichischen Charakters Oberflächlichkeit, Prinzipienlosigkeit und Brutalität, bei ihm ebenfalls zu finden, und zwar in kräftiger Ausprägung.<sup>54</sup>

Im Jahr 1861 bildeten sich informelle politische Gruppen aus denen später politische Vereine und schließlich politische Parteien entstanden. Es gab Wahlen und die wichtigste Partei in dieser Zeit war die Mittelpartei, eine Art Mitte - Rechts Block der Gemeinderäte. Die Partei hatte sich 1862 konstituiert und blieb fast drei Jahrzehnte lang das Bollwerk liberaler städtischer Macht in Wien. Allerdings verteidigte diese Partei das nicht gerade liberale Kurialsystem, wodurch den unteren Schichten ihre Bürgerrechte vorenthalten wurden.<sup>55</sup>

1861 zogen auch linksgerichtete Gruppen mit radikaldemokratischen Ansichten in den Gemeinderat ein und an ihrer Spitze stand der ehemalige Liberale Lueger. Die Äußerste Linke war ein Bollwerk der Demokratiebewegung und ihre Anführer waren auch wohlhabende Gewerbetreibende. Ihre Wähler waren hauptsächlich in den Vorstädten zu finden. Die meisten waren Handwerker, selbstständige Unternehmer, Angestellte oder Freiberufler.

Lueger gebrauchte nur dann linksliberale Begriffe, wenn sie bei der Wählerschaft ankamen. Für Lueger war das Volk das Bürgertum, auch das Kleinbürgertum, das er gewinnen wollte und nicht die erstarkende Arbeiterklasse. Gewissensbisse bei den Themen Antisemitismus und Antiklerikalismus, hatte er nicht, noch dazu wo er damit sehr erfolgreich agierte und das Wiener Bürgertum traditionellerweise antisemitisch und antiklerikal war. Luegers Talent war es die Kulturreflexe von Antisemitismus und Antiklerikalismus gegeneinander auszuspielen.<sup>56</sup>

Im August 1878 wurde die erste antiliberale Koalition gebildet, die Vereinigte Linke, die sich aus verschiedenen Klubs und Vereinen zusammensetzte und hauptsächlich durch ihre Gegnerschaft gegenüber der Mittelpartei zusammengehalten wurde. „Sie umfasste jüngere, extrem ehrgeizige Demokraten wie Karl Lueger und ältere, gesetztere Demokraten aus der Vorstadt wie Steudel, Schrank und Löblich. Die Koalition funktionierte klaglos bei Themen wie der deutschsprachigen Kontrolle der Verwaltung und ihrer Bedeutung für die

<sup>54</sup> Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 59

<sup>55</sup> Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 76

<sup>56</sup> Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 81f.

Eindämmung tschechischer Ansprüche; bei wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen waren die *Vereinigten Linken* aber oft uneins.<sup>57</sup> Interessant ist, dass es Lueger war, der für die neue Koalition das Programm ausarbeitete. In diesem Programm, datiert mit August 1878, wurde das Kuriensystem angegriffen und ein einheitliches Wahlrecht für alle Steuerzahler verlangt. Es fehlten jedoch kommunalsozialistische Vorschläge zur Stadtentwicklung.<sup>58</sup>

Die Zeit zwischen 1882 und Ende 1887 war die wohl wichtigste Zeit Luegers in der Opposition. Er änderte seine Politik und vertrat aus populistischen Gründen antilibérale Standpunkte und einen immer radikaleren Antisemitismus.<sup>59</sup> Zahlreiche Liberale stellten damals ihre Meinungsverschiedenheiten, die sie seit Ende der 70er Jahre mit den anderen Fraktionen hatten, mehr in den Hintergrund und schlossen sich im *Fortschrittsklub* zusammen. Mit Erfolg, denn „in den Gemeinderatswahlen von 1882 und 1883 gelang ihnen eine psychologische Wende.“<sup>60</sup>

Mit Gesetz vom 19. Dezember 1890 wurden 30 Vorortegemeinden zur Gänze und 19 weitere zum Teil mit der Stadt Wien vereinigt. Damit wurde das Stadtgebiet wesentlich vergrößert und die Zahl der Bezirke stieg auf 19. Damals konnten die Liberalen auf die Schaffung des neuen Gemeindestatutes Einfluss nehmen und es gelang ihnen die Position der Bezirke mit Bezirksausschuss und Bezirksvorsteher aufzuwerten und ein wenig Föderalismus einzuführen. Gleichzeitig konnten sie die Wahlordnung der Stadt Wien abändern, was den Zuwachs der Antisemiten einbremste.<sup>61</sup>

Durch ihre Uneinigkeit jedoch steuerten die Liberalen in Wien (vertreten wurden linksliberale bis hin zu bürgerlichen Standpunkten) immer mehr in eine tiefe Krise. Ihr Image litt auch zusätzlich durch schwere politische und wahltaktische Fehler und sie hatten parteiinterne Streitigkeiten, insbesondere mit dem jüdischen Parteiflügel. Dies führte dazu, dass jüdische Wähler nicht mehr liberal wählen wollten. Zusätzlich formierte sich Widerstand

---

<sup>57</sup> John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 85

<sup>58</sup> Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 85f.

<sup>59</sup> Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 87ff.

<sup>60</sup> John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 92

<sup>61</sup> Vgl. Peter Csendes, Die Entwicklung der Wiener Bezirksvertretungen in: Josef Rauenberger (Hrsg.) Bezirksvertretungen in Wien – Historische Entwicklung – Rechtsgrundlagen – Aufgaben – Dezentralisierung – Wahlergebnisse, Josef Rauchenberger Verlag, Wien, 1990, S. 22

in der Beamtenschaft gegen die regierenden Liberalen.<sup>62</sup> Nach den Wahlen im April 1895 hatten die Liberalen zwar noch eine hauchdünne Mehrheit im Gemeinderat, doch konnten sie sich selbst auf ihre eigenen Mandatare nicht mehr verlassen und so wurde letzten Endes Lueger im September 1895 mit seiner Christlichsozialen Partei gegen den Widerstand der Liberalen zum Bürgermeister gewählt.<sup>63</sup> Das Amt konnte er nach einem Einspruch des Kaisers erst viel später antreten und legte seinen Amtseid als Bürgermeister am 20. April 1897 ab.<sup>64</sup>

„Als im September die Gemeinderatswahlen stattfanden, wurde das Schicksal der Wiener Liberalen besiegelt – und zwar für immer. In der Dritten Kurie gelang es den Christlichsozialen nicht nur alle ihre Sitze zu halten, sie gewannen sogar die Sitze des Ersten Bezirks dazu, was zum großen Teil auf die intensive Wahlwerbung des katholischen Klerus zurückzuführen war. Die Zweite Kurie folgte diesem Beispiel und unterstützte ebenfalls mit überwiegender Mehrheit die Christlichsozialen. (...) Völlig unerwartet war das Ergebnis in der Ersten Kurie, in der Vergangenheit eine unerschütterliche Bastion liberaler Unterstützung (...). In der Gemeinderatswahl im Februar 1896 gewannen die Christlichsozialen vier weitere Erste – Kurien – Sitze, davon zwei innerhalb des alten Linienwalles (Margareten und Neubau). Nicht alle, aber eben doch eine signifikante Minderheit der Hausherren kehrten – noch dazu bei steigender Tendenz - der Liberalen Partei den Rücken.“<sup>65</sup>

Im November 1896 überflügelten die Christlichsozialen auch im Niederösterreichischen Landtag die Liberalen. Seit damals konnten die Liberalen weder in Österreich noch in Wien die Mehrheit erringen – bis heute, womit die Krise dieser politischen Bewegung 1896 einen ersten Höhepunkt erreichte.

1897 bis zu seinem Tod 1910 war Lueger Bürgermeister von Wien. 1893 hatte er gemeinsam mit Vogelsang die Christlichsoziale Partei gegründet, welche den Liberalismus, den Antisemitismus und die Deutschliberalen bekämpfte.

Ebenso wie Lueger kam auch Georg Ritter von Schönerer (geb. 1842 in Wien) welcher die deutschnationale Bewegung („Alldeutsche“) gründete, ursprünglich aus den Reihen der Liberalen. Er wurde später ein erklärter Gegner des Liberalismus, der Habsburgermonarchie (er wollte den Anschluss an das Deutsche Reich), der katholischen

---

<sup>62</sup> Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 143ff.

<sup>63</sup> Vgl. Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 61

<sup>64</sup> Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 169ff.

<sup>65</sup> John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 167

Kirche und war überzeugter Antisemit. Er war 1882 Mitverfasser des Linzer Programmes der Deutschnationalen.

"Der radikale Flügel der Liberalen empfahl seit 1878 eine nationale Wende und nach dem Beispiel des Polenklubs die neue Parteibezeichnung als 'Deutscher Klub'. Der geistige Vater dieser Gruppierung war Georg Ritter von Schönerer, Sohn eines Wiener Ingenieurs und Eisenbahntechnikers, Gutsherr in Rosenau bei Zwettl im Waldviertel, seit 1873 Abgeordneter der Fortschrittspartei im Parlament. Er war bekannt für seine Haßtiraden gegen die Dynastie, die übernationale österreichisch - ungarische Monarchie, die katholische Kirche, gegen die Juden und Kapitalisten. Zunächst allerdings waren die von ihm geprägten 'unverfälschten deutschen Worte' wie 'Judenknecht', 'Preßbestie', 'Polyp und Börsenkäfer' nur als verbale Provokation gedacht um Aufsehen zu erregen. Angelpunkt seiner politischen Überzeugung und Zentrum der wilden Ideenmischung seines 1879 formulierten Programms war ein radikaler Deutschnationalismus. Damit wurde der 'Ritter Georg' zum geistigen Vater der 'Alldrutschen', wie sich die Mitglieder des 'Deutschnationalen Kreises' (1882) und später des 'Deutschnationalen Vereins' (1891) nannten. Einer der Sympathisanten Schönerers, der Gymnasialprofessor Aurelius Polzer, beschrieb die alldrutsche Ideologie in einem das Schönerianische Vokabular vorzüglich treffenden Vers: 'Deutsch und treu, so ganz und echt, / Nicht verjudet, nicht vertschecht, / Nicht verpfaßt und nicht verwelscht, / Kurz und gut, ganz unverfälscht.'<sup>66</sup>

Er spaltete die Liberalen und die Deutschnationalen durch seinen radikalen Antisemitismus. Das liberale Bildungsbürgertum in den Provinzstädten wechselte, von den Universitäten beeinflusst, zu den Deutschnationalen, während sie in der Reichshauptstadt Wien eher die Christlichsozialen bevorzugten.<sup>67</sup> Wie schon weiter oben erwähnt, mussten die Liberalen bei den Wahlen 1879 starke Einbußen an Mandaten hinnehmen und verloren die Mehrheit.

Die Auswirkungen Schönerers zeigt ein Interview des ehemaligen Standard-Chefredakteurs Gerfried Sperl mit Jörg Haider in seinem Buch „Liberalismus gegen Nationalismus“:

*„Sperl: Sie sehen Ihre Partei historisch in der Tradition der Großdrutschen (die zurückgehen auf die Schönerianer) und des Landbundes. Dessen steirischer Chef Sepp Hainzl zum Beispiel war Mitglied der ersten NS-Landesregierung. Was ist denn gut an dieser Tradition, was lehnen sie ab?“*

<sup>66</sup> Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa - Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie in: Herwig Wolfram (Hrsg.) Österreichische Geschichte 1804 - 1914, Verlag Carl Ueberreuter, Wien, 2005, S. 489

<sup>67</sup> Vgl. Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates – Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert in: Herwig Wolfram (Hrsg.), Österreichische Geschichte 1890 – 1990, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 121f.

*Haider: Der Landbund hatte seine Legitimation im Einsatz für den ländlichen Bereich und für das Gewerbe. Vor allem in Kärnten, in der Obersteiermark, im Südburgenland. Da bleibt eine gewisse Verwurzelung von Familien in diesem Lager evident. Das Negative: Dass man schon in der Schönerianer-Bewegung den starken Antisemitismus akzeptiert hat, andererseits in den 30er Jahren sich Richtung Nationalsozialismus bewegt und sich hat aufsaugen lassen.*“<sup>68</sup>

Neben der ungelösten Nationalitätenfrage, welche die Liberalen in Österreich spaltete, und den gesellschaftspolitischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Rückschläge der Jahre 1873 bis 1896, waren auch andere komplexe Gründe für den Niedergang dieser politischen Gruppierung maßgebend. Einerseits waren es die Gegnerschaft zur mächtigen katholischen Kirche und die starke Verankerung der Religiosität in der Bevölkerung, andererseits die Nähe zum Kaiserhaus und zur Regierung, welche Sympathien bei den Wählern kosteten und das Auftreten von nationalen, katholischen und protestantischen Gruppierungen, welche auch teilweise liberales Gedankengut vertraten. Das Hauptziel der Liberalen, dem Deutschtum in der Monarchie den eindeutigen Vorrang einzuräumen, konnten sie nie ganz durchsetzen.<sup>69</sup>

„Der heftige Widerstand der Deutschliberalen gegen die Vorgangsweise in der ‚Orientpolitik‘ bzw. gegen die Okkupation im Herbst 1878 und gegen die Annahme des Berliner Vertrages im Abgeordnetenhaus im Jänner 1879 endete schließlich mit der politischen Entmachtung des Deutschliberalismus zu einer Zeit, als die militärische Besetzung abgeschlossen war und die Votierung der Kosten durch die Delegationen im März 1879 nur noch formell, wenn auch gegen die Stimmen der Deutschliberalen, zu geschehen hatte. Der allgemein erwartete ‚militärische Spaziergang‘ nach Bosnien und in die Herzegowina hatte sich zu einem blutigen Waffengang der k. u. k. Armee entwickelt und konnte erst nach drei Monaten heftiger Kämpfe mit der Besetzung der Festung Bihac am 20. Oktober 1878 beendet werden.“<sup>70</sup>

Die bisherige gewohnte liberale politische Ordnung war nicht mehr im Gleichgewicht. Die Massenparteien des katholischen, sozialistischen und des nationalen Lagers wurden gesellschaftspolitisch immer bedeutsamer, was Auswirkungen auf die tradierten liberalen Wertvorstellungen hatte.

„Zu einer gewissen Beschleunigung des Verdrängungsprozesses liberaler Traditionen trug der ansteigende Pessimismus bei, der als Produkt der Erschütterung des

<sup>68</sup> Gerfried Sperl, Liberalismus gegen Nationalismus, Passagen Verlag, Wien, 1993, S. 124

<sup>69</sup> Vgl. Krzysztof Glass, Barbara Serloth, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 109

<sup>70</sup> Leopold Kammerhofer, Walter Prenner, Liberalismus und Außenpolitik - Die Orientfrage und der Widerstand der Deutschliberalen gegen die Okkupation von Bosnien und der Herzegovina 1875 -1879 in: Leopold Kammerhofer (Hrsg.), Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien 1873 - 1879 - Herrschaftsfundierung und Organisationsformen des politischen Liberalismus, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1992, S. 217

Fortschrittsglaubens aufgefasst werden konnte. Die Grundtendenzen des geistigen und sozialen Lebens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nämlich der Glaube an die Grenzenlosigkeit der Wissenschaft und ihre Abgehobenheit von sozio-politischen Determinanten, sowie der demonstrative Bildungsoptimismus, die Hand in Hand mit dem steigenden Stellenwert des Rationalismus und Positivismus zu dominierenden Strömungen der siebziger und achtziger Jahre aufsteigen, wurden daher durch eine Reihe konträrer Ideologien ersetzt, wobei eine irrationale Grundstimmung um die Jahrhundertwende den Grundtenor angab.<sup>71</sup>

Nach 1880 griffen auch immer mehr soziale und politische Überlegungen in den Bereich bürgerlich-liberaler Gruppen ein. Dadurch geriet die Herrschaft einer liberalen gesellschaftlichen Ordnung samt ihren Institutionen, die ohne Rücksicht auf die politisch erwachende Masse der Wähler handelte, ins Wanken. Bürgerlich-liberale Prinzipien wurden immer mehr von alternativen Vorstellungen der Christlichsozialen, der Sozialdemokraten und der Deutschnational-Sozialen ersetzt. Durch mangelnde Flexibilität bei der Anpassung an die politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten kamen die Liberalen immer mehr in die Defensive.<sup>72</sup>

1885 mussten die Liberalen eine weitere Wahlniederlage hinnehmen und als Folge davon teilte sich die Parlamentsfraktion in einen ‚Deutsch-österreichischen Klub‘, welcher der Idee der Donaumonarchie treu blieb und in einen schönerianischen ‚Deutschen Klub‘ auf. Die Schönerer – Bewegung wurde in eine deutschnationale Partei umgewandelt. Sie begann die alldeutsche Position mit der Forderung nach einem Anschluss der deutschen Länder Österreichs an Deutschland zu propagieren. Bereits bei den Wahlen 1897 konnten sie die Hälfte der liberalen Wählerschaft gewinnen. Ihre eifrigsten Mitstreiter bei der Verbreitung eines deutschnationalen Radikalismus kamen aus den böhmischen Ländern und aus den deutschen Burschenschaften.<sup>73</sup>

Die Serie der Wahlniederlagen der Liberalen kann man gleichfalls bei den niederösterreichischen Landtagswahlen beobachten. Dies war unter anderem die Folge der eigenen Untätigkeit und Erstarrung im Traditionalismus. Wie das nach einer Reihe verlorener Wahlen häufig ist, zerfleischten sie sich in Fraktionskämpfen was ihre politische Mobilität

---

<sup>71</sup> Krzysztof Glass, Barbara Serloth, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 125

<sup>72</sup> Vgl. Alfred Gerstl, Der verspätete Liberalismus in Österreich nach 1945 - Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen in: Erich Reiter, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des internationalen Institutes für liberale Politik in Wien, Heft 17, Internationales Institut Liberale Politik, Wien, 2006, S. 25f.

<sup>73</sup> Vgl. Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa - Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie in: Herwig Wolfram (Hrsg.) Österreichische Geschichte 1804 - 1914, Verlag Carl Ueberreuter, Wien, 2005, S. 490f.

zusätzlich hemmte. Bedeutsam war, dass sie keine Antworten auf die brennenden Probleme der Zeit fanden, wie etwa die Nationalitätenfrage oder die Folgen der Industrialisierung.<sup>74</sup>

„Die Landtagswahlen von 1890 brachten ein für die Wiener Liberalen katastrophales Ergebnis. Von der beherrschenden Stellung im Landtag, die sie vor 1890 innegehabt hatten (55 von 72 Sitzen insgesamt) rutschten sie auf 41 Sitze zurück. Dabei entsprachen diese Zahlen noch nicht den tatsächlichen Verhältnissen, da 19 der 41 Sitze auf das Konto der privilegierten Kurien des Handels und Industrie sowie der verfassungstreuen adeligen Gutsbesitzer gingen. In Wien selbst verloren die Liberalen die Hälfte der 18 Stadtbezirke. Was an diesem Ergebnis am meisten schockierte, war der Verlust bürgerlicher Bastionen wie Landstraße und Josefstadt, die an die Antisemiten fielen. Deren Erfolge lassen sich zum Teil dadurch erklären, dass die Fünf - Gulden Gewerbetreibenden erstmals im Wählerregister für den Landtag aufschienen, sie hatten zwar das Landeswahlrecht schon 1886 erhalten, konnten es aber jetzt zum ersten Mal ausüben. Man muss sich gleichwohl vor Augen halten, dass in Bezirken, wie der Josefstadt, mit Gewerbetreibenden, die generell wohlhabender waren als ihre Zunftgenossen in der übrigen Stadt, die Fünf Gulden Männer nicht allein für den Absturz der Liberalen verantwortlich sein konnten. Die Wahlergebnisse vom Oktober 1890 zeigen vielmehr, wie attraktiv der politische Antisemitismus für Hunderte dort wohnhafte Privatangestellte, Schul- und Gymnasiallehrer, kleinere und mittlere Staatsbedienstete sowie andere Wähler im Angestelltenverhältnis war, - und dies galt ganz besonders für die Jüngeren unter ihnen. Von den knapp 53.000 für die Parlaments- und Landtagswahlen von 1890 registrierten Wählern waren ungefähr 13.000 Angestellte in behördlichen Einrichtungen des Staates, des Landes oder der Stadt. Der politische Antisemitismus in dieser Wählergruppe sollte sich als entscheidend sowohl für die Modernisierung des Wiener Parteiensystems wie auch für die Entfaltung einer modernen Beamtenbewegung in Österreich erweisen.“<sup>75</sup>

Warum wurde der Einfluss der Liberalen im Parlament in den 1890er Jahren geringer? Ich bin mit Fuchs einer Meinung, dass dies hauptsächlich deswegen war, weil – wie von den Liberalen immer schon gefordert – das Wahlrecht ausgeweitet wurde und dadurch neue nicht-liberale Schichten der Bevölkerung Sitz und Stimme im Parlament erhielten, welche sich vorher dort nicht artikulieren konnten.<sup>76</sup> Desweiteren fehlten weiterhin schlüssige Antworten auf das immer größere Problem der Nationalitätenfrage oder die drückenden sozialen Folgen der Industrialisierung.

Im August 1896 wurde in einem Flugblatt der Liberalismus mit salbungsvollen, verhöhnenden Worten zu Grabe getragen. Man bediente sich dabei auch des herrschenden Antisemitismus, indem man darauf hinwies „...später sich beschneiden ließ“. Angekündigt

<sup>74</sup> Vgl. Krzysztof Glass, Barbara Serloth, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 128

<sup>75</sup> John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 126

<sup>76</sup> Vgl. Albert Fuchs, Geistliche Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 10

wurde, dass der „Herr Liberalismus“ bei den nächsten Landtags- und Reichstagswahlen aufgebahrt wird.

„Die Auflösung der Vereinigten Deutschen Linken 1895/97, die Ablöse der ‚Liberalen‘ durch die ‚Deutschnationalen‘, zuguterletzt auch noch die Ernennung Luegers zum Wiener Bürgermeister, stellen zweifelsohne eine einschneidende Zäsur der österreichischen Innenpolitik dar. Soziologische und politologische Indizien scheinen diesen Befund zu bestätigen: Der Wechsel von der ‚Honoratiorenpartei‘ zu den ‚Massenparteien‘, die alle das Erbe des Liberalismus antraten; die Degeneration des Parlamentarismus im Wechselbad von Obstruktion und Notverordnungsparagrafen.“<sup>77</sup>

### Statt jeder besonderen Anzeige.



om tiefsten Schmerze gebeugt, geben die Unterzeichneten allen Verwandten, Freunden und Bekannten die erschütternde Nachricht von dem Hinscheiden ihres einzigen, innigstgeliebten Sohnes, resp. Vaters, Neffen, Enkels zc. zc., des Herrn Herrn

## Liberalismus

welcher, von christlich-deutschen Eltern im Jahre 1848 geboren, später sich beschneiden ließ, confessionslos wurde und nun nach langem körperlichen und geistigen Siechthum an innerer Zerküftung, Rückenmarklähmung und krankhaften Neubildungen sanft, aber herzlos verschieden ist.

Die Aufbahrung des theuren Verbliebenen findet während der nächsten Landtags- und Reichstagswahlen statt und wird nach derselben die irdische Hülle des Verstorbenen vom Sterbehause: österr. Parlamentsgebäude, 1. Franzensring 1, abgeholt und auf den politischen Friedhof (fr. Abtheil.) überführt werden, woselbst der unvergeßliche Todte im eigenen Grabe zur ewigen Ruhe bestattet werden wird.

Wien, im August 1896.

Am stillen Beileid wird gebeten!

#### Die kiestruerenden Hinterbliebenen:

Dr. Adler, Dr. Elbogen  
als (natürl.) Söhne.

Moriz Schöps

Haron Schatz

Elias Speichel  
als Beschneidungspaten.

Dr. Kronawetter  
als Hausfreund.

Der dumme Kerl von Wien († 1896)  
als (natürl.) Vater.

Die Vereinigte Linke  
als Stiefmutter

Dr. Such, Wradek, Koste  
als Söhne (aus 2. Ehe).

Die Tante aus der Sichtgasse

Die deutsche Fortschrittspartei  
als unterschobenes Kind.

Die socialdemokratische Partei  
als Schwiegertochter.

Dr. Rothnagel  
Hausarzt.

Bertha von Suttner  
emerit. Geburtsfrau.

Prof. Marchet, Prof. Wendel  
als Leichenbitter.

Und sämtliche Bürle- und Preßjuden.

Im Verlag des D. F. Berg's „Miserik“, der um 2 fl. per Vierteljahr, Wien, 1. Grünangergasse Nr. 1 abonniert werden kann.  
Buchdruckerei „Reichswehr“ G. David & N. Reich.

Abb.3 Flugblatt zum Ende des Liberalismus

(Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler – Deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918, S. 351)

Die „Badeni-Krise“ (1897) zeigte, wie weit sich der deutsche Nationalismus bereits durchgesetzt hatte, der von den Studenten der Universitäten massiv unterstützt wurde. Sie beeinflussten das liberale Bildungsbürgertum mit seinen antiklerikalen Tendenzen in der Provinz in Richtung deutschnational, antisemitisch und antizentralistisch. Die deutschen

<sup>77</sup> Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler - Deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918, Verlag für Geschichte und Politik, Wien, 1993, S. 350



Turn- und Gesangsvereine wurden von den jungen nationalistisch eingestellten Akademikern immer mehr dominiert. Die Folge war, dass in der Provinz deutschnational gewählt wurde, während in Wien die Christlichsozialen die Macht übernahmen.<sup>78</sup>

"Trotz politischer Marginalisierung stellte der 'österreichische' Liberalismus am Anfang des 20. Jahrhunderts eine führende Ideologie dar, die das geistige Leben der Monarchie weitgehend dominierte. Die Nachwirkung der Freiheits- und Gleichheitsideen, der hohe Stellenwert des Individualismus innerhalb der geistig - kulturellen Eliten der Monarchie zeichneten die Atmosphäre in bestimmten Bereichen des wissenschaftlichen Lebens, wie z.B. der Presse, der Literatur und der Kunst, aus. Das Aufblühen Wiens zum kulturellen Zentrum des Reiches oder die Hochblüte des Prager Literaturlebens waren zum Teil Ergebnisse des liberalen Klimas der Monarchie. Zum anderen Teil resultierten diese Entwicklungen aus der gleichzeitigen Präsenz vieler unterschiedlicher und bisweilen konträrer Ideen, aus dem Wettbewerb verschiedener gesellschaftspolitischer Programme und Visionen, aus dem Wettkampf nationaler oder ethnischer Emanzipationsbestrebungen. Hinsichtlich letzterer muss deren zunehmender und dauerhafter Einfluss auf eine liberale Weltanschauung im allgemeinen und auf liberale Modelle der Umgestaltung bestimmter Bereiche des gesellschaftspolitischen Systems im besonderen hervorgehoben werden. Konsequenzen der Beeinflussung und der partiellen Vermengung liberaler und nationaler Vorstellungen äußerten sich in einer Überbewertung der Tradition und in der Überbetonung des Kontinuitätsgedankens, die bereits um die Jahrhundertwende zum Grundtenor der liberalen Stellungnahmen gehörten. Im Umgang mit den gesellschaftspolitischen Ideen der Freiheit, der Gleichheit, der Nationalität zeigte sich der negative Einfluss des Nationalismus besonders deutlich, was nicht nur zur Einengung des liberalen Horizonts, sondern auch zur Infragestellung der wichtigsten liberalen Prinzipien, von der Freiheit der Entscheidung, also der Selbstbestimmung, vom ‚natürlichen‘ Recht auf eine freie Entfaltung der Individuen und von einem auf Rationalismus basierenden Gestaltungssystem der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, führte. Daraus resultierten auch die ‚Unebenheiten‘ des Liberalismus am Anfang unseres Jahrhunderts, die sowohl in einer Differenzierung zwischen der eigenen und der Freiheit der anderen wie in einer Gleichgültigkeit gegenüber den immer stärker auftretenden sozialen Kontrasten zum Ausdruck kamen."<sup>79</sup>

Immer häufiger wurde der Absolutismus hinterfragt. Kritik am Absolutismus übte später dann auch Kelsen, der eine moderne Gesellschaft und Demokratie wollte. Es war ihm klar, dass die Kritik am Absolutismus nicht in "theoretische Erkenntnisschwäche" und einen "hilflosen Skeptizismus" führt, "sondern dass das permanente kritische Denken, die Aufklärung der bestehenden Verhältnisse in Natur und Gesellschaft, auch zu einer bewussten Gestaltung von Natur und Gesellschaft führen musste (oder: sollte). Schon die Erkenntnis von Natur und Gesellschaft in wissenschaftlicher Weise war für die Vertreter der

<sup>78</sup> Vgl. Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates - Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 121

<sup>79</sup> Krzysztof Glass, Barbara Serloth, *Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus*, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 129

wissenschaftlichen Weltauffassung des Wiener Kreises eine Sache möglichst aller Menschen gewesen: Erreicht werden sollte Wissenschaftlichkeit im Alltag (nicht nur im Alltag der Gelehrten). Die bewusste Gestaltung der Gesellschaft aber erfolgt durch möglichst alle Menschen in der politischen Form der Demokratie. Wenn Kelsen sich auf David Hume bezieht, so geschieht dies wohl deswegen, weil Hume in höchst eigenwilliger und äußerst konsequenter Weise 'absolutistische' Denkweisen destruiert hatte.<sup>80</sup>

1907 wurde eine langjährige liberale Forderung erfüllt: das allgemeine, gleiche und geheime Männerwahlrecht wurde eingeführt und das Kuriensystem wurde abgeschafft – was den Liberalen letzten Endes schadete, denn durch die Aufhebung des gleichförmigen Sozialprofils der Wähler in den Kurien, änderten sich die Mehrheiten. Auch die Verteilung der liberalen Wähler war je nach den Herkunftsgebieten verschieden.

„In den Sudetengebieten umfassten die Freiheitlichen weiterhin gut 50 Prozent der Wähler (wenn auch zuweilen auf bis zu fünf Gruppierungen verteilt); in den Alpenländern – bei einer großen Schwankungsbreite – nur mehr rund ein Viertel, in Wien ganze 10 Prozent. Damit war auch ihr Einzugsbereich ein vollkommen verschiedener: Der Kulturkampf, das Hobby der freisinnigen Elite, blieb ein zentrales Thema des politischen Bewusstseins in Wien und den Alpenländern. Für das Massenpublikum der deutschböhmischen Industriegebiete war der Antiklerikalismus irrelevant und selbst für ehemalige ‚Los-von-Rom‘ Stürmer zu einer Peinlichkeit verkommen.“<sup>81</sup>

Die Folge der Wahlen von 1907 war eine Niederlage für die Liberalen. Das „Neuigkeits - Welt – Blatt“, welches damals zu den fünf auflagenstärksten Tageszeitungen in Wien gehörte<sup>82</sup>, schrieb am 18. Mai 1907 in einer Wahlanalyse unter dem Titel ‚Das große Wahlbeben‘:

„Die öffentliche Meinung hat sich mit Verachtung vom hetzerischen Liberalismus abgewendet und auch dem jungtschechischen Liberalismus eine geradezu katastrophale Niederlage bereitet. Die Mehrzahl des böhmischen Volkes hat sich für die Sozialdemokraten entschieden, obwohl auch diese die religiöse Freiheit ebenso mit Füßen treten wie ihre altliberalen Lehrmeister und Gönner. Die Partei des Hochfinanz und des religionsfeindlichen Ueberkapitalismus ist gleich beim ersten Wahlbeben total niedergerissen und zermalmt worden und mit Recht bemerkt hierzu ein Berliner Organ: ‚Man kann es verstehen, wenn ein satter Börsianer einen liberalen Stimmzettel in die Wahlurne legt; wenn aber bei allgemeinen,

<sup>80</sup> Vgl. Johann Dvorak, David Hume. Wissenschaft und Religion bei Kelsen in: Tamara Ehs (Hg.) Hans Kelsen – eine politikwissenschaftliche Einführung, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, 2009, S. 145

<sup>81</sup> Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler - Deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918, Verlag für Geschichte und Politik, Wien, 1993, S. 357

<sup>82</sup> Gabrielle Melischek, Auflagenzahlen der Wiener Tageszeitungen 1895 – 1933 in quellenkritischer Bearbeitung, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien, 2001, S. 7

gleichen und direkten Wahlen breite Massen des Volkes liberal wählten, so wäre das ein Schlag ins eigene Gesicht, eine polizeiwidrige Dummheit.“<sup>83</sup>

Die Radikalisierung der Öffentlichkeit stieg und Kompromisse zwischen Zentralisten und Autonomisten waren kaum mehr möglich. Die Liberalen in ihrer inneren Zerrissenheit waren unfähig als Brückenbauer aufzutreten.

#### **Mandatsstärke der politischen Lager im Abgeordnetenhaus nach den Wahlen 1907 und 1911 (westliche Reichshälfte)**

	1907	1911
Konservative/Christlichsoziale	96	73
Sozialdemokraten (nationale Klubs)	87	83
Liberale/Deutschnationale	82	104

Quelle: Karl *Ucakar*, Demokratie und Wahlrecht in Österreich (Wien 1985) 362 f.

Abb. 4

(Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates - Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 125)

"Nach 1907, mit der Zunahme ultranationalistischer Haltungen in Ungarn und der Verbreitung xenophobisch - expansiver Stimmungen in beiden Reichshälften setzte sich eine unversöhnliche Einstellung der herrschenden Machteliten zu jeglichen Versuchen einer auf Ausgleich hinarbeitenden Politik durch. Die k. u. k. Armee, die schon vor der Bosnienkrise einen Gegenpol zu ‚aufweichenden Tendenzen‘ in Gesellschaft und Staat bildete, rückte noch mehr in den Mittelpunkt jener Überlegungen, die das Wohl der Monarchie mit der Militarisierung der Gesellschaft in Zusammenhang brachten. Eine festere Bindung des Militärs und die Anpassung der Gesellschaft an die Vorbereitungspläne zur kriegerischen Lösung der wirtschaftlichen und politischen Interessen in Süd- und Südosteuropa schienen eine Garantie für das Erzwingen der Einheit des Reichs zu bieten. Für die Mehrheit des deutschsprachigen Adels war diese Entwicklung gleichbedeutend mit der Wiederherstellung der intakten ‚Rechte‘ ihres Standes auf die führende Rolle im Habsburgerreich. Jene Kreise der zisleithanischen Aristokratie, die sich entweder dem ‚Deutsch – Österreichertum‘ oder anderen Volksgruppen (Nationen) verpflichtet fühlten und bis zum begrenzten ‚deutsch - tschechischen Ausgleich‘ mit liberalen Vorstellungen sympathisiert bzw. liberale Vorstöße in der Innenpolitik unterstützt hatten, verabschiedeten sich endgültig von gemäßigeren

<sup>83</sup> „Das große Wahlbeben“ in: Neuigkeits - Welt - Blatt, 18. 05. 1907, Nr. 113, S. 4

Positionen, die ihnen lange Zeit die Wahrnehmung einer Vermittlerrolle zwischen zentralistischen und zentrifugalen Kräften erlaubt hatten. Um 1908 war im Grunde genommen der Prozess einer ‚Entliberalisierung‘ dieser Teile des Großgrundbesitzes abgeschlossen, wobei punktuelle Gemeinsamkeiten mit den tschechisch- oder polnischsprachigen Vertretern des verhältnismäßig liberalen Großgrundbesitzertums nichts an dieser Reorientierung änderten.<sup>84</sup>

Als Chance zur Erhaltung des bestehenden Systems sahen die bürgerlichen Liberalen die Armee und damit eine Möglichkeit die ethnischen Konflikte zurückzudrängen. Durch die Aufwertung der Bedeutung des Militärs wurden aber Weichen gestellt, die in Richtung einer außenpolitischen Konfrontation gingen. So war es nur mehr ein kleiner Schritt in Richtung „Hurra-Patriotismus“ auf dem Schlachtfeld.

Wie standen die Liberalen zum Patriotismus? Glass und Serloth sehen das differenziert:

„Ihr ‚Patriotismus‘ entsprach ihren nationalen Prinzipien und schien eine besondere Variante des österreichischen Nationalbewusstseins zu verkörpern, was zumindest verbal in Einzelfällen zum Ausdruck kam. Als Patrioten waren die Liberalen einerseits Verfechter des habsburgischen Sendungsbewusstseins und andererseits überzeugte Befürworter der Vorherrschaft der ‚Deutsch-Österreicher‘ in der Monarchie. Eine gewisse Einschränkung des pro-habsburgischen Kurses konnte in der Toleranz gegenüber anderen Sprachen und Völkern beobachtet werden, wobei dieses Produkt des ‚a-nationalen Denken‘ nur einem Teil der Liberalen eigen war.“<sup>85</sup>

Fuchs weist darauf hin, dass der Patriotismus der Liberalen kein spezifisch österreichisches Nationalbewusstsein war.

„Der Gedanke, dass es eine österreichische Nation mit deutscher Sprache gibt, wurde zwar damals schon von einzelnen Schriftstellern mit klaren, von anderen mit weniger klaren Worten formuliert, vermochte sich aber keine der politischen Parteien zu erobern. Für die Liberalen wie für die anderen Parteien waren die deutschsprechenden Österreicher auf Grund ihrer Sprache Deutsche. Was die Liberalen meinten, wenn sie sich gute Österreicher nannten, war, dass sie die Erhaltung und Festigung der Habsburgermonarchie wünschten (hierdurch unterschieden sie sich von den ‚Alldeutschen‘, die auf die Zerschlagung der Monarchie hinarbeiteten) und dass sie bereit waren, um des Zusammenlebens mit den übrigen Nationen willen nationale Toleranz zu üben, das heißt – nach ihrer Auffassung – weitgehend a-national zu denken.“<sup>86</sup>

---

<sup>84</sup> Krzysztof Glass, Barbara Serloth, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 140

<sup>85</sup> Krzysztof Glass, Barbara Serloth, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 140f.

<sup>86</sup> Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 11f.

Bei den Parlamentswahlen im Jahr 1911 verloren die Christlichsozialen ganz massiv. Die Liberalen dagegen konnten stark an Mandaten zulegen, während die Sozialdemokraten ebenfalls, allerdings schwächere Verluste hinnehmen mussten (siehe Abbildung 4). Betrachtet man die Wahlergebnisse nur in Wien, dann sieht die Lage etwas anders aus. Im ersten Durchgang fielen die Christlichsozialen stark zurück, doch die Sozialdemokraten gewannen 18 Prozent dazu und die Liberalen gar 25 Prozent, wobei dieses Lager aus drei Gruppen bestand: antiklerikale Progressive (denen viele Juden angehörten), dann die Deutschnationalen und die Wähler aus dem Beamtenstand.<sup>87</sup>

Die Liberalen mit ihrem Patriotismus und der Überbewertung der Armee begrüßten den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, da dadurch eine Vergrößerung der Monarchie sowohl an Land als auch an Macht erwartet wurde. Gegen Ende des Krieges wurde immer deutlicher, dass die Träume der Liberalen und anderer Gruppierungen Illusion war und der Zerfall der Monarchie unabwendbar wurde.<sup>88</sup> Mit Ende des Krieges wurde eine internationale Neuordnung in Mitteleuropa notwendig. Wo vorher die Habsburgermonarchie herrschte, entwickelten sich demokratische Republiken und die Republik Deutsch-Österreich reduzierte sich auf einen kleinen deutschsprachigen Rest, dessen Lebensfähigkeit in einer Zeit größter materieller Not in Frage gestellt wurde. Die Unsicherheit in der Bevölkerung war groß und der Ruf und das Verlangen nach einem Anschluss an das Deutsche Reich wurden immer dringender. Noch dazu, wo diese Idee für die National-Liberalen beziehungsweise Deutschnationalen eine logische Entwicklung aus früheren Forderungen war.

#### 4.4 Die Erste Republik

Das Zerschlagen der Donaumonarchie kann man als „Revolution“ bezeichnen. Innerhalb kurzer Zeit zerfiel eine jahrhundertalte Ordnung. Die Nationalitäten der Habsburgermonarchie forderten die Unabhängigkeit von der Monarchie und die schweren Verluste, die der Krieg in der Bevölkerung verursacht hatte, spielten eine entscheidende Rolle. Die Habsburgermonarchie hatte ihr einstiges Ansehen längst verloren und das kaiserliche Manifest vom 16. Oktober 1918 bewirkte einen noch rascheren Zerfall in Nationalstaaten. Die heimkehrenden, teilweise marodierenden Soldaten, die hungernde

<sup>87</sup> Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010, S. 337

<sup>88</sup> Krzysztof Glass, Barbara Serloth, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 141f.

Bevölkerung und die herrschende Unsicherheit über die Zukunft brachten für die Tage nach dem Ersten Weltkrieg Radikalität und die Angst der Bürgerlichen vor einem „roten“ Umsturz.

Am 11. November 1918 verzichtete der Kaiser auf die Ausübung der Staatsgeschäfte. Die Republik wurde ausgerufen und der Anschluss an Deutschland erschien in der großen Not als einziger Ausweg aus den Schwierigkeiten. Außerdem setzte man nach der Monarchie auf die Demokratie. Das Wahlrecht wurde auf die Frauen ausgeweitet und das noch bestehende Zensuswahlrecht in den Ländern und Gemeinden wurde abgeschafft. Die drohende „bolschewistische Revolution“ bedrohte jedoch die demokratischen Parteien, welche die alten Herrschaftsstrukturen übernahmen. Eine solche Revolution zu verhindern, das wurde zum gemeinsamen Grundkonsens, doch darüber hinaus versuchten sowohl die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten als auch die Deutschnationalen sich ideologisch zu profilieren und abzugrenzen.<sup>89</sup>

Die Unsicherheit der Bevölkerung resultierte auch aus der Tatsache, dass Österreich ein Staat ohne exakt definierte Grenzen war und sich den Begehrlichkeiten seiner Nachbarn gegenüber sah. Zudem gab es separatistische Bestrebungen im Land, etwa in Vorarlberg. Schon bei der Gründung der Ersten Republik blickten die politischen Parteien in Richtung Weimarer Republik und strebten den Anschluss an, - am meisten das deutschnationale liberale Lager. Gerade dieses war jedoch traditionell in die verschiedensten Gruppen aufgesplittert und vergab damit Wahlerfolgchancen. Nach den ersten allgemeinen, geheimen Wahlen im Jahr 1919, woraus die Sozialdemokraten als Sieger hervorgingen, wollten die Deutschnationalen ein geeintes Lager, in dem alle Gruppierungen integriert waren, was nahezu gelang und in die Gründung der „Großdeutschen Volkspartei“ mündete.<sup>90</sup>

---

<sup>89</sup> Vgl. Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates - Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 265ff. ; Vgl. Krzysztof Glass, Barbara Serloth, *Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus*, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 149ff.

<sup>90</sup> Vgl. Krzysztof Glass, Barbara Serloth, *Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus*, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 158f.

*Tabelle 24: Ergebnisse der Nationalratswahlen in der Ersten Republik  
(in Prozent der gültigen Stimmen)*

	1919	1920	1923	1927	1930
Christlichsoziale	36	42	45	49 <sup>1</sup>	36
Sozialdemokraten	41	36	40	42	41
Deutschnationale	18	17	13	6 <sup>2</sup>	12
Sonstige	5	5	3	3	12 <sup>3</sup>

<sup>1</sup> Einheitsliste (Christlichsoziale und Großdeutsche)

<sup>2</sup> Nur Landbund

<sup>3</sup> Hier werden die 6 Prozent des Heimatblocks eingerechnet

Abweichungen von 100 Prozent entstehen durch Runden auf ganze Zahlen.

Quelle: Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. 2. Bd. (hg. von Erika Weinzierl u.a., Graz 1983) 1092 f.

### Abb. 5

(Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates - Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 127)

„Bereits im Spätherbst 1921 verfügten die „Großdeutschen“ über eine weitläufige Parteistruktur und ein umfassendes System der berufs- und gruppenspezifischen Teilorganisationen (Vereinigungen), die eine bestmögliche Einbindung der deutschnationalen Politiklientel und aller relevanten Interessengruppen erlaubten.“<sup>91</sup>

Wie man jedoch aus der Tabelle (Abbildung 5) ersieht, blieben bei den Nationalratswahlen der Jahre 1919 bis 1930 die Erfolge aus und die Deutschnationalen verloren an Zustimmung bei den Wählern. Interessant, dass sowohl die Christlichsozialen wie die Sozialdemokraten, trotz Zugewinnen in der Zwischenzeit, letztlich 1930 über genau so viel Mandate verfügten wie 1919. Allerdings hatte sich in dieser Zeit die politische Gesamtsituation in ganz Europa grundlegend geändert: Während 1919 die revolutionären linken Gruppen die Gesellschaft beherrschten, waren es 1930 rechtsradikale.

Während ab 1920 ein Bürger- und Bauernblock in Österreich die Regierungsgeschäfte führte und sich die Sozialdemokratie mit dem politischen Katholizismus auseinandersetzte, hatten Liberale, wie Hanisch feststellte, gerade noch Rückzugspositionen in der Presse, der Handelskammer und der Kunst inne. An den letzten Regierungen waren die Großdeutsche Volkspartei und der Landbund am „Bürgerblock“ beteiligt. Schließlich begann man sich immer mehr an nationalsozialistische Positionen anzunähern und gab damit die Liberalität

<sup>91</sup> Krzysztof Glass, Barbara Serloth, *Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus*, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 163

auf. Zwischen 1938 und 1945 bestand das deutschnationale Lager nur mehr aus Nationalsozialisten.

Dieses Kapitel möchte ich mit einem Zitat aus einem Beitrag von Friedrich A. Hayek im Handbuch der Sozialwissenschaften über den Liberalismus schließen. Mit Ende des Ersten Weltkriegs endete für Hayek die Ära des „echten Liberalismus“ als geistige Tradition. Er bezieht sich zwar dabei auf Deutschland, doch treffen seine Feststellungen auch auf Österreich zu.

Für Hajek gab es in den 1920er Jahren nur mehr ganz wenige liberale Nationalökonomien. Der Bedeutendste war dabei für ihn Mises, dessen Kritik des Sozialismus „für die spätere Neubelebung des Liberalismus“ sorgte.

„Der neue Liberalismus unterscheidet sich vom alten vor allem darin, daß er sich des engen wechselseitigen Zusammenhanges zwischen wirtschaftlichen und politischen Institutionen bewußter ist. Nicht nur, daß politische Freiheit ohne freie Wirtschaft unmöglich sei, sondern vor allem auch, daß das befriedigende Funktionieren der Wettbewerbswirtschaft ganz bestimmte Erfordernisse bezüglich des rechtlichen Rahmenwerkes stelle, sind die Grunderkenntnisse, auf die sich der neue Liberalismus gründet. An die Stelle der stets irreführend gewesenen Formel ‚Laissez faire‘ trat das ausdrückliche Bemühen um eine Gestaltung der Rechtsordnung, die der Erhaltung und dem ersprießlichen Wirken des Wettbewerbs günstig ist und das Entstehen von privaten Machtpositionen auf der Seite sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter zu verhindern sucht. Es war klar geworden, daß die klassischen ‚Grundrechte‘, in denen die liberalen Ideale des 19. Jh. vor allem ihren Niederschlag gefunden hatten, nicht dadurch wirklich gesichert werden können, daß die Verfassungen sie einfach aussprechen, sondern daß der ganze Charakter der Rechtsordnung ihrem Geiste entsprechend gestaltet werden muß und daß es vornehmlich die wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung der beiden letzten Generationen gewesen ist, die die Freiheit bedrohte, die jene Grundrechte hatten schützen sollen. Das Ziel des wiedererstandenen Liberalismus, der zur Zeit noch mehr eine intellektuelle als eine politische Bewegung darstellt, ist somit im wesentlichen eine Wiederbelebung des Rechtsstaatsideals, wobei das Prinzip der strengen Bindung der Gewaltausübung des Staates durch das Gesetz und die weitestgehende Verminderung aller Ermessensvollmachten an die Stelle der vagen Gegnerschaft des älteren Liberalismus gegen alle ‚Staatsintervention‘ getreten ist.“<sup>92</sup>

Mit diesem „neuen Liberalismus“ nach Hajek beschäftigen sich die nachfolgenden Kapitel der Entwicklung des Liberalismus in Österreich. Seine hellseherische Prophezeiung, dass der Liberalismus mehr eine intellektuelle als eine politische Bewegung sei, hat sich in Österreich bewahrheitet. Als politische Gruppierung gelang es den Liberalen sich nur mehr

---

<sup>92</sup> Friedrich A. von Hayek, Liberalismus – Politischer Liberalismus in: Erwin v. Beckerath (Hrsg.), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften – zugleich Neuauflage des Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 6, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1959, S. 594f.



durch ein relativ kurzes Aufflackern als Liberales Forum politisch öffentlichkeitswirksam in Erscheinung zu setzen.

#### 4.5 Problem der Gründung einer liberalen Partei nach 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg, 1945, durfte das Dritte Lager nicht offiziell auftreten, da es mit den Nationalsozialisten in Zusammenhang gebracht wurde und damit unter das Widerbetätigungsverbot fiel. 1948 wurde vom Nationalrat einstimmig ein Amnestiegesetz für die minderbelasteten Nationalsozialisten beschlossen.

„Nun aber begann ein Ringen um die Stimmen der ehemaligen Nationalsozialisten, das so weit ging, dass man Geheimbesprechungen von Seiten der ÖVP mit führenden ehemaligen Nationalsozialisten in Oberweis abhielt. Außenminister Dr. Gruber erzählt, wie andererseits auch der sozialistische Innenminister Helmer den französischen Außenminister Schumann drang, die Bewilligung der Alliierten zur Zulassung des späteren VdU zu geben.“<sup>93</sup>

Hanisch wiederum sah die Gründung des VdU hauptsächlich durch die SPÖ ermöglicht, welche damit die ÖVP treffen wollte, indem man eine zweite bürgerliche Partei aufstellte. Es sollten so der ÖVP Stimmen weggenommen werden, um sie als Mitbewerber um die Mehrheit im Staat zu verdrängen.<sup>94</sup>

1949 kam es zur Gründung des VdU ("Verband der Unabhängigen"), auch WdU genannt („Wahlpartei der Unabhängigen“), durch Herbert Kraus und Viktor Reimann in Salzburg. Sie versuchten wirtschaftsliberales Gedankengut in ihr Programm einzubauen, was ihnen die Unterstützung von einigen Industriellen sicherte. Bei der Wahl im gleichen Jahr erreichte der VdU zwölf Prozent der Stimmen. Diese Partei wurde zum Sammelbecken vieler ehemaliger Nationalsozialisten und vertriebener „Volksdeutscher“. Damit war auch eine wichtige Aufgabe der neuen Partei determiniert – die Bekämpfung der Nationalsozialistengesetze.

---

<sup>93</sup> Ernst Joseph Görlich, Felix Romanik, Geschichte Österreichs, (2.Aufl.), Tyrolia Verlag, Innsbruck, 1966, S. 574

<sup>94</sup> Vgl. Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates - Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 150

## Wahlwerbung VdU/WdU:



Abb. 6

Nationalratswahl 1949, Quelle: OÖ.  
Landesarchiv, Plakatsammlung  
Inventarnr.: Plak 00632

„Die neue Partei wandte sich in erster Linie an die deutschnationalen Kreise und an ehemalige Nationalsozialisten, aber auch an Liberale, denen die ÖVP zu ‚klerikal‘ war. Die Kombination solch verschiedener Wählergruppen konnte sich auf die Dauer nicht behaupten.“<sup>95</sup>

Auch Glass und Serloth sahen die Probleme des VdU/WdU ähnlich. 1953 wurde noch eine einheitliche Linie gefunden und die Liste der „Wahlpartei der Unabhängigen“ erreichte zwar statt 12 nur mehr 11 Prozent, was aber doch einen Achtungserfolg darstellt, „was zum letzten Mal vor dem Aufbruch in die zweite Hälfte der achtziger Jahre die Fähigkeit einer kurzfristigen Mobilisierung der national-liberalen Wähler unter Beweis stellte. Danach, bis

<sup>95</sup> Ernst Joseph Görlich, Felix Romanik, Geschichte Österreichs, (2.Aufl.), Tyrolia Verlag, Innsbruck, 1966, S. 574

zum Staatsvertragsjahr, ‚versank‘ der VdU in Flügelkämpfen und in der Bedeutungslosigkeit einer als ‚Altnazi-Partei‘ apostrophierten Bewegung des ‚dritten Lagers‘.<sup>96</sup>

*Table 25: Ergebnisse der Nationalratswahlen in der Zweiten Republik 1945–1983 (in Prozent)*

	1945	1949	1953	1956	1959	1962
ÖVP	50	44	41	46	44	45
SPÖ	45	39	42	43	45	44
WdU/FPÖ	–	12	11	7	8	7
KPÖ	5	5	5	4	3	3
Sonstige	–	–	–	–	–	–

	1966	1970	1971	1975	1979	1983
ÖVP	48	45	43	43	42	43
SPÖ	43	48	50	50	51	48
WdU/FPÖ	5	6	6	5	6	5
KPÖ	0,5	1	1	1	1	1
Sonstige	3	–	–	–	–	3

Abweichungen von 100 Prozent entstehen durch Runden auf ganze Zahlen.

Quelle: Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945 (hg. von Peter Gerlich u.a., Wien 1983) 143; Politics in Austria (ed. Kurt Richard Luther u.a., London 1992) 207

#### Abb. 7

(Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates - Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 128)

Die Stimmen für den VdU wurden immer weniger und 1956 wurde daraus die FPÖ, die Freiheitliche Partei Österreichs. Auch hier setzte sich aber die Spannung zwischen deutschnationalen und liberalen Gruppen fort. Nach Hanisch gab es in Österreich schon damals gar keinen „Liberalismus im europäischen Sinne“ mehr. Für diesen kam schon 1938 das Ende. Hier deckt er sich mit Hayek, der ab dem Zweiten Weltkrieg von einem „neuen Liberalismus“ spricht.

<sup>96</sup> Krzysztof Glass, Barbara Serloth, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 211f.

### Mandate bei den Nationalratswahlen 1949 bis 1966

	1949	1953	1956	1959	1962	1966
die ÖVP .....	77	74	82	79	81	85
die SPÖ .....	67	73	74	78	76	74
der WDU (= VdU)	16	14	---	---	---	---
die FPÖ .....	---	---	6	8	8	6
die KPÖ .....	5	4	3	---	---	---

Aus dem VdU (= Verband der Unabhängigen) entstand später die FPÖ (= Freiheitliche Partei Österreichs)

Abb. 8

(Ernst Joseph Görlich, Felix Romanik, Geschichte Österreichs, (2.Aufl.), Tyrolia Verlag Innsbruck, 1966, S. 571)

Der VdU hatte Probleme Mitglieder zu gewinnen und die Partei hatte in den 1950er Jahren auch nur 22.000 Mitglieder. Das Parteiprogramm von 1949 hatte noch einen liberalen Anstrich, der aber 1954 schwächer wurde.<sup>97</sup> Doch noch 1966 glaubte man, dass der liberale Flügel die Oberhand erhalten werde, denn Görlich-Romanik schrieb damals:

„Unter den jüngeren Mitgliedern wurden allmählich liberalere Gedankengänge wirksam, so dass die FPÖ von einer anderen rechtsradikalen Gruppe, der NDP (= Nationaldemokratische Partei), als ‚nicht genug (deutsch-)national‘ erklärt wurde.“<sup>98</sup>

1955 wurde die Forderung nach einer neuen Partei des „dritten Lagers“ immer stärker. Am 17. Oktober 1955 wurde dann die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) gegründet. Parteigründer war diesmal der ehemalige Nationalsozialist Anton Reinthaller, der Minister in der Regierung Seyss - Inquart war und einen hohen SS - Rang führte.

„Die FPÖ stellte keine Antithese zu den liberalen Parteien und Gruppierungen des Zwischenkriegsösterreichs dar, sie präsentierte sich als eine Partei der falsch verstandenen Kontinuität und einer belasteten Vergangenheit, was vielleicht konform zur österreichischen Tradition war, aber eine echte liberale Erneuerung von vornherein versperrte. Daraus resultierte auch die Themen- und Ideenarmut der FPÖ im ersten Jahrzehnt ihrer politischen Präsenz sowie die zunehmende Marginalisierung auf der parteipolitischen Bühne Österreichs. Die fehlende Zustimmung seitens der Wählerschaft wurde immer aufs neue durch sinkende

<sup>97</sup> Vgl. Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates - Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 150f.

<sup>98</sup> Vgl. Ernst Joseph Görlich, Felix Romanik, Geschichte Österreichs, (2. Aufl.), Tyrolia Verlag, Innsbruck, 1966, S. 575

Stimmenanteile bestätigt, und dieser Trend konnte erst Ende der achtziger Jahre mit Jörg Haider als dem neuen Bundesparteiobmann gestoppt werden.<sup>99</sup>

Die nationalen Elemente begannen sich immer mehr gegenüber den liberalen durchzusetzen. In der Öffentlichkeit verfestigte sich immer mehr der Eindruck, dass es sich hier um eine Partei der „Ewiggestrigen“ handelte.

#### 4.6 Versuch der Liberalisierung der FPÖ

1958 schien sich mit der Übernahme der FPÖ-Parteiführung durch den Liberalen Friedrich Peter eine Änderung anzubahnen. Peter, ein ehemaliger Offizier der Waffen - SS, wurde zu einem überzeugten Parlamentarier. War er aber ein Liberaler? Zumindest vertrat er folgende, doch liberal klingende Grundsätze, welche bereits 1957 auf dem Bundesparteitag in Klagenfurt formuliert wurden:

- „ - Achtung vor dem Andersgesinnten;
- Diskussion auf der Ebene reiner Sachlichkeit
- Vorrang des Allgemeinwohles vor reinen Parteiinteressen, vor allem aber Sauberkeit, Verantwortung und Würde.“<sup>100</sup>

#### Wahlergebnisse der Freiheitlichen Partei Österreichs in ganz Österreich

	<i>Stimmen</i>	<i>% aller Stimmen</i>	<i>Nationalratssitze</i>	<i>Bundesratssitze</i>
1966	242.570	5	6	-
1970	253.425	6	6	-
1971	248.473	6	10	-
1975	249.444	5	10	-
1979	286.743	6	11	-
1983	241.789	5	12	-
1986	472.205	10	18	-
1990	782.648	17	33	1
1994	1,042.846	22	42	12

Abb. 9

(Ernst Bruckmüller (Hrsg.), Österreich Lexikon, Band I A- L, Verlagsgemeinschaft Österreich Lexikon, Wien, 1995, S. 347)

<sup>99</sup> Krzysztof Glass, Barbara Serloth, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus, Österreichische Gesellschaft für Mitteleuropäische Studien, Poznan, 1996, S. 213

<sup>100</sup> Anton Reinthaller, Ein neues Kapitel, österreichischer Geschichte in: Meilensteine des Aufstiegs. 35 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs, Wien, 1991, S. 23

Es gelang Peter die FPÖ aus der Isolation durch die beiden Großparteien herauszuführen, indem er eine SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky unterstützte (der Preis dafür war einerseits die Aufwertung der FPÖ und andererseits eine Wahlrechtsreform, welche Kleinparteien bei den Nationalratswahlen besser stellte – ab 1971 vermehrte sich bei gleichem Stimmanteil die Zahl der FP-Nationalratssitze sprunghaft – siehe Abb. 9).

„Auch wenn von Äußerungen einzelner Funktionäre oder von Teilen der Partei nicht ohne weiteres auf die Gesamtpartei geschlossen werden darf, musste sich diese auch während der ‚liberalen‘ Ära zumindest den Vorbehalt gefallen lassen, dass zu den verschiedenen rechtsextremen Aktivitäten, Äußerungen und Entgleisungen in der Regel keine Distanzierung oder klärende Stellungnahme erfolgt. Dies hing damals zweifellos mit den labilen innerparteilichen Kräfteverhältnissen und mit den personellen Auseinandersetzungen zusammen. Vor allem wollte kein FPÖ – Politiker die rechtsgerichteten ‚nationalen‘ Kreise vor den Kopf stoßen, wie dies im vertraulichen Gespräch gelegentlich offen zugegeben wurde. Durch den grundlegenden Kurswechsel der FPÖ seit 1986 sind die vormals am rechten Rand oder schon außerhalb angesiedelten ‚nationalen‘ Kräfte wieder voll in die Partei zurückgekehrt und zur ideologischen Hauptströmung der FPÖ geworden, worauf im folgenden Abschnitt eingegangen wird.

Diese in Jahrzehnten gewachsenen Milieus und Strukturen ließen einem Erneuerungskurs in Richtung Liberalismus, wie er mit Unterstützung Friedrich Peters von jüngeren Kräften in den siebziger Jahren in Angriff genommen wurde, von vornherein nur begrenzte Chancen. Die in dem 1971 gegründeten ‚Atterseekreis‘ versammelten, von liberalen Ideen bewegten Jungen (Norbert Steger, Friedhelm Frischenschlager, Helmut Krünes, Holger Bauer, Jörg Freunschlag, Volker Kier, Hansjörg Trengg u.a.) verstanden es zwar, wichtige Funktionen zu übernehmen, an die Spitze von Organisationen bis hin zur Bundesparteiführung zu kommen, eine Änderung der Struktur der Basis gelang jedoch nicht.“<sup>101</sup>

Nachfolger von Peter als Bundesparteiobmann war Alexander Götz (1978/79) und er führte die FPÖ als Mitglied in die „Liberale Internationale.“ Steger und die anderen Jungen Liberalen machten in der FPÖ rasch Karriere. Norbert Steger war von 1980 bis 1986 FPÖ Bundesparteiobmann und bis 1987 Vizkanzler und Handelsminister und forcierte eine Koalition mit der SPÖ (1983 – 1986). Diesen raschen politischen Aufstieg verdankte er seinem politischen Geschick, der von strategischen Überlegungen geprägten Taktik und seiner Kontaktfähigkeit.<sup>102</sup> Dabei fand er allerdings auch in Jörg Haider einen innenpolitischen

<sup>101</sup> Brigitte Bailer-Galanda; Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus in: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wiener Verlag, Wien, 1993, S. 335

<sup>102</sup> Vgl. „Norbert Steger, der erste FPÖ Vizkanzler“ in: Wiener Zeitung, 11. 09. 04, Nr. 179, S. 22

Rivalen, der das Spiel mit der Intrige und der überzeugenden Argumentation noch besser beherrschte.

#### 4.7 Krise des Liberalismus - FPÖ 1986

Unter Stegers Führung konnte die FPÖ zwar ihre Position als Kleinpartei mandatsmäßig im Nationalrat halten, doch die Wahlerfolge fehlten, was den Unmut der Basis über die Leitung der FPÖ schürte. 1986 kam es am Innsbrucker Parteitag mit Hilfe des deutschnationalen Flügels bei einer Kampfabstimmung zur Abwahl Norbert Stegers durch Jörg Haider.<sup>103</sup> Es erfolgte damit eine radikale Abkehr der FPÖ vom Liberalismus und die Aufkündigung der Koalition mit der SPÖ durch Bundeskanzler Vranitzky. Es folgten Neuwahlen zum Nationalrat, bei denen die FPÖ aufgrund des radikalen populistischen Kurses von Haider einen enormen Erfolg mit einer Verdoppelung ihrer Stimmen erreichte. Dies zementierte Haider und seine nationalen Gefolgsleute in der Führungsposition der Partei. Meiner Meinung nach war es eine Kehrtwendung in Richtung Vergangenheit, mit deutschnationalen und antiliberalen Themen. Viele Liberale sahen auch die FPÖ nicht mehr als ihre Partei an und traten aus der Freiheitlichen Partei aus, denn während Steger mit seinem liberalen Kurs eher zur Mitte tendiert hatte, rückte Haider radikal nach rechts außen.

Dies wurde auch von der „Liberalen Internationale“ ähnlich gesehen. Die FPÖ kündigte zwar 1993 selbst die Mitgliedschaft bei der „LI“, doch sie kam durch ihren Austritt nur einem bevorstehenden Ausschluss zuvor. Vielen Wählerinnen und Wählern gefiel aber jedenfalls die Rechtslastigkeit und Radikalität, denn es folgte die bisher erfolgreichste Zeit der FPÖ. Bei den Nationalratswahlen 1993 kamen sie auf 22,5 Prozent und 1999 gar auf 26,9 Prozent der Wählerstimmen, gleichauf mit der ehemaligen Massenpartei ÖVP (die stimmenmäßig sogar geringfügig schlechter abschnitt), doch auch die andere Massenpartei, die SPÖ, erhielt nur noch von 33,15 Prozent der Wählerinnen und Wähler das Vertrauen.

Die Zeit bis Anfang der 1990er-Jahre war geprägt von den beiden großen Parteien, mit Stimmanteilen bei den Nationalratswahlen für beide bis über 40 Prozent. Sie waren verbunden in einer Großen Koalition, die immer mehr Stagnationstendenzen aufwies und der Erhaltung der jeweiligen Machtpositionen diente. Aus Protest sahen sich viele Wähler nach Alternativen um. Die Grünen verschreckten liberal aufgeschlossene Wähler durch linksextreme Positionen

---

<sup>103</sup> Vgl. Kurt Richard Luther, Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) in: Herbert Dachs, Emmerich Talos (Hrsg.), Politik in Österreich - Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 2006, S. 364f.

und die FPÖ wiederum wurde zum rechten Sammelbecken mit Gegnerschaft zur Europäischen Union und Fremdenfeindlichkeit. Für die heimatlosen Liberalen entstand 1993 das Liberale Forum, wobei der 1971 gegründete „Atterseekreis“, der 1986 ein parteiunabhängiger Verein wurde, im Hintergrund sicherlich eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben dürfte.<sup>104</sup>

#### 4.8 Gründung des LIF – Abspaltung von der FPÖ

Am 4. Februar 1993 wurde das Liberale Forum durch eine Abspaltung von fünf Abgeordneten der FPÖ unter Führung von Heide Schmidt und Friedhelm Frischenschlager gegründet. Gründe für ihren Ausstieg gab es mehrere. Persönlich waren es große Spannungen und laufende Reibereien mit Jörg Haider und inhaltlich stand das antilibérale Verhalten der FPÖ im Vordergrund, etwa durch die Initiierung des ausländerfeindlichen Volksbegehrens „Österreich zuerst“ oder die vehemente Gegnerschaft zum Beitritt der Europäischen Union.

„Diese liberale Partei entstand in einer Phase, die immer mehr durch den Wandel der Gesellschaft in Richtung Dienstleistungsgesellschaft, die Auflösung der traditionellen Lagerbindungen, die Erosion des Parteien- bzw. Verbändestaates und die Pluralisierung der politischen Themenlandschaft gekennzeichnet ist. Diese Veränderungen in Richtung einer größeren Offenheit des Parteiensystems, die sowohl zu einem schärferen Ideenwettbewerb im Parlament als auch zu einem härteren Wettstreit um die Wähler führten, öffneten ein ‚window of opportunity‘, das gerade eine liberale Partei, deren Ziel der offene Wettbewerb nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Gesellschaft und Politik ist, begünstigte.“<sup>105</sup>

Die fünf LIF-Abgeordneten beantragten die Bildung eines eigenen Klubs im Parlament, was ihnen auch bewilligt wurde, wobei sie die Unterstützung des damaligen Nationalratspräsidenten Heinz Fischer von der SPÖ fanden. Vergebens klagte die FPÖ unter Haider beim Verfassungsgerichtshof, da die Klubförderung für die Freiheitliche Partei entsprechend gekürzt wurde (VfGH-Erkenntnis 1993/12/13 A 10/93)<sup>106</sup>, womit auch die rechtliche Zulässigkeit des liberalen Klubs bestätigt wurde. Damit war die Partei anfangs nur

<sup>104</sup> Vgl. Gerhard Kratky, Das Experiment einer Parteigründung - Das Liberale Forum im Rückblick, Studienverlag, Innsbruck, 2009, S. 13ff.

<sup>105</sup> Barbara Liegl, Das Liberale Forum in: Herbert Dachs, Emmerich Talos (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs – Die Zweite Republik (3. Aufl), Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 1997, S. 315

<sup>106</sup> Vgl. [http://codices.coe.int/NXT/gateway.dll/CODICES/full/eur/aut/ger/aut-1994-1-002?fn=document-frame.htm\\$f=templates\\$3.0](http://codices.coe.int/NXT/gateway.dll/CODICES/full/eur/aut/ger/aut-1994-1-002?fn=document-frame.htm$f=templates$3.0) (02. 03. 10)



im Parlament existent, denn der Gründungsparteitag, wo die Bundesparteigremien konstituiert und das Programm beschlossen wurde, fand erst im November 1993 statt.

Warum wurde das Liberale Forum gegründet? Diese Frage wird im Grundsatzprogramm des LIF auf Seite 3 folgendermaßen beantwortet:

„Der politische Liberalismus ist dem Vorurteil der inhaltlichen Beliebigkeit ausgesetzt, seine Ziele seien historisch erreicht, liberales Gedankengut finde sich ohnedies in allen politischen Kräften, sei auf alle Parteien ‚verteilt‘. Als Zuwaage zu sozialistischem oder konservativem Denken, ist er gerne geduldet, ein Stück des Weges darf der Liberale gehen, aber nicht als eigenständige Kraft, als Konkurrent. Doch: Können die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen Österreichs als liberal, kann seine Gesellschaft als ‚offen‘ bezeichnet werden? - Wohl kaum. Besonders in Österreich gilt: Es gibt einen Nachholbedarf an Liberalismus. Österreich bedarf einer politischen Kraft, für die Liberalismus nicht ein Modewort ist, sondern inhaltliche Bedeutung hat, für die der politische Liberalismus im Mittelpunkt der Wertvorstellungen steht, die von der Überzeugung ausgeht, daß liberalen Grundsätzen insbesondere heute politische Lösungskapazität zukommt. Diesen Weg sind weltweit Parteien gegangen, die sich seit 1947 in der Liberalen Internationale zusammengeschlossen und deren programmatische Arbeiten im Liberalen Appell 1981 (Rom) ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben. Für Österreich ist das Liberale Forum die politische Kraft, die den Liberalismus in den Mittelpunkt des programmatischen Wollens stellt und in den politischen Wettbewerb einbringt. Die Grundlage dafür ist unser Programm.“<sup>107</sup>

Welche Ideologie das Liberale Forum verfolgt, sieht Pohoryles (LIF-Sprecher für Wissenschaft und Forschung) so: *„Es gilt, Grundwerte sind für alle gleich, das heißt es geht um die Freiheit des Einzelnen, soweit die Rechte anderer nicht betroffen sind und es geht um Rechtsstaatlichkeit und strenge Bindung an Rechtssätze, Rechtsnormen, es geht aber auch darum, dass der Staat nicht zu viel verrechtlichen soll, damit auch die Gesellschaft eine stärkere Rolle gegenüber dem Staat spielt. Das heißt, die Ablehnung von Autorität, die nicht durch Gesetz gegründet worden ist und die Ablehnung in Form von Obrigkeitsstaat, aber auch die Zustimmung zu Regelungen, die nötig sind um eine Gesellschaft in einem vernünftigen Rahmen zu halten.“*<sup>108</sup>

In der „Charta des Liberalen Forums“ wurde – nach heftigen Meinungsverschiedenheiten - festgelegt:

„Das Liberale Forum sieht im **Menschen** den zu freiem und verantwortungsbewusstem Handeln befähigten Gestalter seiner eigenen Lebensverhältnisse. Es leitet daraus für sich und

<sup>107</sup> LIF – Grundsatzprogramm Wien - 1993, S. 3

<sup>108</sup> Interview Ronald Pohoryles (16. 02. 10)

die Politik die Aufgabe ab, Urteilsfähigkeit sowie persönliches und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein vorzuleben, zu wecken und dauerhaft zu fördern.

**Politischer Liberalismus** will die Chancen zu Autonomie und Selbstentfaltung für den einzelnen wie für gesellschaftliche Gruppen sicherstellen und fördern; er wendet sich gegen jede Form von autoritären und dogmatischen Wahrheitsansprüchen in Politik, Kultur und Wissenschaft.

**Liberale Politik** sucht zwischen den Extremen des schrankenlosen Egoismus und der bevormundenden Gleichmacherei einen Weg, der zu möglichst viel Freiheit für möglichst viele Menschen führt. Sie wendet sich gegen jede Einschränkung der Freiheit und Menschenwürde sowie gegen Benachteiligung auf Grund von Geschlecht, Weltanschauung oder ethnischer Zugehörigkeit.

Freiheit kann sich nur im Rahmen einer Ordnung entfalten. Das liberale Ordnungsprinzip begründet sich aus der Freiheitssicherung. Der **demokratische Rechts- und Verfassungsstaat** mit den Grundsätzen der Gewaltenteilung und der individuellen Vertragsfreiheit ist jene Form des Gemeinwesens, welche der Freiheitssicherung am besten entspricht.

Im wirtschaftlichen Bereich kann sich die Freiheit am besten im Rahmen einer auf Privateigentum, Wettbewerb und Marktwirtschaft basierenden Wirtschaftsordnung entfalten. Die **Marktwirtschaft** sichert ein Höchstmaß an Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit. Der Gefährdung der Marktwirtschaft und wirtschaftlichen Chancengleichheit durch Monopole und Kartelle ist durch entsprechende Rahmengesetzgebung vorzubeugen.

Die Sicherheit der materiellen Existenz ist eine Voraussetzung persönlicher Freiheit. Daraus leitet sich die **soziale Dimension** liberaler Politik ab. Freiheit von Armut und Not zu gewährleisten stellt eine unteilbare Aufgabe des Einzelnen und der Gesellschaft dar. Niemand soll der Eigenverantwortung enthoben, aber niemand soll der Hilflosigkeit preisgegeben werden.

Eine gesunde Umwelt ist Voraussetzung für die freie Entfaltung des Menschen. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine Bedrohung für das Lebensrecht künftiger Generationen. Daher ist **ökologische Verantwortung** eine Verpflichtung für die Liberalen.

Unterdrückung, Gewalt und Krieg stellen die größten Eingriffe in die Freiheitsrechte anderer Menschen, Gruppen oder Nationen dar. Liberale Politik ist daher elementar der Entwicklung einer **weltweiten Friedensordnung** verpflichtet.

**Freiheit ist nicht nur Recht, sondern auch Verantwortung.**<sup>109</sup>

Diese Charta, deren Erstentwurf bereits im März 1993 bei der Klausur am Wolfgangsee entstand, ist vom Geist der liberalen Werte der Aufklärung durchdrungen. Hier geht es sowohl um gesellschaftsliberale als auch wirtschaftsliberale Ideen. Der einzelne Mensch steht im Zentrum, verantwortungsbewusst, urteilsfähig und freiheitsliebend. Probleme gab es jedoch bei der Erstellung der Charta zwischen den ‚Linksliberalen‘ und den ‚echten Wirtschaftsliberalen‘. Durchgesetzt haben sich die ‚Linksliberalen‘, welche die

---

<sup>109</sup> URL: [www.liberales.at](http://www.liberales.at) (02.03.10)

‚soziale Dimension‘ und die ‚ökologische Verantwortung‘ in der Charta verankern konnten, womit der Wirtschaftsflügel nicht glücklich war. Auch, wie Liegl feststellte, war die Gesellschaftspolitik ein Streitpunkt.

„Vor allem die Frauenpolitik und der Einsatz für die Homosexuellen wurden nicht von allen Partnern goutiert und führten letztlich auch zum Austritt eines ‚echten Wirtschaftsliberalen‘ – Georg Mautner-Markhof. Da das Programm letztendlich doch eher sozialliberal ausgefallen war, wurde zu Beginn die Wirtschaftskompetenz des LIF in Abrede gestellt, zumal auch kein Wirtschaftsexperte unter den anfänglich im Parlament vertretenen fünf Abgeordneten zu finden war.“<sup>110</sup>

Diese fehlende wirtschaftliche Kompetenz des LIF und die besondere Betonung sozialer, gesellschaftsliberaler Dimensionen, wie dem Einsatz für Randgruppen (Homosexuelle, Drogenpolitik etc.), mag mit ein Grund gewesen sein, warum die Partei letzten Endes später Wählerstimmen verlor. Auch im Kapitel „Kirche und Staat“ wurde eine Diskussion über das Konkordat entfacht, welche dem LIF wieder die Gegnerschaft von Kirchenkreisen eintrug. Kratky stellt in seinen Erinnerungen deswegen fest:

„Leider haben wir aus den Reaktionen auf die Themen ‚Entdiskriminierung homosexueller Partnerschaften‘ und ‚Überprüfung des Konkordats‘ ungenügend gelernt. Bereits im Jahre 1993 hätte man erkennen können, dass gesellschaftsliberale Reizthemen ‚giftig‘ sein können...“<sup>111</sup>

#### **4.9 Entwicklung des LIF seit 1993**

Die Differenzen innerhalb des LIF, welche auch durch Statuten nicht ausgeräumt werden konnten, wurden durch die Anfangserfolge überdeckt. Zuerst schaffte das Liberale Forum im Mai 1993 mit 5,12 Prozent der Wählerstimmen den Einzug in den niederösterreichischen Landtag und im Oktober 1994 trat es zur Nationalratswahl an und erreichte nahezu sechs Prozent Stimmenanteil. Der Wahlkampf war durch die Konfrontationen der Spitzenkandidaten im Fernsehen geprägt, wovon vor allem das LIF durch Heide Schmidt profitierte, die aus früheren regelmäßigen TV-Sendungen als Assistentin des freiheitlichen Volksanwaltes Gustav Zeilinger und später als Stellvertreterin des

---

<sup>110</sup> Barbara Liegl, Das Liberale Forum in: Herbert Dachs, Emmerich Talos (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs – Die Zweite Republik (3. Aufl.), Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 1997, S. 320f.

<sup>111</sup> Gerhard Kratky, Das Experiment einer Parteigründung - Das Liberale Forum im Rückblick, Studienverlag, Innsbruck, 2009, S. 41

Bundesparteiobmannes und als dritte Nationalratspräsidentin breiten Bevölkerungsschichten bekannt war. Sie wollte mit einer modernen, weltoffenen liberalen Partei sowohl gesellschafts- als auch wirtschaftspolitische Akzente setzen, doch zeigt es sich, dass die Spannungen dazwischen später zu groß wurden.

Es wurde im Wahlkampf unter anderem eine liberale Wirtschaftsordnung, die Neubewertung des Faktors Arbeit, Neuorientierung von Sozialversicherungs- und Pensionssystemen als auch der Schutz der Bürger vor einem Überwachungsstaat propagiert. Gleichzeitig war, wie schon oben erwähnt, das LIF jedoch von schweren inneren Streitigkeiten was Inhalt und Organisation betrifft, geplagt.

Bei den Nationalratswahlen von 1994 zeigte sich, dass sowohl frühere Nichtwähler als auch Erstwähler im LIF eine Alternative zu den anderen Parteien sahen. Was von den Liberalen in der FPÖ noch übrig war, wechselte zum LIF, ebenso Anhänger der Grünen. Ein Jahr später, anlässlich der Nationalratswahlen von 1995, wurde schließlich ein Konzept beschlossen, das die Liberalen bei den Wählerinnen und Wählern als die Partei der offensiven Mitte darstellte, und damit eine Alternative zu ÖVP und FPÖ und zu den beiden linken Parteien SPÖ und Grüne war. Die offensive Mitte sollte mit einem aktiven Eintreten für Grund- und Menschenrechte und durch Liberalisierungsreformen im Wirtschaftsbereich punkten.

Das Nationalratswahlergebnis von 1995 brachte zwar für das LIF einen leichten Rückgang auf 5,5 Prozent, doch gelang es ihnen damit die Grünen zu überholen. Mit respektablen zehn statt elf Mandaten konnte das LIF wieder in den Nationalrat einziehen. Kratky dazu:

„Alle mir vorliegenden Wählerstromanalysen (Institut für Statistik der Universität Wien und Gallup) zeigen, dass das Liberale Forum gegenüber 1994 primär an die ÖVP Stimmen verloren hatte. Ein Warnzeichen, welches wir zwar im Präsidium diskutierten, dem aber leider in der tatsächlichen Politik keine Verhaltensänderung folgte.“<sup>112</sup>

Die Alarmglocken mussten noch lauter schrillen, nachdem das LIF als die Europapartei bei der ersten Wahl zum Europäischen Parlament in Österreich 1996 bundesweit weniger Wählerinnen und Wähler fand als noch bei der Nationalratswahl. Kratky erklärte das so, dass das Europathema die Bevölkerung noch nicht erreicht hatte und die Mitbewerber

---

<sup>112</sup> Gerhard Kratky, Das Experiment einer Parteigründung - Das Liberale Forum im Rückblick, Studienverlag, Innsbruck, 2009, S. 63

alles unternahmen, um europäische Perspektiven aus dem Wahlkampf heraus zu halten.<sup>113</sup> Dem kann ich nur bedingt zustimmen, denn auch die ÖVP gerierte sich als Europapartei und konnte dies den Wählerinnen und Wählern plausibler darstellen. Wie Kratky selbst schrieb, hat „gemäß der Wählerstromanalyse von Gallup (veröffentlicht im News am 14. 10. 1996) das Liberale Forum im Vergleich zur Nationalratswahl vom Dezember 1995 neuerlich an die ÖVP Stimmen verloren. Nach meiner Einschätzung hat sich also der bereits 1995 erkennbare Erosionsprozess wegen der unverständenen programmatischen Ansagen im Bereich der Gesellschaftspolitik in verschärfter Form fortgesetzt.“<sup>114</sup>

Liegl stellte in ihrem Aufsatz über „Das Liberale Forum“ im „Handbuch des politischen Systems Österreichs“ im Kapitel „Perspektiven“ fest, dass der längerfristige Bestand des LIF davon abhängen wird, ob es ihm gelingt, sich etwas von der Konzentration auf die Bundessprecherin Heide Schmidt zu lösen, da die wahlpolitischen Erfolge vorwiegend von ihrer Medienwirksamkeit und Medienpräsenz abhingen. Dieser Einschätzung kann ich nur beipflichten und der Misserfolg des Liberalen Forums dürfte zum großen Teil auch diesem Faktum zuzuschreiben sein. Noch dazu, wo die Partei eher ein Minderheitenprogramm für eine elitäre Zielgruppe vertrat und sich die Popularität von Heide Schmidt abgenützt hatte.<sup>115</sup>

Heide Schmidt als Frontfrau des Liberalen Forums sollte demnach auch 1998 bei der Bundespräsidentenwahl durch ihre Popularität die Abwanderungstendenzen stoppen. Sie erreichte mit 11,8 Prozent der Wählerstimmen doppelt so viele wie das Liberale Forum bei der letzten Nationalratswahl, doch noch immer weniger als die evangelische Superintendentin Gertraud Knoll (13,6 Prozent). Der Wert der 11,8 Prozent wird auch relativiert, wenn man bedenkt, dass Baumeister und Shopping-Center-Betreiber Richard Lugner ohne großes Programm mit 9,9 Prozent fast ebenfalls so viele Wählerinnen und Wähler erreichen konnte.

Kratky führte in seinen Erinnerungen an, dass die Unterstützung von Gertraud Knoll durch die Grünen und Teile der SPÖ ein „mentaler Tiefschlag für uns alle war“. Die Bedeutung von Österreichs größter Tageszeitung, der „Kronen-Zeitung“ mag mit eine Ursache für das schlechtere Abschneiden von Heide Schmidt gegenüber Gertraud Knoll

---

<sup>113</sup> Gerhard Kratky, Das Experiment einer Parteigründung - Das Liberale Forum im Rückblick, Studienverlag, Innsbruck, 2009, S. 74

<sup>114</sup> Gerhard Kratky, Das Experiment einer Parteigründung - Das Liberale Forum im Rückblick, Studienverlag, Innsbruck, 2009, S. 75

<sup>115</sup> Barbara Liegl, Das Liberale Forum in: Herbert Dachs, Emmerich Talos (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs – Die Zweite Republik ( 3. Aufl.), Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 1997, S. 321ff.

gewesen sein. „War für Krone-Herausgeber Hans Dichand (,Cato‘) Gertraud Knoll eine ‚sympathische junge Frau‘, der die Herzen zuflögen, so war Heide Schmidt für ihn eine ‚Schnattergans‘. Auch die anderen Kommentatoren (,Strudl‘ und ,Staberl‘) haben sich voll auf Heide Schmidt eingeschossen. (...) Dass die Kandidatur von Knoll vor allem Wählerpotential von Heide Schmidt abzog, war klar und daher auch schmerzlich.“<sup>116</sup>

Mit einem Konzept zukunftsorientierter Bildungspolitik und dem Thema der Grundsicherung ging das Liberale Forum in das Wahljahr 1999. Weitere Themen waren unter anderem:

- Rückbau des Staates,
- Bürokratieabbau,
- Reform des öffentlichen Dienstes,
- Zurückdrängung des parteipolitischen Einflusses bei ORF, Kammern, Schulen etc.,
- Steuersenkung,
- Flexibilisierung der Arbeitszeiten und –formen,
- ein einheitliches Arbeits- und Pensionsrecht für alle Berufsgruppen,
- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen als auch
- soziale Fairness und mehr Treffsicherheit im Sozialsystem.<sup>117</sup>

1999 gingen zuerst schon die Landtagswahlen in Salzburg, Tirol und Kärnten für das Liberale Forum schlecht aus. In keinem der Bundesländer konnte die Hürde für den Einzug in den Landtag genommen werden. Für die Nationalratswahl im gleichen Jahr wurden die Themen deswegen teilweise abgeändert. Man setzte neben den oben genannten Punkten auf Ethikunterricht, Grundsicherung, Ablehnung der Neutralität, Senkung des Wahlalters und individuelle Pensionsvorsorge. Wieder sieht man hier das Übergewicht der gesellschaftspolitischen Themen im Vergleich zu den wirtschaftspolitischen. Der Erfolg stellte sich auch nicht ein.

„Das Ergebnis war niederschmetternd: mit 3.65% wurde die 4%-Hürde für den Einzug in den Nationalrat verfehlt. Heide Schmidt zog die Konsequenzen und kündigte den Rückzug beim nächsten Bundesforum an. Die Ära Heide Schmidt war beendet und damit das Experiment einer liberalen Partei.“<sup>118</sup>

---

<sup>116</sup> Gerhard Kratky, Das Experiment einer Parteigründung - Das Liberale Forum im Rückblick, Studienverlag, Innsbruck, 2009, S. 97

<sup>117</sup> Gerhard Kratky, Das Experiment einer Parteigründung - Das Liberale Forum im Rückblick, Studienverlag, Innsbruck, 2009, S. 113

<sup>118</sup> Gerhard Kratky, Das Experiment einer Parteigründung - Das Liberale Forum im Rückblick, Studienverlag, Innsbruck, 2009, S. 123

Nach der Wählerstromanalyse des Sora-Institutes gingen 65.000 (25%) der ehemaligen LIF WählerInnen nicht zur Wahl. „Die Hauptverluste der Liberalen (56.000) gingen an die Grünen. Zu den Zugewinnen der SPÖ trug das Liberale Forum mit rund 30.000 WählerInnen fast in gleichem Ausmaß bei wie ÖVP und FPÖ, was sich bei einer Kleinpartei besonders schmerzhaft auswirkt.“<sup>119</sup>

Nach Heide Schmidt, welche für die Öffentlichkeit praktisch das LIF verkörperte, sollte Christian Köck das Liberale Forum wieder beleben, doch er scheiterte an den Differenzen der Bundespartei mit der Wiener Landespartei zwischen Gabriele Hecht und Hanno Pöschl. Köck trat schon beim nächsten Bundesforum am 30. Juni 2000 zurück. Friedhelm Frischenschlager führte kurzzeitig die Partei und wurde von dem damals 25-jährigen ehemaligen LIF-Bezirksrat in Wien-Währing, Alexander Zach, abgelöst. Für die vorgezogene Nationalratswahl 2002 versuchte die Partei nochmals ihr Glück mit einem vom ORF (Fernsehen) her bekannten Moderator (Reinhard Jesionek), erreichten jedoch nur ein Prozent der Stimmen. Ihm fehlte meiner Ansicht nach die nötige politische Erfahrung. Telegen zu sein reichte alleine nicht aus.

Bei der Nationalratswahl 2006 sollte deswegen Heide Schmidt wieder antreten, überlegte es sich dann doch anders. Alexander Zach kandidierte schließlich als Vertreter des Liberalen Forums auf der SPÖ-Liste. Dies relativierte die eigenständige Politik des Liberalen Forums und machte das LIF zum Beschaffer liberaler Stimmen für die SPÖ. Kratky schrieb:

„Für mich war die Formalkonstruktion einer Listenkoppelung von SPÖ und LIF nicht mehr als ein Feigenblatt. Denn mir schien es evident, dass der unvergleichlich größere Partner den Winzling in einer solchen Konstruktion zu Tode umarmen würde. Vor allem aber schätzte ich die Lage so ein, dass ein selbständiges Antreten der Liberalen unter dem Namen Liberales Forum zukünftig kaum mehr möglich sein wird. Denn der politische Gegner und die Medien würden das LIF nie mehr als unabhängige Kraft akzeptieren, sondern als SPÖ-Anhängsel darstellen. Für mich war diese Entscheidung das eigentliche und bittere Ende des Liberalen Forums, ein Experiment war gescheitert.“<sup>120</sup>

Einen unguuten Nachgeschmack brachte die Affäre um Zach mit seinem Lobbying für den Eurofighter-Hersteller EADS, wegen der er als Bundesprecher zurücktrat. In der „Presse“ konnte man am 23. September 2008 lesen:

<sup>119</sup> URL: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw99.html> (13. 04. 10)

<sup>120</sup> Gerhard Kratky, Das Experiment einer Parteigründung - Das Liberale Forum im Rückblick, Studienverlag, Innsbruck, 2009, S. 127

„Zach zog damit die Konsequenzen aus den gegen ihn erhobenen Vorwürfen, mit seiner PR-Agentur für den Eurofighter-Hersteller EADS lobbyiert zu haben. Vergangene Woche waren in ‚News‘ und in der Folge in weiteren Medien Unterlagen zitiert worden, die bereits früher geäußerte Vorwürfe, Zach habe Lobbying in Sachen Eurofighter betrieben, belegen sollten. Zach hatte zunächst eine PR-Tätigkeit für EADS abgestritten und von ‚gestohlenen und manipulierten E-Mails‘ gesprochen.

Zuletzt gestand er eine indirekte Lobby-Arbeit ein: Seine PR-Agentur habe für die deutsche Agentur Salaction gearbeitet, diese wiederum für EADS. Der ‚akademisch geprüfte PR-Berater‘ räumte ein, ‚dass da ein Fehler passiert ist, weil ich auf die Frage einer Geschäftsbeziehung zu EADS eine rechtliche Antwort gegeben habe. Man hätte politisch antworten müssen‘ - also sofort sagen, dass für Salaction gearbeitet worden sei und diese für EADS.“<sup>121</sup>

Das Liberale Forum, jetzt unter der Bundessprecherin Dr. Angelika Mlinar, - sie war Assistentin von Dr. Frischenschlager beim Europaparlament, - versuchte die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und sich mehr der Wirtschaftspolitik zuzuwenden. Bei der Wirtschaftskammerwahl 2010 trat das LIF bei drei Fachgruppen im Bereich der Sparte „Information und Consulting“ in Wien an. Das LIF wandte sich gegen die „Zwangsmitgliedschaft und gegen den Verfassungsrang der Wirtschaftskammer (...) Eigenverantwortung ist das Credo jedes Unternehmers, jeder Unternehmerin. Entscheidend für Wirtschaft mit Verantwortung ist der direkte Zusammenhang mit Freiheit: Dafür sind die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, wie sie derzeit in Österreich nicht gegeben sind. Der Staat darf Eigenverantwortung nicht abwürgen, sondern muss sie verlangen, sodass eine neue Verantwortungskultur entstehen kann. Ständestaatliche Strukturen, ein Übermaß an Bürokratie, eine zu hohe Steuer- und Abgabenbelastung, der Vollkaskostaat - das ist die Realität der Gegenwart und behindert Innovation, Unternehmergeist und eine nachhaltige soziale Absicherung. Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat und Bildung sind Eckpfeiler für eine nachhaltige Zukunft unserer Wirtschaft und damit unserer Gesellschaft. Dafür kämpfen die Liberalen in der Politik und aktuell in der Wirtschaftskammer.“<sup>122</sup> Das Wahlergebnis war allerdings ernüchternd, denn in keiner der drei Fachgruppen gelang es dem Liberalen Wirtschaftsforum auch nur ein Mandat zu erringen.

Pohoryles sieht die Probleme der Liberalen als Partei in der mangelnden Tradition. *„Es wurde nach dem Krieg keine liberale Partei aufgebaut, weil es auch schon vor der Kriegszeit keine liberale Partei gab. Von daher kann man in dem Sinn nicht von liberalen Einflüssen sprechen, außer im Meinungsklima und das ist sehr interessant. Wenn man heute*

<sup>121</sup> „Wirbel um EADS – Millionen für Kärnten“, „Die Presse“, 23. 9. 08, 39. Jg, Nr. 18.190, S. 4

<sup>122</sup> URL: <http://www.liberale.at/content/site/letztemeldungen/article/1066.html> (13. 04. 10)



*die Qualitätsmedien zur Hand nimmt, wie ‚Profil‘, ‚Presse‘, ‚Standard‘, dann werden sehr viele liberale Inhalte transportiert. Aber es gibt keine politischen Träger dafür, das ist das Problem.“<sup>123</sup>*

Die FPÖ unter Jörg Haider hatte in der Zwischenzeit auch Änderungen erfahren. Angelockt von der Möglichkeit des Mitregierens mit der ÖVP verzichtete Haider auf eine Position in der Bundesregierung, unterstützte den VP-Obmann Wolfgang Schüssel als Bundeskanzler und Susanne Riess-Passer von der FPÖ wurde Vizekanzlerin. Sie war dies bis 2002 und man glaubte, dass sie nach einem Zerwürfnis mit Jörg Haider, eine eigene liberal ausgerichtete Partei gründen würde, doch sie zog sich in die Privatwirtschaft zurück. Zwei Jahre nach dem Eintritt in die Regierung wirkte die Partei innerlich gespalten. Diese Zerrissenheit war das Ergebnis einer jahrelangen Phase als populistische Protestpartei, die dadurch den gewaltigen Anforderungen der Regierungsverantwortung nicht gewachsen war. An die Akzeptanz einer kompromissbereiten Regierungsverantwortung konnten sich zahlreiche lokale Parteifunktionäre, die sich an die Protestpolitik der vergangenen Jahre gewöhnt hatten, nicht gewöhnen. Dem Parteiapparat war es auch innerparteilich nur schwer möglich, von der Regierungslinie zu überzeugen. Dazu kam dann noch das Problem, dass der Reihe nach Wahlen verloren gingen. Diese Entwicklungen haben die Parteiführung extrem geschwächt.

#### **4.10 Verschärfung der Krise des Liberalismus - BZÖ, FPK und LIF**

Mit zur Verschärfung der Krise des Liberalismus trug die unterschwellige Ausländerangst und Ausländerfeindlichkeit großer Teile der Bevölkerung bei. Die von der FPÖ populistisch geschürte Angst vor „Überfremdung“ hat viele in das rechte Lager getrieben. In der Koalition mit der ÖVP allerdings konnte die FPÖ als staatstragende Partei nicht mehr hemmungslos populistisch agieren, sondern musste sich eine Selbstbeschränkung auferlegen, was jedoch nur teilweise gelang. Die FPÖ verlor damit rasch an Zustimmung und an Wählerstimmen, trotz einer doch „parteiinternen Opposition“ durch Jörg Haider. Es kam zum Eklat in Knittelfeld, der am 4. 4. 2005 mit der Gründung und Abspaltung des BZÖ unter Jörg Haider endete.

---

<sup>123</sup> Interview mit Ronald Pohoryles (16. 02. 10)

„Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist dieser Streit aus mindestens drei Gründen interessant gewesen. Erstens belegt er die mangelnde Kohärenz innerhalb der (breit aufgefassten) Parteiführung. Zweitens deutet er darauf hin, dass die auf FPÖ – Funktionärssebene herrschende Auffassung vom Wesen einer politischen Partei – und damit auch die Rolle ihrer Regierungsmitglieder – eher jener entspricht, die Duverger (1954) bei „extern kreierte“ Parteien konstatiert. Wenn auch überspitzt ausgedrückt, bedeutet das, dass die Partei als Organisation politischer Außenseiter betrachtet wird, deren in das ‚System‘ entsandte Vertreter Delegierte sind, die ohne Wenn – und – Aber an die systemverändernden Instruktionen der Basis gebunden sind. Drittens blieb die Grundhaltung vieler FPÖ – Funktionäre weiterhin stark protestorientiert. Da sie von ihrer festen Überzeugung, es müsse den „*policy – seeking*“ den Vorrang gegenüber dem „*office – seeking*“ gegeben werden, nicht abzubringen waren, wurde immer deutlicher, dass sie sich auf Dauer nur sehr schwer – wenn überhaupt – mit einer freiheitlichen Regierungsteilnahme abfinden würden können.“<sup>124</sup>

Noch im Jahr 2006 sah Luther die Perspektiven sowohl der FPÖ als auch des BZÖ keineswegs rosig.

„Trotz vermeintlicher ‚Befreiung‘ vom protestorientierten FPÖ-Funktionärskader ist das BZÖ mit den gleichen Problemen konfrontiert, an denen seine Mutterpartei gescheitert ist und wird es teils schwieriger finden, mit ihnen zurechtzukommen.“<sup>125</sup>

Vorerst aber konnte bei den Nationalratswahlen 2008 die FPÖ unter Heinz Christian Strache an Stimmen wieder zulegen (von 11 Prozent auf 17,5 Prozent) und das BZÖ steigerte sich von 4,1 Prozent auf 10,7 Prozent.<sup>126</sup> „Gemeinsam erreichten BZÖ und FPÖ bei den Nationalratswahlen 2008 fast 30 Prozent der Stimmen, unter den Jung- und Jüngstwählern teilweise absolute Mehrheiten.“<sup>127</sup> 2008 verunglückte Jörg Haider tödlich und nur durch die Stärke des BZÖ in Kärnten konnte die Partei bundesweit überleben.

„Die Wunderwaffe des BZÖ waren die Auftritte ihres Altmeisters bei den TV-Duellen. Wenn das BZÖ bei der nächsten Nationalratswahl nicht wirklich Karl - Heinz Grasser aus dem Hut zaubert (oder plötzlich verborgene Talente sprießen?), wird sein Erfolg außerhalb Kärntens eine Eintagsfliege bleiben.“<sup>128</sup>

<sup>124</sup> Kurt Richard Luther, Die Freiheitliche Partei (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) in: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, Emmerich Talos (Hrsg.), Politik in Österreich – Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 2006, S. 384

<sup>125</sup> Kurt Richard Luther, Die Freiheitliche Partei (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) in: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, Emmerich Talos (Hrsg.), Politik in Österreich – Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 2006, S. 385

<sup>126</sup> URL: <http://wahl08.bmi.gv.at/> (18. 03. 2010)

<sup>127</sup> Christa Zöchling, Freie Radikale in: profil – Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs, Nr. 52, 40. Jg., 21. 12. 09, S. 104

<sup>128</sup> Lothar Höbelt, Das Dritte Lager - Von Steger über Haider zu Strache in: Andreas Kohl (Hrsg.) Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Böhlau Verlag, Wien, 2009, S. 160

Das BZÖ hatte Ende 2009 einen „rechtsliberalen Kurs der Partei beschlossen“. Demnach soll in wirtschaftspolitischen Fragen liberal vorgegangen werden, die gesellschaftspolitischen Positionen werden allerdings konservativ betrachtet. Auf der BZÖ-Homepage wurden „Zehn rechtsliberale Grundsatzpositionen“ (26. Oktober 2009) online gestellt: „

- Die Würde des Menschen ist unantastbar
- Freiheit braucht Eigenverantwortung und Ordnung
- Gerechtigkeit statt Gleichmacherei
- Zukunft braucht Heimat
- Keine Freiheit ohne Eigentum
- Wohlstand und Fortschritt beruhen auf Leistung
- Sicherheit ist ein Bürgerrecht
- Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft
- Nur Bildung eröffnet Zukunftschancen
- Nachhaltigkeit heute für die Generationen von morgen<sup>129</sup>

Manche dieser Grundsatzpositionen, wie „Freiheit braucht Eigenverantwortung“, „Gerechtigkeit oder Eigentum“ sind liberale Kernpositionen, doch sind sie teilweise durch Zusätze verändert oder gehen in Richtung FPÖ-Linie.

Um das Chaos um BZÖ und FPÖ noch auszuweiten, spaltete sich am 16. Dezember 2009 in Kärnten das BZÖ in die FPK (Freiheitliche Partei Kärnten) ab, welche mit der FPÖ zusammenarbeitet. Ohne den Rückhalt in Kärnten wird es allerdings für das nunmehr rechtsliberale BZÖ schwer die nötigen Stimmen für ein Grundmandat zu bekommen. Laut Peter Filzmeier steht das BZÖ überhaupt vor dem politischen Aus. Das BZÖ kämpft bei der steirischen Landtagswahl im Herbst 2010 um das nackte Überleben, denn so Filzmeier, wenn man es nicht schafft jetzt in den Landtag einzuziehen, dann nie wieder.<sup>130</sup>

Der Überlebenskampf des BZÖ ist durch selbstzerstörerische Spaltungen gekennzeichnet. Einige Funktionäre des BZÖ in Wien haben noch vor den Wiener Gemeinderatswahlen 2010 das „Freie Bündnis Zukunft“, kurz FBZ, gegründet. Man wolle eine klassische liberale Parteilinie verfolgen und glaubt mit der (nicht neuen) Forderung nach Privatisierung der Gemeindebauten und der Legalisierung von Haschisch Wahlerfolge zu erzielen.<sup>131</sup>

<sup>129</sup> URL: <http://bzoe.pixelpoint.biz/inhalte-and-themen.html> (19. 03. 10)

<sup>130</sup> Vgl. URL: <http://www.orf.at/100117-46969/index.html> (17. 01. 10)

<sup>131</sup> „Orange Kernspaltung“ in: profil – das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs, Nr. 16, 41. Jg., 19. 4. 2010, S. 14

„Die Wähler seien irritiert, meint Motivforscherin Sophie Karmasin: ‚Die Mehrheit der Österreicher lehnt die Wiedervereinigung ab, mehr als ein Drittel gibt an, sich im dritten Lager nicht mehr auszukennen – darunter auch viele FPÖ/FPK – und BZÖ – Sympathisanten.‘ Die Schlagzeilen rund um Hypo und FPK – Obmann Uwe Scheuch bringen FPÖ – Chef Strache in Bedrängnis: ‚Statt über den Parteiensumpf in Kärnten zu wettern, muss er Scheuchs Truppe verteidigen. Das kratzt an seinem Wunsch-Image als Retter des kleinen Mannes. Er wird unglaublich.‘<sup>132</sup>

Dr. Christian Rainer, Herausgeber des „profil“, stellt in einem Leitartikel dagegen noch am 21. Dezember 2009 fest, dass die Freiheitlichen unter Strache zur stärksten Kraft im Land werden könnten und sich aller liberalen und aufgeklärten Elemente entledigt haben.<sup>133</sup>

Die Frustration und Unzufriedenheit über die derzeitige Parteienlandschaft ist so groß, dass Peter Michael Lingens im „profil“ eine „vierte Kraft für Österreich“ forderte. Er hatte die Vision von einer Partei außerhalb von ÖVP, SPÖ und FPÖ, die nicht das Schicksal des Liberalen Forums erleidet. Nur eine neue Partei, wie sie sich laut einer Market-Umfrage 72 Prozent der Österreicher vorstellen kann, hat die Möglichkeit als Sprachrohr der Jungen Reformen zu verlangen. Lingens stellte sich vor, dass so eine Partei als „Zünglein an der Waage“ bei Regierungsbildungen liberale Forderungen, wie sie auch in anderen Ländern durchgesetzt werden, umsetzen könnte.

„Leider ist der Name „Liberaler Partei“ in Österreich mit dem Scheitern des Liberalen Forums belastet und wird (nicht immer zu Recht) lediglich mit Randthemen wie der Homo – Ehe oder der Ablehnung von Kreuzen in Schulklassen assoziiert. Zwar glaube ich, dass eine neue, liberale Partei schwerlich gegen die Homo – Ehe oder die Trennung von Kirche und Staat sein könnte, aber ihr Schwerpunkt müsste doch eindeutig ihre wirtschaftliche Kompetenz sein.“<sup>134</sup>

## 4.11 Liberaldemokraten

Da nach Ansicht der Jungen Liberalen eine liberale Partei fehlte und es mit dem Liberalen Forum Probleme gab, gründeten sie 2009 eine eigene neue liberale Partei, die „Liberaldemokraten“ und die „JuLis“, die Jungen Liberalen, wurden mit Hannes Müllner an

<sup>132</sup> „Strache in Bedrängnis“ in: profil – das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs, Nr. 4, 41. Jg., 25. 1. 2010, S. 15

<sup>133</sup> Christian Rainer, Der Anschluss – Vor genau zehn Jahren startete der Versuch, das rechte Lager niederzuringen. Das Ergebnis: Die Freiheitlichen könnten zur stärksten Kraft im Land werden., in: profil – das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs, Nr. 52a, 40. Jg., 21. 12. 2009, S. 11

<sup>134</sup> Peter Michael Lingens, Eine vierte Kraft für Österreich – Vision einer Partei außerhalb von ÖVP, SPÖ und FPÖ, die nicht das Schicksal des Liberalen Forums erleidet in: profil – das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs, Nr. 5, 41. Jg., 01. 02. 2010, S. 105

der Spitze zur Jugendorganisation der Liberaldemokraten (LDP). Sie bezeichnen sich selbst als stärker wirtschaftsliberal ausgerichtet als das Liberale Forum. LIF und LDP kämpfen nun um die gleichen Wähler, wobei sich die LDP als „Partei der Mitte“ definiert.<sup>135</sup>

Auf der Homepage von den Jungen Liberalen (JuLi) heißt es:

"Wir halten folgende Wahrheiten für selbstverständlich:

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind die zu selbstbestimmtem und verantwortungsvollem Handeln befähigten Gestalter ihrer eigenen Lebensverhältnisse. Sie sind verschiedenartig, gleichwertig und unvollkommen. Zu ihren Rechten gehören das Recht auf Leben, auf Freiheit und auf das Streben nach Glück.

Freiheit bedeutet, aus einer Vielzahl von Möglichkeiten des Handelns und Unterlassens wählen zu können. Es heißt außerdem, sich ohne Unterdrückung, Abhängigkeit und Zwang selbst verwirklichen zu können. Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze am ebenso großen Anspruch anderer Menschen, sowie zukünftiger Generationen.

Mit dem Recht auf Freiheit trägt der Mensch auch die Pflicht, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen. Du bestimmst über dein Leben, und niemand sonst. Du legst deine Ziele selbst fest und errichtest sie auf deinen eigenen Werten. Du entscheidest darüber, woran du glaubst und woran nicht. Du wirst Erfolg haben und du wirst Fehler machen, doch nur dadurch wirst du wirklich lernen und wachsen. Du bist verantwortlich dafür, was du mit deiner Freiheit tust."<sup>136</sup>

Das Wählerreservoir, um das sich nun LDP, LIF und die Jungen Liberalen bemühen, wird ihnen auch von den Grünen streitig gemacht. Die Zukunftsprognosen für eine eigene liberale Partei oder sogar für zwei konkurrierende liberale Parteien sind ungünstig. Siehe dazu Kapitel 8 „Gründe für die Krise der Liberalen in Österreich“ als auch Kapitel 10 „Zum Zustand des Liberalismus“.

**Braucht Österreich eigentlich noch eine eigene liberale Partei?** Diese Frage habe ich unter anderem an meine Interviewpartner gerichtet und je nach politischer Position divergierende Antworten erhalten. Die Argumentationen gehen dahin, dass kein Bedarf nach einer eigenen liberalen Partei bestehe, da liberale Inhalte von den bestehenden im Nationalrat vertretenen Parteien vertreten werden, beziehungsweise auch NGOs Vorkämpfer für liberale Positionen sein können.

---

<sup>135</sup> Vgl. [www.diepresse.at](http://www.diepresse.at) - Liberale: Neue Partei: Die Liberaldemokraten (07. 07. 09)

<sup>136</sup> URL: [http://euphorisch.at/page/Freiheit\\_und\\_Verantwortung](http://euphorisch.at/page/Freiheit_und_Verantwortung) (10. 01. 10)

Erhard Busek: *„Wenn Österreich eine bräuchte, dann hätte sie sich schon gebildet. Da gilt das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Sie können das am Schicksal des Liberalen Forums sehen. Es ist Geschichte.“*<sup>137</sup>

Günther Chaloupek: *„Meiner Meinung nach braucht man keine eigene liberale Partei. Die liberalen Inhalte, die ich als gültig ansehe, werden von anderen Parteien, nicht zuletzt dadurch, dass es die Grünen gibt, wahrgenommen.“*<sup>138</sup>

Ronald Pohoryles dagegen ist der Ansicht, dass Österreich eine eigene liberale Partei braucht und begründet dies mit den bestehenden liberalen Parteien in Europa: *„Meiner Meinung nach ja, sonst wäre ich ja nicht dort. Ich bin selbstverständlich der Überzeugung, dass wir eine liberale Partei brauchen. Ich kann mir auch nicht vorstellen wie lange Österreich ein Sonderfall in Europa bleibt... wenn man sich anschaut, dass die britischen Liberalen mit an die Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der nächsten Regierung angehören, wenn die liberale FDP heute Regierungspartei ist und wenn sie überall dort, wo sie in Opposition sind, ..., 16, 17 Prozent an Stimmen lukrieren können, dann kann man sich natürlich fragen wie lange Österreich ein Sonderfall bleibt... wir können nicht auf Dauer das Kärnten Europas bleiben.“*<sup>139</sup>

Im Gegensatz dazu steht Wilfried Stadler, welcher meint, dass liberale Werte nicht unbedingt durch eine eigene liberale Partei vertreten werden müssten: *„Da liegt eher noch die Kraft zu liberalen Themen bei den einen oder anderen NGOs, die sozusagen sich das eine oder andere politische Anliegen ohne deshalb gleich Partei zu sein in einem durchaus parteilichen Sinn diesen Anliegen gegenüber zum Ziel setzen. Es kann Amnesty International sein, die sozusagen als Bannerträger des Liberalismus, was die Persönlichkeitsrechte betrifft, auftritt und es kann eine andere Organisation sein, die sich um den Schutz der Privatsphäre bemüht und wo sich die Zivilgesellschaft und Staatsbürger zu Interessensgruppierungen zusammenschließen, denen das ein Anliegen ist. Die wollen aber nicht gleichzeitig deshalb Teil einer liberalen Partei sein, die wieder eine nationalliberale, sozialliberale oder kulturliberale Prägung hat. Das ist auch der Grund, warum ich einer gesonderten Bewegung, die sich das auf die Fahnen schreibt, nur sehr eingegrenzte Chancen im politischen Spektrum*

---

<sup>137</sup> Interview Erhard Busek (22. 03. 10)

<sup>138</sup> Interview Günther Chaloupek (13. 04. 10)

<sup>139</sup> Interview Ronald Pohoryles (16. 02. 10)

*Österreichs einräume. Wenn es zu so etwas kommt, dann am ehesten am sozusagen rechtsliberalen Spektrumsrand.*<sup>140</sup>

---

<sup>140</sup> Interview Wilfried Stadler (11. 02. 10)

## 5 Stellung der Frauen im Liberalismus

Ein wichtiges Thema ist die Stellung einer Partei gegenüber den Frauen. Nachfolgend versuche ich die Position des Liberalismus zu den Frauen auszuloten.

Es war die Revolution des Liberalismus 1848, der die Frauenbewegungen in Österreich hervorbrachte. Durch die erfolgreiche Propagierung liberaler Werte wagten auch Frauen diese für sich einzufordern. Bereits 1848 wurde der „Wiener Demokratische Frauenverein“ gegründet (gegründet von der Adeligen Karoline von Perin) Nach Fuchs war die erste Frauenorganisation, der 1866 gegründete „Wiener Frauen – Erwerbsverein.“<sup>141</sup>

„Sogar der radikale ‚Wiener demokratische Frauenverein‘ von 1848 wollte nicht nur das ‚demokratische Prinzip in allen weiblichen Kreisen (...) verbreiten‘ und durch die ‚Gründung öffentlicher Volksschulen und höherer Bildungsanstalten‘ die Gleichberechtigung der Frauen anstreben, sondern sah als gleich wichtig die ‚humane‘ Aufgabe an, nämlich die ‚sorgsame Verpflegung aller Opfer der Revolution‘. Bei all dieser sozialen Tätigkeit wurden bewusst die eigenen Wertvorstellungen, bürgerliche Normen, v. a. das bürgerliche Frauenbild propagiert.“<sup>142</sup>

Die Revolutionäre wollten in ihrem Eifer den Gleichheitssatz in einer Verfassung verankern und drangen deshalb auf die Beseitigung der Standesunterschiede und Standesprivilegien, „doch fand sich kein Abgeordneter, der die Gleichberechtigung der Geschlechter eingefordert hätte.“ Da schufen sich die Frauen mit dem „Wiener demokratischen Frauenverein“ eine Plattform um ihre Anliegen der Demokratisierung und Frauenemanzipation durchzusetzen. Allerdings hatten sie dafür zu wenig Zeit. Bereits im Oktober 1848 kam das Vereinsverbot und der Verein wurde aufgelöst.<sup>143</sup>

Später, im Jahr 1890, kamen dann der „Verein für erweiterte Frauenbildung“ und der „Allgemeine Österreichische Frauenverein“. Zwei der herausragenden Persönlichkeiten aus dieser Bewegung waren Marianne Hainisch, (Mutter von Michael Hainisch, dem ersten Bundespräsidenten Österreichs) welche für die Gleichberechtigung der Frauen im Unterricht eintrat (Mädchen-Realgymnasium, Zulassung zum Universitätsstudium) und die Schriftstellerin Rosa Mayreder.

<sup>141</sup> Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 143

<sup>142</sup> Brigitte Mazohl - Wallnig (Hrsg.), Bürgerliche Frauenkultur im 19. Jahrhundert, Böhlau Verlag, Wien, 1995, S. 129

<sup>143</sup> Ute Gerhard (Hrsg.), Frauen in der Geschichte des Rechts – Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Beck'scher Verlag, München, 1997, S. 305f.



Vorerst machte sich die Bewegung dafür stark, den Frauen aus den Mittelschichten einen besseren Zugang zu mehr Bildung und damit bessere Berufschancen zu verschaffen. Sie trafen auf starken Widerstand und jeder Schultyp musste einzeln erobert werden. Nachdem man es geschafft hatte, viele Hindernisse zu überwinden, die geprägt waren aus Voreingenommenheit und Bürokratie, konnte 1892 ein Mädchengymnasium eröffnet werden. Ab 1897 wurden die Universitäten langsam für Frauen geöffnet.<sup>144</sup>

Die Frauenorganisationen forderten ebenfalls mehr Liberalismus, durch eine „Neugestaltung des Familienrechts, Gleichstellung der Geschlechter im Vereins- und Versammlungsrecht und speziell im Wahlrecht.“<sup>145</sup> Die Forderung nach dem Frauenwahlrecht wurde seit 1911 sogar mit einer eigenen „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ vehement vertreten und 1913 gab es eine „Internationale Frauenstimmrechtskonferenz“ in Wien, bis es in der Republik schließlich 1919 eingeführt wurde. Getrennt gekämpft hatten dafür bürgerliche und sozialistische Frauen. Die Sozialdemokratinnen hatten eine eigene Arbeiterinnen-Zeitung als Sprachrohr und feierten 1911 erstmals den internationalen Frauentag. Das Frauenwahlrecht selbst wurde von den Parteien mit Misstrauen beobachtet, denn 1919 stellten die Frauen durch den Krieg bedingt die eindeutige Mehrheit der Wahlstimmen.

Die Frauenbewegungen beschäftigten sich aber auch mit nicht aus dem Liberalismus entsprungenen Werten, wie der Sittlichkeit. So kritisierten sie den Staat, dass er die Prostitution akzeptiere und statt der sogenannten Kasernierung und der Polizeiaufsicht sollte zur Eindämmung der Geschlechtskrankheiten ein Verbot der Prostituierten eingeführt werden.<sup>146</sup>

Wenn man sich die Parteiprogramme der im Parlament vertretenen politischen Parteien durchsieht, dann findet man – mit Ausnahme beim BZÖ – eigene Kapitel zum Thema „Frauen“. Überraschenderweise hat aber gerade das Liberale Forum, das nicht mehr im Parlament vertreten ist, wo man es aber am ehesten vermuten würde, den Frauen kein eigenes Kapitel gewidmet. Das Frauenbild des Liberalen Forums sieht vor, dass die Selbstbestimmung die der Mann besitzt, die Gesellschaft auch der Frau zustehen muss. Durch die traditionellen Frauenbilder hat die Frau sie bis heute nicht. Für Heide Schmidt ist die Aussage „Ich will ein Kind“ ein Anflug von Egoismus, denn das klingt nach Besitzen. Heide

<sup>144</sup> Vgl. Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 143f.

<sup>145</sup> Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 144

<sup>146</sup> Vgl. Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 144

Schmidt sagt zu Frauenbewegungen: „Da habe ich meine Position in den letzten Jahren verändert. Ich habe früher eine distanzierte Haltung zu Frauenbewegungen und zum Feminismus gehabt, weil sie mir sektiererisch schienen, heute stehe ich positiv zu diesen Bewegungen. Ich halte sie auch für notwendig. Ich glaube, dass es notwendig ist, in diesem Bereich Gruppen zu haben, die manches überzeichnen, weil sie damit Bewusstsein schaffen. Dann bleibt zumindest etwas übrig, was der Sache dient. Wenn der Feminismus aber zu einer Anti - Männerbewegung wird, lehne ich ihn ab.“<sup>147</sup>

Die heutigen Liberalen, das heißt die Jungen Liberalen, lehnen auf ihrer Homepage sogar eine Frauenquote als eine Form der Ungleichbehandlung ab. Die Frauen sollen stattdessen durch strukturelle Maßnahmen, wie zum Beispiel durch staatlich geförderte Betriebskindergärten, Kinderbetreuung in Mehrgenerationenhäusern und dergleichen mehr unterstützt werden, um ihnen eine Wiedereinstellung nach der Erziehungszeit zu erleichtern. Die Jungen Liberalen sind davon überzeugt, dass eine Frauenquote gegen die Ideale des Liberalismus gerichtet ist. Die Leistung und Kompetenz und nicht das Geschlecht sollten darüber entscheiden, ob ein Bewerber der Richtige für eine Position ist.<sup>148</sup>

Ein Programm liberaler Frauen gibt es beispielsweise auf der Homepage der FDP in Deutschland. 2004 haben sie in Köln ein neues Grundsatzprogramm mit dem Titel „Für eine gendergerechte Gesellschaft“ beschlossen. „Die Zukunft gehört denen, die es schaffen, die Bedürfnisse von Frauen und Männern gleichermaßen zu erfassen und in politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen umzusetzen (Gendergesellschaft). Daher kommt es heute nicht mehr nur darauf an, Frauenpolitik zu betreiben, um weiterhin bestehende Nachteile aktiv auszugleichen. Vielmehr steht im Fokus der Liberalen Frauen das Anliegen, Gesellschaftspolitik so zu gestalten, dass die spezifischen Ausgangsbedingungen beider Geschlechter berücksichtigt und Frauen wie Männern gleiche Chancen eröffnet werden. Mit dieser Idee muss auch von Liberalen die Reformdiskussion neu gedacht werden.“<sup>149</sup>

In weiterer Folge gibt es ein Programm, das über die Bildung, soziale Sicherung, das Zukunftsmodell der freiwilligen Arbeit bis zu den Kindern, Familie und Alter eine Aussage trifft. Aussagen, die mir bei den Liberalen in Österreich abgehen. Dabei sind es gerade die Frauen, welche das Liberale Forum wählen würden. Nach einer Market-Umfrage für die

<sup>147</sup> Peter Pelinka, Heide Schmidt - Eine Provokation, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 1993, S. 140

<sup>148</sup> Vgl. URL: [http://euphorisch.at/language/en/page/Frauenquoten\\_diskriminieren\\_Frauen](http://euphorisch.at/language/en/page/Frauenquoten_diskriminieren_Frauen) (30. 01. 10)

<sup>149</sup> URL: <http://www.liberale-frauen.de/programm/grundsatzprogramm/index.html> (29. 03. 10)

Tageszeitung „der Standard“ wurde erhoben, dass 14 Prozent der Österreicher, jedoch 21 Prozent der Österreicherinnen glauben, dass Österreich Platz für eine liberale Partei hätte. 15 Prozent – und hier wieder eher die Frauen – könnten sich vorstellen so eine Partei zu wählen.<sup>150</sup>

---

<sup>150</sup> Conrad Seidl, Standard - Umfrage - 72 Prozent sehen Chancen für neue Parteien in: URL: <http://derstandard.at/1263705848473/STANDARD-Umfrage-72-Prozent-sehen-Chancen-fuer-neue-Parteien> (29. 03. 10)

## 6 Politische Sichtweisen

Ideologien wurden früher hauptsächlich religiös begründet. Erst der Liberalismus brachte die erste umfassende politische Ideologie im modernen Sinn, die eine bessere Zukunft schon auf Erden versprach. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sowohl Liberalismus, Neoliberalismus, Marxismus, Sozialismus als auch die christliche Soziallehre Ideologien sind. Daraus haben sich politische Gruppierungen entwickelt. Wie schon Guido de Ruggiero feststellte, wurde aus dem wirtschaftlichen ein politischer Kampf, bei dem es um Macht geht.

„Leider ist sich der Liberalismus dieser Gefahr nicht voll bewusst. Er hat mit seiner eigenen Tradition die Verbindung verloren und seine Geistesverfassung in wenigen veralteten Formeln versteinern lassen; es wäre unsinnig, in ihnen die fertige Lösung der von der Wirklichkeit aufgestellten neuen Probleme zu suchen. Er ist daher von den sozialen und wirtschaftlichen Stürmen, die ihn von seiner geschichtlichen Bahn abgelenkt haben, leicht überwältigt worden. Er hat seinen ersten und schwersten Fehler damit begangen, dass er die Aufnahme des politischen als eines wirtschaftlichen und sozialen Kampfes gebilligt und seinen Parteien den Charakter bürgerlicher Parteien verliehen hat.“<sup>151</sup>

Für Mises sind alle modernen politischen Parteien und die Parteiideologien eine Reaktion auf Sonderinteressen gegen den Liberalismus und sie stehen dem Liberalismus gegenüber in einer Kampffront. Dies auf Grund der unüberbrückbaren Interessengegensätze. Für die politischen Parteien ist der Liberalismus eine Partei, welche die Interessen der Kapitalisten und Unternehmer gegen die Interessen aller anderen Schichten vertritt.<sup>152</sup>

### 6.1 Liberalismus - Marxismus

Beginnen wir mit dem Verhältnis Liberalismus zu Marxismus. Was ist Marxismus? Im Kleinen Lexikon der Politik ist zu finden, dass mit Marxismus all die Ansätze gemeint sind, die sich positiv auf die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels berufen. Das sind die theoretisch - methodischen Konzepte "Historischer Materialismus" und "Kritik der politischen Ökonomie". „Darin werden 1) eine bestimmte Konzeptualisierung der jeweiligen Beziehungen oder Vermittlungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft, politischer Herrschaftsformen und ideologischen Deutungsmustern formuliert, 2) die historisch -

<sup>151</sup> Guido de Ruggiero, Geschichte des Liberalismus in Europa, Scienta Verlag Aalen, 1964, S. 370f.

<sup>152</sup> Vgl. Ludwig von Mises, Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927, S. 138ff.

dialektische Methode zur Analyse dieser Zusammenhänge vorgestellt. Auf dieser Grundlage entwickelt Marx seine Theorie der bürgerlich - kapitalistischen Gesellschaft, und zwar nicht nur als Voraussetzung für deren jeweilige historische Analyse und Kritik, sondern auch als Grundlage für ihre revolutionäre Überwindung durch das Proletariat. Da der Marxismus sich so bewusst als wissenschaftlicher Reflex und Anleitung zur gesellschaftsverändernden Praxis versteht, resultieren Differenzen zwischen sogenannten Marxisten aus unterschiedlichen historischen, nationalen und politischen Erfahrungen sowie deren unterschiedlicher Verarbeitung und Umsetzung."<sup>153</sup>

Entstanden sind der Marxismus und der Sozialismus als Antwort auf die durch den Liberalismus geförderte Industrialisierung, die wiederum utilitaristisch den Nutzen im Vordergrund sah und sich durch keine Bürokratie des Staates fesseln lassen wollte. Darauf folgte eine wirtschaftliche als auch soziale Verelendung der Massen, die vom Land in die Stadt strömten, da der Staat keine Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer entwickelte. Aus den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer entstanden Parteien und Ideologien, die sich gegen den uneingeschränkten Liberalismus wandten. Walter Eucken, der Begründer des Ordo-Liberalismus, wandte sich später dann auch gegen Staatseingriffe, insbesondere gegen die staatliche Planwirtschaft von Nazi-Deutschland, doch war er für staatliche Eingriffe um einen fairen Wettbewerb am Markt zu garantieren (z.B. durch Verhinderung von Monopolen).

Für Marxisten sind die Liberalen eine Partei, welche Sonderinteressen, nämlich die der Kapitalisten und Unternehmer, vertritt.

"Diese Behauptung ist vom Marxismus mit großem äußeren Erfolg vorgebracht worden. Wenn man die Lehre von der unüberbrückbaren Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen innerhalb der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft als das wesentliche Lehrstück des Marxismus ansehen will, dann müsste man alle Parteien, die heute auf dem europäischen Kontinent tätig sind, als Anhänger des Marxismus bezeichnen."<sup>154</sup>

Mises, der den Kommunismus ablehnt („Der Marxismus hat sich im wichtigsten Punkte seiner Lehre über das Niveau einer Parteidoktrin für die Gasse nie erhoben."<sup>155</sup>), wendet sich auch gegen die Vereinnahmung der Liberalen als Vertreter der Großkapitalisten:

---

<sup>153</sup> Dieter Nohlen (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, Verlag C.H. Beck, München, 2001, S. 294

<sup>154</sup> Ludwig von Mises, Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927, S. 141f.

<sup>155</sup> Ludwig von Mises, Die Gemeinwirtschaft - Untersuchungen über den Sozialismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1922, S. 333f.

„Für Marx ist die politische Stellung des einzelnen durch seine Klassenzugehörigkeit, die politische Stellung der Klassen durch das Klasseninteresse bedingt. Die Bourgeoisie ist genötigt, für den Kapitalismus einzutreten. Umgekehrt kann das Proletariat sein Klasseninteresse, die Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung nicht anders verfolgen, als durch die Anbahnung der sozialistischen Produktionsweise. Damit ist die Stellung, die Bürgertum und Proletariat im politischen Kampf einnehmen müssen, gegeben. Kaum eine zweite der Lehren von Marx hat so tief und nachhaltig auf die politische Theorie gewirkt wie diese. Weit über die Kreise des Marxismus hinaus hat sie sich Geltung zu verschaffen gewusst. Man hat sich allgemein daran gewöhnt, dass im Liberalismus die Lehre zu erblicken, in der die Klasseninteressen der Bourgeoisie und der Großkapitalisten ihren Ausdruck gefunden hätten. Wer liberale Anschauungen äußert, sei ein mehr oder weniger gutgläubiger Vertreter von Sonderinteressen, die dem allgemeinen Wohl entgegenstehen. Nationalökonomien, die die marxistische Wertlehre ablehnen, werden als 'geistige Leibgarde des Kapitalprofits - mitunter auch der Grundrente' bezeichnet, ein Standpunkt, der allerdings außerordentlich bequem ist, weil er der Mühe, sich kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen, auf die einfachste Art entheben.“<sup>156</sup>

In Österreich sollte man im Zusammenhang mit dem Marxismus nicht die Ideologie des Austromarxismus vergessen, die eine besondere Schule war. Die wichtigsten Organe dieser Schule waren die "Marx - Studien", die von Max Adler und Hilferding herausgegeben wurden. Hier kann man deutlich zwei Perioden unterscheiden:

"die erste ist erfüllt von intensiver wissenschaftlicher Bemühung, aus der wertvolle Bereicherungen der sozialistischen Literatur entspringen, die zweite ist eine Periode der Verflachung, des Übergangs von der revolutionären auf eine offen oder versteckt reformistische Position. Andere sozialistische Autoren gingen schon in ihren frühen Arbeiten Wege, die sie vom Marxismus fort und zu irgendeiner bürgerlichen Doktrin führten. Die Irrtümer der Theoretiker waren teils Wirkung, teils selbstwirkende Ursache der Irrtümer, die sich in der sozialdemokratischen Praxis zeigten. Diese Feststellung zu machen, ist ebenso unerfreulich wie unerlässlich. Um die Wiederholung von Fehlern zu vermeiden, muss man sie vor allem als Fehler erkennen. Der Austro - Marxismus hat der Arbeiterbewegung durch Verfälschung des Marxismus unermesslichen Schaden zugefügt. Aber er hat auch Werke hervorgebracht, deren Abwesenheit in einer marxistischen Bibliothek eine Lücke bedeuten würde.“<sup>157</sup>

Grundsätzlich sind innere Spannungen und Widersprüche Teil der Entwicklung einer Ideologie, so auch im Liberalismus, etwa zwischen Fundamental- und Operativideologie. Allerdings hat der Marxismus, der die Widersprüche des Liberalismus lösen wollte, wie die Geschichte lehrt, versagt.

---

<sup>156</sup> Ludwig von Mises, Die Gemeinwirtschaft - Untersuchungen über den Sozialismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1922, S. 487

<sup>157</sup> Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 112f.

„Der Marxismus, der über die Widersprüche des Liberalismus hinauszuführen bestimmt war, hat weder im System der Gründer noch in demjenigen ihrer orthodoxen Nachfahren den Gegensatz zwischen Fundamental- und Operativideologie überwunden. Besonders aufgrund ihres Determinismus wurde in ihrer Sozial- und Geschichtsphilosophie der Widerspruch zwischen prinzipiellen Behauptungen und den aus praktischen Situationsbewertungen gezogenen Schlüssen gesteigert. Die im Marxismus als selbstzerstörerisch dargestellten Widersprüche des sozial – wissenschaftlichen Liberalismus haben sich à la longue nicht als solche erwiesen, weil sie eben politischer Gestaltung im Rahmen liberal – demokratischer Institutionen zugänglich, d.h. determinierbar blieben und nicht allein, oder vorwiegend, determinierend wirkten. Obwohl Marx richtig, jedoch überspitzt darlegte, dass es sich bei dem Liberalismus seiner Zeit um den Widerspruch von politischer und menschlicher Emanzipation handelte, weil die erstere nicht die sozialökonomische Emanzipation einschloss, übersah er nicht allein die liberalen Bemühungen (vide Mill), diesen Bruch zu heilen. Er legte auch die Grundlage für die Abwertung der politischen Demokratie, deren Abwesenheit in kommunistischen Ländern den krassesten Widerspruch demonstriert zwischen der Zielsetzung und des Reiches der Freiheit und dem in Wirklichkeit geschaffenen Reich der politischen Unfreiheit.“<sup>158</sup>

Abschließend möchte ich noch einmal Martin Seliger zitieren, der feststellt:

„Es darf wohl mit Sicherheit angenommen werden, dass liberale Operativideologie nicht so weit gesunken wäre, schreiende Ungerechtigkeit und menschliche Verelendung zu bemänteln, und dass der Kommunismus nicht als Fassade für Terror und Unterdrückung hätte erhalten müssen, wenn die Brücke zwischen Liberalismus und Sozialismus im Geiste Mills umsichtiger intellektueller Selbstbeschränkung und Redlichkeit bewahrt und ausgebaut worden wäre.“<sup>159</sup>

## 6.2 Liberalismus - Sozialismus

Der Sozialismus ist neben dem Liberalismus eine der bedeutenden politisch-ideologischen Strömungen der Neuzeit und ist auf dem Boden des Marxismus entstanden. Der Unterschied zwischen Liberalismus und Sozialismus liegt darin, dass es eine politische Lehre ist, die als Modell gegen den Kapitalismus (und damit gegen den Liberalismus) entwickelt wurde und bei der das zentrale Eigentum „sozialisiert“ („vergesellschaftet“) werden soll.

---

<sup>158</sup> Martin Seliger, Authentischer Liberalismus – Grundideen, Entwicklungspotential und Krisen der Verwirklichung in: Rudolf von Thadden (Hrsg.), Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1978, S. 43f.

<sup>159</sup> Martin Seliger, Authentischer Liberalismus – Grundideen, Entwicklungspotential und Krisen der Verwirklichung in: Rudolf von Thadden (Hrsg.), Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1978, S. 50

Das Ziel des Sozialismus ist eine klassenlose Gesellschaft, in sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit. Während der Kommunismus die klassenlose Gesellschaft durch eine Revolution erreichen will, strebt der Sozialismus danach, dies auf demokratische Weise (Evolution) zu erreichen.

Für den Liberalen Ruggiero bildet der Sozialismus eine besondere Form der Demokratie. Vor allem stützt sich der Sozialismus auf das Prinzip des Klassenkampfes, auf den Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus. Ruggiero befürchtete in der Zwischenkriegszeit das Heranwachsen dieser Bewegung als eine starke Partei, welche „infolge seines rein klassenmäßigen Aufbaues eine tiefgreifende Verwirrung in die Ordnung und Tätigkeit des liberalen Staates“<sup>160</sup> bringt. Die Folge ist, dass der politische Kampf zum wirtschaftlichen Kampf wird.

„Als sich der Sozialismus zu einer politischen Partei entwickelt, ändert er sowohl das eigene Aussehen, als auch das der anderen Parteien. Durch die Herabwürdigung des politischen Kampfes zu einem wirtschaftlichen und durch das Versteifen des Sozialismus auf seine Stellung als Klasse zwingt er auch seine Gegner, sich als Klassenparteien zu organisieren, indem er sie jenem Gefühl der Allgemeinheit ihrer politischen Funktion abtrünnig macht, das in Gegenwart des Sozialismus um so notwendiger wäre. Liberale Parteien der Vergangenheit haben zweifellos durch ihren selbstsüchtigen Geist, ihre Klassenvorurteile, ihre übertriebene Kleinlichkeit gesündigt; es muss aber anerkannt werden, dass sie ihre Selbstsucht nie zur grundlegenden Regel der Regierung erhoben und dass sie sich immer bemüht haben, sich über die eng bürgerliche Geistesverfassung aufzuschwingen. Jetzt aber bricht sich unter dem Einfluss des sozialistischen Gegensatzes die Überzeugung Bahn, dass sie den ausschließlichen politischen Ausdruck des Bürgertums darstellen und ihnen daher die Aufgabe zufalle, die Verteidigung der Interessen einer Klasse gegen eine andere aufzunehmen; diese Erscheinung droht jede Anstrengung zu vereiteln, den wirtschaftlichen Gegensätzen einen höheren politischen Ausdruck zu verleihen und die Möglichkeit eines geordneten bürgerlichen Zusammenlebens der Klassen zu schaffen.“<sup>161</sup>

Mises lehnte sowohl den Kommunismus als auch den Sozialismus ab, da nur der Kapitalismus menschliche Freiheit und die Funktion der Wirtschaft gewährleistet. Durch sie gibt es wieder Fortschritt und Wohlstand. Staatliche Eingriffe führen zum Sozialismus und letzten Endes werde dadurch der allgemeine Wohlstand gefährdet. Andererseits bestreitet Mises nicht die Notwendigkeit eines Staatsapparates, einer Rechtsordnung und einer Regierung. Die wichtigste Aufgabe des Staates sieht er darin, dass er das Sondereigentum

---

<sup>160</sup> Guido de Ruggiero, Geschichte des Liberalismus in Europa, Scienta Verlag, Aalen, 1964, S. 368

<sup>161</sup> Guido de Ruggiero, Geschichte des Liberalismus in Europa, Scienta Verlag, Aalen, 1964, S. 369f.



schützt und den Frieden, der durch keinen Bürgerkrieg, keine Revolution oder Putsch gestört werden darf.<sup>162</sup>

Sozialismus bedeutet, dass die Produktionsmittel aus dem Sondereigentum in das Eigentum der organisierten Gesellschaft, des Staates übergehen.

„Der sozialistische Staat ist Eigentümer aller sachlichen Produktionsmittel und damit der Leiter der gesamten Produktion. Es ist, was immer wieder übersehen wird, nicht notwendig, dass die Überführung des Eigentums in die Verfügungsgewalt des Staates sich unter Beobachtung der Formen vollzieht, die das Recht der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Geschichtsepoche für Eigentumsübertragungen ausgebildet hat; noch weniger kommt es darauf an, dass dabei am überlieferten Sprachgebrauch des Privatrechts festgehalten wird. Eigentum ist Verfügungsmöglichkeit, und wenn die Verfügungsmöglichkeit vom überlieferten Namen getrennt und damit ein eine neue Bezeichnung führendes Rechtsinstitut ausgestattet wird, so ist dies für das Wesen der Dinge ohne Bedeutung. Nicht auf das Wort, auf die Sache ist zu sehen. Die Entwicklung zum Sozialismus hat sich nur durch formelle Übertragung des Eigentums an den Staat vollzogen. Auch die Beschränkung der Befugnisse des Eigentümers ist ein Mittel der Sozialisierung.“<sup>163</sup>

Man findet etwa auch in Verfassungen sozialistischer Staaten liberale Werte, allerdings macht eine Aufzählung liberaler Grundsätze in einer Verfassung noch keinen liberalen Staat. Es kommt nicht auf den liberalen de jure - Wortlaut einer Verfassung an, sondern wie sie de facto mit liberalem Leben erfüllt wird. Dies gilt nicht nur für die Verfassungen sozialistische Staaten, sondern für die Verfassung eines jeden Staates.

Wie später bei der Vorstellung der liberalen Grundsätze der einzelnen politischen Parteien festgestellt wird, sind auch zahlreiche liberale Elemente in den Programmen der österreichischen Parlamentsparteien enthalten. Dies unterstreicht auch meine These, dass die Gründe für die derzeitige Krise des Liberalismus unter anderem in der bereits weitgehenden Beachtung liberaler Prinzipien liegen, die ihren Eingang in die Programme der österreichischen Parlamentsparteien gefunden haben und verbleibende nicht erfüllte liberale Forderungen, wie etwa die Einführung eines Ethik- statt Religionsunterrichtes, für den Wähler scheinbar nicht attraktiv genug sind.

<sup>162</sup> Vgl. Ludwig von Mises, Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927, S. 34f.

<sup>163</sup> Ludwig von Mises, Die Gemeinwirtschaft - Untersuchungen über den Sozialismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1922, S. 34f.

### 6.3 Liberalismus - Christliche Soziallehre

Grundlage der christlichen Soziallehre ist die Enzyklika „Rerum novarum“ vom 15. Mai 1891 des Papstes Leo XIII. Damit versuchte der Papst die Kirche von Sozialismus und Liberalismus abzugrenzen. Gegen beide Richtungen wendet sich die Enzyklika, da sie nicht von einem religiösen Weltbild bestimmt sind. Bemerkenswert finde ich, dass es das sozialpolitische System des Österreicher Karl von Vogelsang war, das „mit einigen Korrekturen und Weglassungen in die päpstliche Enzyklika ‚Rerum novarum‘ übernommen (wurde), wodurch man in aller Welt dazu kam es zu diskutieren.“<sup>164</sup>

Bei Vogelsang war der Ausgangspunkt seiner Überlegungen die Ethik des Evangeliums und seine Ablehnung der liberal-kapitalistischen Ordnung:

„Das irdische Leben ist dazu da, dass der Mensch sich auf das künftige vorbereitet. Wirtschaft und Gesellschaft müssen so gestaltet sein, dass der Mensch die ihm von Gott gestellte Aufgabe erfüllen kann. Einrichtungen, die diesem Grundsatz nicht entsprechen, sind, so zweckmäßig sie scheinen mögen, unentschuldig und unhaltbar. In die Kategorie des Unhaltbaren fällt nicht mehr und nicht weniger als die gesamte liberal – kapitalistische Ordnung, wie sie sich in der Neuzeit herausgebildet hat. Es ist Unrecht, dass die Kapitalisten über die Produktionsmittel nach Gutdünken verfügen, dass sie die Konsumenten durch hohe Preise, die Arbeiter durch niedrige Löhne schädigen. Besonders krasses Unrecht liegt in dem Geldverleihen auf Zinsen, einem Vorgang, den das Evangelium ausdrücklich verbietet. Die Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft, sich zur Weltwirtschaft auszudehnen, ist etwas Unnatürliches. Die Natur fordert den engsten ökonomischen Zusammenhang zwischen den Menschen, die in demselben Land wohnen. Andere Zusammenhänge sollen nur hergestellt werden, wo es notwendig ist. Die parlamentarische Verfassung, die die Liberalen geschaffen haben, erlaubt den Kapitalisten, die Bevölkerung zu tyrannisieren, zugleich erleichtert sie das Werk der Demagogen, die die Arbeiterschaft irreleiten. Um die ärgsten der vorhandenen Missstände zu beseitigen, ist eine Menge tief einschneidender Reformen nötig.“<sup>165</sup>

Schon vor der Enzyklika gab es in Österreich christlich beeinflusste Bemühungen um Sozialreformen, nicht nur durch die von Vogelsang und Liechtenstein gegründete „Freie Vereinigung katholischer Sozialpolitiker“, welche durch die Sozialenzyklika einen kräftigen Aufwind erhielt. Daneben existierten gleichfalls ein „Christlich-sozialer Verein“ und ein „Christlich-sozialer Arbeiterverein“. Daraus entstand 1893 die von Karl Lueger gegründete Christlichsoziale Partei.

„Das Eigene der christlichen Soziallehre besteht darin, dass ihre Auffassung vom Menschen, ihr Menschenbild, eine besondere Prägung besitzt. Diese beruht darauf, dass Gott den Menschen, wie es in den ersten Abschnitten der Bibel heißt, nach seinem Bild und

<sup>164</sup> Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 51

<sup>165</sup> Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 50f.

Gleichnis geschaffen hat. Auf dieser Gottesebenenbildlichkeit beruht die Würde des Menschen. Infolge dieser Würde ‚muss der Mensch Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein‘ (Johannes XXIII., Sozialenzyklika Nr. 219). Dies bildet, schreibt Johannes XXIII., den ‚obersten Grundsatz‘ der christlichen Soziallehre.“<sup>166</sup>

Aus diesem Personalitätsprinzip und der göttlichen Forderung zur Einhaltung der Nächstenliebe leitet sich der Grundsatz der Solidarität ab. Als oberster Grundsatz der christlichen Soziallehre gilt, wie oben ausgeführt, dass „der Mensch der Träger, Schöpfer und das Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein" soll. Dies erinnert auch an den Liberalismus, wonach der einzelne Mensch im Mittelpunkt steht. Papst Pius XI. verankerte zusätzlich das sogenannte Subsidiaritätsprinzip in Artikel 79 seiner Enzyklika „Quadragesimo anno“:

„... wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen. ... Jedwede Gemeinschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen nach subsidiär; sie soll die Glieder des Gemeinwesens unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.“<sup>167</sup>

Das bedeutet, dass der Staat erst dann Aufgaben übernehmen soll, wenn diese der Einzelmensch nicht durchführen kann. Eine weitere Gemeinsamkeit mit dem Liberalismus finden wir in den allgemeinen Grundsätzen, wie Freiheit und Gerechtigkeit. In der Enzyklika sind auch das Recht und die Pflicht der Staatsintervention zum Schutze der Menschen, insbesondere der Arbeiter, verankert. Jeder hat ein Recht auf Privateigentum an den Produktionsmitteln, doch steht dabei das Gemeinwohl im Vordergrund. Als eigenes Menschenrecht wird die Koalitionsfreiheit der Arbeiter fixiert.

„Die Werte des christlich Humanen sind grundlegend die in der Gottesebenenbildlichkeit begründete Menschenwürde sowie die durch diese geforderte mitmenschliche Liebe. Beide, die Menschenwürde und Nächstenliebe, sind auch für den Nichtchristen Höchstwerte im sozialen Bereich, wenn sie für ihn auch nur in der Vernunftseinsicht begründet sind. Die gelebten humanen Werte bilden die Grundschicht des Gemeinwohls. Von hier aus fächern die

166 Johannes M. Messner, Kurz gefasste christliche Soziallehre, Erzbischöfliches Sekretariat – Hausdruckerei der Erzdiözese Wien, 2001, S. 4

167 Manfred Welan, Liberales im Verfassungsrecht des Bundes – Diskussionspapier Nr. 34 -R- 95, Institut für Wirtschaft, Politik und Recht, Universität für Bodenkultur Wien, S. 8, in:

URL: [http://docs.google.com/viewer?a=v&q=cache:q4qJu\\_mliQ8J:www.boku.ac.at/wpr/wpr\\_dp/dp-34.pdf+liberalismus+christliche+soziallehre+welan&hl=de&gl=de&pid=bl&srcid=ADGEESjSKY4uoa4lz\\_F\\_a8gLCi7IromapMHkNKJpJFLOzcHtUwC8\\_PSTbX0NjIwkFeAIJKaNm\\_9vusiAlgwJFtBrUSTyURsfpcnlk9kuQVL6cDGeXQw-UX2npKwtkvGRpJ6nz\\_dYkILU&sig=AHIEtbQzF44NWUnacJGRKIrAhQJshqCcaA](http://docs.google.com/viewer?a=v&q=cache:q4qJu_mliQ8J:www.boku.ac.at/wpr/wpr_dp/dp-34.pdf+liberalismus+christliche+soziallehre+welan&hl=de&gl=de&pid=bl&srcid=ADGEESjSKY4uoa4lz_F_a8gLCi7IromapMHkNKJpJFLOzcHtUwC8_PSTbX0NjIwkFeAIJKaNm_9vusiAlgwJFtBrUSTyURsfpcnlk9kuQVL6cDGeXQw-UX2npKwtkvGRpJ6nz_dYkILU&sig=AHIEtbQzF44NWUnacJGRKIrAhQJshqCcaA) (28. 03. 10)

Wertbereiche der verschiedenen Kulturgebiete auf. Diese Wertbereiche umfassen Persönlichkeits- und Sozialwerte, Selbstwerte und Instrumentalwerte, Lebenswerte und Sachwerte. Dem Freiheitsbewußtsein des heutigen Menschen entspricht als Staatsform in besonderer Weise die freiheitliche Demokratie.“<sup>168</sup>

Interessant ist die Meinung des Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlers Bernhard Külp, wonach sich Neoliberalismus und christliche Soziallehre einander annähern. Er schreibt:

„Von den Wirtschaftswissenschaftlern, die sich christlichen Normen verpflichtet fühlen, wird seit den Tagen der Nachkriegszeit eine Synthese zwischen Neoliberalismus und christlicher Soziallehre angestrebt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Grundideen vor allem des Ordo-Liberalismus keinesfalls mit den sozialen Prinzipien der Christenheit in Widerspruch stehen und dass auch eine Reihe führender Neoliberaler – wie z. B. Walter Eucken und Alfred Müller-Armack – von christlich religiösen Motiven geleitet wurden und eine marktwirtschaftliche Ordnung nur deshalb anstrebten, weil sie davon überzeugt waren, dass der wettbewerblich organisierte Markt nicht nur ein effizientes Instrument wirtschaftlichen Handelns darstelle, sondern gleichzeitig auch auf einen fairen Ausgleich der Interessen der Marktpartner hin wirke.“<sup>169</sup>

## 6.4 Liberalismus und Neoliberalismus

Man spricht sehr viel vom Neoliberalismus – doch wodurch unterscheidet er sich vom Liberalismus? Im „Kleinen Lexikon der Politik“ findet man folgende Definition für den Neoliberalismus:

„Ursprünglich als Wirtschaftslehre entwickelt, reicht der Neoliberalismus weit in Politik und Gesellschaft hinein. Kernstück neoliberaler Auffassungen ist der Marktwettbewerb. Er soll wirtschaftliche Effizienz, zugleich aber auch individuelle Freiheiten gewährleisten und auf deren Basis eine sich spontan entwickelnde, nicht koordinierte soziale Solidarität unter freien Individuen schaffen, die jeweils nach ihrem eigenen Antrieb handeln.“

Der Neoliberalismus wendet sich im Prinzip gegen den Staatsinterventionismus in der Wirtschaft. Aufgabe des Staates sei es lediglich, den allgemeinen Ordnungsrahmen und effiziente Verwaltungsstrukturen zu stellen, so v.a. die Ordo - Liberalen, solange dieser einen möglichst freien Wettbewerb garantiere und die Freiheit der Marktsubjekte wahre. Der ‚schlanke Staat‘ von seiner so gesehenen bürokratischen Ineffizienz befreit, ist für die Vertreter des Neoliberalismus zugleich der Schlüssel zur Demokratie. Staatliche Interventionen zur ‚Korrektur‘ der Marktkräfte wie z.B. im Keynesianismus werden

<sup>168</sup> Johannes M. Messner, Kurz gefasste christliche Soziallehre, Erzbischöfliches Sekretariat – Hausdruckerei der Erzdiözese Wien, 2001, S. 13

<sup>169</sup> URL: <http://www.bernhard-kuelp.de/Liberalismus.htm> (28. 03. 10)

abgelehnt, da sie aus neoliberaler Perspektive Freiheiten unterdrücken, die erst durch die Kräfte des Marktes zutage gefördert werden. (...) Seit die Misserfolge des Interventionismus in den 1970er und 80er Jahren deutlich wurden und der real existierende Sozialismus zusammenbrach, setzte sich der Neoliberalismus als Paradigma der Wirtschaftspolitik der meisten Staaten durch.<sup>170</sup>

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Neoliberalismus global durchgesetzt, bis zum ebenfalls globalen Zusammenbruch der Immobilien- und Finanzmärkte sowie der darauf folgenden Wirtschaftskrise mit ihren gravierenden sozialen Auswirkungen. War der Neoliberalismus bis dahin viel gelobter und gefeierter Wohlstandsbringer, so wird er heute verteufelt. Das Schlagwort „Mehr Privat, weniger Staat“ hatte plötzlich einen unangenehmen Beigeschmack bekommen. Die Gier nach immer mehr Dividenden, Zinsen und dergleichen führte zu einer Jagd nach Einsparungen – insbesondere bei Arbeitsplätzen. Der „Shareholder-Value“ und nicht der Mensch steht im Mittelpunkt, was einem wichtigen Grundsatz des Liberalismus widerspricht. Doch das war uninteressant, wenn nur die Kasse stimmte. Der Neoliberalismus hatte sich in allen Bereichen der Gesellschaft ideologisch festgesetzt. Seine Vorgaben bestimmten das Denken und Handeln der Menschen. Man wollte mehr, immer mehr und plötzlich hatte man durch die Krise immer weniger. Eine Krise, die auch eine des Liberalismus ist, der von seinen eigenen Anhängern anders, gewinnmaximierend um jeden Preis, interpretiert wurde. Haben die Betroffenen daraus gelernt? Ich glaube nicht, sondern wenn es möglich ist, dann wird genauso gehandelt wie zu den Glanzzeiten des Neoliberalismus. Ich halte das für ein gefährliches Anzeichen der Krise des Liberalismus! Wer zahlt jetzt für die Krise? Doch nur die sozial Schwächeren auf welche die Bankenrettungspakete (wenn auch manche vielleicht tatsächlich für den Staat zuletzt ein Geschäft werden) und dergleichen mehr abgewälzt werden. Der Staat braucht Geld um den Staatshaushalt von den in guten Zeiten aufgenommenen Krediten für eine „Verteilungsdemokratie“ zu sanieren. Von wem kann er sich das Geld holen? Es gibt einige Reiche, doch das meiste Steuergeld kommt vom Mittelstand. Nur bei den Massensteuern, was mit Steuergerechtigkeit kaum etwas zu tun hat, kann man mit wenig Aufwand große Summe hereinholen; sozusagen ein staatlich konzessionierter Neoliberalismus!

Während der Staat auf der Seite der Einnahmen an der Steuerschraube dreht, wird auf der Ausgabenseite eingespart, was zu Personalabbau bei den Staatsangestellten führen wird. Zur Begründung wird das Schlagwort des Abbaus einer „bürokratischen Ineffizienz“ bemüht, womit man wieder auf neoliberale Gedanken zurückgreift.

---

<sup>170</sup> Vgl. Dieter Nohlen (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, Verlag C.H. Beck, München, 2001, S. 329

## 6.5 Liberalismus – Soziale Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft wurde nach 1945 aus der freien Marktwirtschaft von Alfred Müller-Armack und von Ludwig Erhard entwickelt. Die Freiheit der Marktwirtschaft wird dort eingeschränkt, wo sie unsozial ist, wo sie nur den Starken dient und wo Härten der Marktwirtschaft den Einzelnen treffen. In den Parteiprogrammen der im Parlament vertretenen österreichischen Parteien ist ein Bekenntnis oder zumindest eine Anerkennung der sozialen Marktwirtschaft zu finden. Wie Reiter feststellte, hat es nicht einmal das ‚Liberale Forum‘ geschafft darüber hinausgehende liberal geprägte wirtschaftspolitische Vorstellungen zu etablieren.

„Abschließend sei auf die naturgemäß vorhandene Kluft zwischen der Theorie der Programme und der tagespolitischen Praxis hingewiesen. Die Bedeutung der Programme darf jedoch keinesfalls unterschätzt werden, formulieren sie doch das Gesellschaftsverständnis und den Wertkodex einer Partei. Gerade der Blick auf die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens in den österreichischen Programmen zeigt, dass die Entwicklung der Programmatik einer Partei sich durchaus auch in deren tagespolitischen Handlungsweisen widerspiegeln kann.“<sup>171</sup>

Eine Marktwirtschaft funktioniert nach den Prinzipien von Angebot und Nachfrage, welche den Marktpreis bestimmen. Dies geht nur in einem uneingeschränkten Wettbewerb. Sollte dieser nicht gewährleistet sein, dann gibt es schwerwiegende Störungen der Wirtschaft. Mises erörterte dies an der Wirkung von Eingriffen durch den Staat, wenn dieser Preise von Gütern und Dienstleistungen anders festsetzt, als der unbehinderte Markt sie bilden würde. Ist der Preis nicht mehr kostendeckend, dann werden diese Waren vom Markt verschwinden. Aus diesem Grund stellt er fest, dass man sich zwischen Kapitalismus und Sozialismus entscheiden muss. Apodiktisch schreibt er: „ein Mittelding gibt es nicht.“<sup>172</sup>

Dem möchte ich widersprechen. Es gibt sehr wohl ein Mittelding und dieses ist die Soziale Marktwirtschaft, die seit Jahrzehnten gehandhabt wird und einen noch nie gekannten Wohlstand brachte. Im Gegenteil, ein Abgehen davon hat zu Auswirkungen geführt, wie sie die derzeitige wirtschaftliche Krise zeigt. Der Staat soll den Wettbewerb allerdings nur dort einschränken beziehungsweise Normen unterwerfen, wo katastrophale soziale Auswirkungen

---

<sup>171</sup> Walter M. Iber, Erich Reiter, Die soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945 in: Erich Reiter, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des internationalen Institutes für liberale Politik in Wien, Heft 17, Internationales Institut Liberale Politik, Wien, 2006, S. 21f.

<sup>172</sup> Ludwig von Mises, Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927, S. 69

zu erwarten sind, welche sogar den Staat selbst durch eine Überbelastung des Budgets mit nachfolgenden sozialen Unruhen ins Wanken bringen könnten.

## 7 Stellung der österreichischen Parteien zum Liberalismus

### 7.1 Allgemeines

Wie später dargestellt, baut Österreichs Bundesverfassungsgesetz auf liberalen Grundsätzen auf. Das bedeutet, dass die politischen Parteien auf dem Boden der Demokratie stehen und auch die Grundsätze der Bundesverfassung anerkennen müssen um am politischen Leben teilnehmen zu können.

In der Folge wird versucht darzustellen, wie weit Grundsätze des Liberalismus in den einzelnen im Parlament vertretenen Parteien verwirklicht wurden. Busek erklärt auf die Frage, wie stark der Liberalismus in den einzelnen Parlamentsparteien vertreten ist: *„Man muss hier sehr genau aufpassen. Bei uns wird Liberalismus sehr oft verwechselt mit ‚Jeder kann tun, was er will!‘ Das ist nicht unbedingt eine liberale Ansicht, es ist auch ein Mangel an Profil, quasi jeder soll nach seiner Fasson selig werden usw. Das wird unter liberal verstanden, was ich für falsch halte. Das ist Positionslosigkeit in einem hohen Ausmaß.“*<sup>173</sup>

Stadler sieht in den Parteiprogrammen der verschiedenen Parteien eine Hinwendung zum Liberalismus. Insbesondere weist er darauf hin, dass es in den letzten Jahrzehnten Verschiebungen gegeben hat und zieht den Bogen bis zur Frage, ob die EU uns eine Einschränkung unserer Freiheit oder mehr Demokratisierung bringt.

*„Wenn man heute die Parteiprogramme der Volksparteien, der Sozialdemokratischen Parteien, aber auch der Freiheitlichen Parteien aus den 1950er Jahren mit den heutigen vergleicht, dann sieht man einen unglaublich interessanten Themenwandel, der in fast allen Gruppierungen auch zu einer größeren Liberalisierung geführt hat. Es gab einen Abbau des Lagerdenkens, wobei das Lagerdenken illiberal ist. Es kann sich heute keine politische Partei mehr leisten, von sich selbst zu behaupten, dass sie besser ist, allein wahrheitsbewahrend. Darin liegt das Spannende bei der Öffnung gegenüber dem europäischen Thema – ist das eine Einschränkung oder eine Erweiterung unserer Rechte? Die Frage wird sich in unterschiedlichen Dekaden unterschiedlich darstellen, unterschiedlich beurteilt werden und es hat immer liberale Mitkämpfer bei solchen Themen gegeben. Wie viel Demokratieinhalt hat*

---

<sup>173</sup> Interview Erhard Busek (22. 03. 10)



*unser europäisches Institutionensystem, wie viel mehr Demokratie und damit Liberalität hat der Lissabon-Vertrag gebracht? “<sup>174</sup>*

Chaloupek stellt dar, dass liberales Gedankengut von den einzelnen Parteien übernommen wurde und es war gerade die Sozialdemokratie, welche liberale Inhalte durchgesetzt hat und nennt als Beispiel das allgemeine Wahlrecht.

*„Das waren nicht sozialdemokratische Inhalte, sondern das sind genau so gut liberale Inhalte. Diese hat die Sozialdemokratie in der Ersten Republik als einzige ehrlich hochgehalten. In der ersten Republik hat auch die Gedankenfreiheit, Geistesfreiheit, intellektuelle Offenheit und Toleranz in der Sozialdemokratie sicher viel mehr Unterstützung gefunden, als bei den stark klerikal beherrschten Christlichsozialen, die ja zum Teil ausgesprochen gegen die Demokratie waren. Insofern hat die Sozialdemokratie immer stark liberale Ziele übernommen - auch in der Zweiten Republik. Das Modernisierungsprogramm vom Kreisky kann man in vielerlei Hinsicht als das Weitertreiben von liberalem Gedankengut ansehen.*

*Anderes liberales Gedankengut, also etwa die Gleichstellung der Frau, Gleichstellung der nichtehelichen Kinder und die Abschaffung bestimmter Strafrechtsparagrafen, wie die Abschaffung der Strafbarkeit der Homosexualität oder auch Eheverfehlung war noch strafbar bis 1971, wurde aber eigentlich nicht angewendet, - das war Liberalismus. Die Sozialdemokratie ist dann über das hinausgegangen. Zum Beispiel die Mitbestimmung, der Ausbau des Sozialstaates, das ist dann allerdings nicht mehr liberal. In der SPÖ kann man auch noch eine gewisse Wettbewerbsorientierung in der Wirtschaftspolitik nennen, oder die Gewerbeordnung. Auch das sind liberale Inhalte, die von der Sozialdemokratie weiterverfolgt worden sind. Die ÖVP ist sicherlich auch auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie und insofern glaube ich, dass der Liberalismus Allgemeingut geworden ist.*

*Was nicht liberal im Sinne von wirtschaftsliberal ist, ist die Sozialpartnerschaft, sind die Verbände. Das sind die Strukturen, die für Österreich wichtig sind. Da war der Liberalismus nie ein Thema für die Sozialdemokratie, weil die Gewerkschaft eine Kernorganisation ist, nicht der SPÖ, aber im Sinne der Arbeitnehmer als Bevölkerungsgruppe. Auch auf der Unternehmerseite hat es immer starke Verbände gegeben, wie die Bauern, die sowieso nie für den Liberalismus waren. Die waren immer Protektionisten. Beim freien Handel, da war es eher die SPÖ, die gesagt hat, Vorsicht. Bei*

---

<sup>174</sup> Interview Wilfried Stadler (11. 02. 10)

*der Liberalisierung des Außenhandels hat die ÖVP immer gebremst, denn das schadet der österreichischen Industrie. Das war der SPÖ auch nicht wurscht, die hat auch darauf geschaut, wie können wir den Außenhandel liberalisieren und dabei müssen wir darauf achten, dass wir durch Importkonkurrenz keine Arbeitsplätze verlieren. Aber für Liberalisierung waren immer nur die Arbeitnehmerseite und die SPÖ.*

*Verbände gibt es sowohl auf der Seite der SPÖ sowie der ÖVP. Diese Teilung des politischen Systems ist natürlich nicht liberal und die Freiheitlichen waren da immer dagegen. Das hat aber meiner Meinung nach nichts mit einer echten liberalen Gesinnung zu tun, sondern ist nur darauf zurückzuführen, dass man dort nichts mitzureden gehabt hat. In den Verbänden hat die FPÖ nie eine nennenswerte Rolle gespielt, weder in den Gewerkschaften, noch in der Arbeiterkammer und schon gar nicht in der Landwirtschaftskammer. Daher waren die Freiheitlichen immer gegen die Sozialpartnerschaft und haben das auch liberal etikettiert. Sie haben immer über die nicht liberale Postenvergabe nach dem Proporz geschimpft. Sobald sie selber Posten vergeben konnten, haben sie sich sehr beeilt solche für ihre Leute zu vergeben.*

*Den Anspruch liberal konnte am ehesten das LIF wahrnehmen, das hat aber nicht lange existiert, wobei das LIF auch schon starke wirtschaftsliberale Forderungen im Programm gehabt hat. Sie waren gegen den Mieterschutz und haben sich noch andere Dinge einfallen lassen. Der sozialpolitische Teil war nicht sehr massenwirksam. Liberale Programminhalte haben die Grünen auch, so wie die anderen Parteien auch liberal sind.“<sup>175</sup>*

Pohoryles vom Liberalen Forum sieht durchaus in allen großen Parteien auch Liberale, obwohl sie etwa in der ÖVP, wie Erhard Busek, an den Rand gedrängt wurden. Dies insbesondere, da sie gegen die Schwarz-Blaue-Koalition waren. Bei den Sozialdemokraten wiederum nennt er beispielsweise den ehemalige Nationalratsabgeordneten Walter Posch oder den ehemaligen EU-Abgeordneten der Sozialdemokraten, Herbert Bösch.

*„Zum Beispiel Walter Posch, ein überzeugter Minderheitensprecher, der Kritik an dem Brief geäußert hat und auch der Bösch, der Europaparlamentarier, die allerdings aufgrund der innerparteilichen Demokratie hinausgedrängt worden sind. Es wird immer wieder Liberale in den großen staatstragenden demokratischen Parteien geben – allerdings*

---

<sup>175</sup> Interview Günther Chaloupek (13. 04. 10)

*gibt es keine Liberale im BZÖ, in der FPÖ und schon gar nicht in Kärnten. Vergessen wir nicht den Europaabgeordneten Karas, der natürlich auch eine liberale Persönlichkeit ist.*<sup>176</sup>

## **7.2 Die liberalen Positionen der einzelnen politischen Parteien**

In diesem Kapitel untersuche ich die einzelnen Parteiprogramme der im Nationalrat vertretenen politischen Parteien und wie weit dort liberale Positionen enthalten sind. Eine Ausnahme dabei bildet das „Liberale Forum“, das nicht mehr im Parlament vertreten ist, doch da es den Anspruch liberal zu sein schon im Namen zeigt, soll es hier auch angeführt werden, noch dazu wo es seine Liberalität besonders betont. Gleichzeitig werde ich auch das Programm des LIF unter anderem als Maßstab der Liberalität an die anderen politischen Parteien anlegen.

Generell kann man zu allen Programmen sagen, dass der liberale Wert der „Freiheit“ überall vorkommt. Am häufigsten wird das Wort „Freiheit“ im Programm der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ sowie des „Bündnis Zukunft Österreich“ angeführt. Auch „Bildung“, „Sicherheit“ und „Familie“ wird bei jeder Partei als wichtig eingestuft. Die „Europäische Union“ kommt außer beim BZÖ in den Parteiprogrammen vor, wobei das Thema bei der FPÖ jedoch skeptischer gesehen wird.

### **7.2.1 Liberales Forum (LIF)**

Im Jahr 2009 wurde die Ausarbeitung eines neuen liberalen Grundsatzprogrammes, das eine Weiterentwicklung des Programmes von 1993 war, beschlossen. Daran mitgearbeitet haben zahlreiche Interessierte, welche rund 500 Ideen via Internet beisteuerten und die von einer Programmkommission ausgewertet wurden. Im Zentrum stehen der Mensch und seine Freiheitsrechte sowie die Grundsätze einer offenen Gesellschaft, welche dem Einzelnen die gleichen Lebenschancen bietet. Der Staat wird erst in Kapitel drei behandelt und angefügt wurde ein viertes Kapitel mit einem Bekenntnis zur Europäischen Union, gefolgt vom letzten Kapitel über die Internationale Gemeinschaft. Abschließend heißt es dort programmatisch zu den Ländern Osteuropas und der Dritten Welt: „Für das Liberale Forum liegt der alternative Weg in eine bessere Zukunft dieser Länder in einer ökologisch vertretbaren, differenzierten

---

<sup>176</sup> Interview Roland Pohoryles (16. 02. 10)

Industrialisierung aller Lebensbereiche. Die Rettung der Lebensgrundlagen der Menschheit muss ökologische Verantwortung und Verpflichtung für die Liberalen sein.“ In der Folge erläutere ich einige der im Grundsatzprogramm festgehaltenen liberalen Werte:

- Mensch:

Grundsätzlich steht der Mensch im Mittelpunkt und soll frei und selbstbestimmt in allen Bereichen agieren können. Freiheit, Würde des Einzelnen, größtmögliche Selbstbestimmung soll eine entsprechende Organisation von Gesellschaft und Staat ermöglichen. Freiheit und Selbstbestimmung werden als die notwendigen Voraussetzungen individueller Verantwortlichkeit gesehen.

- Freiheit:

Das LIF versteht politischen Liberalismus als engagiertes Eintreten für das Recht der Menschen, ihr persönliches Leben und ihr gesellschaftliches Umfeld, das im Rahmen demokratisch legitimierter Normen frei gestaltet wird. Verstanden wird aber keine schrankenlose Selbstentfaltung auf Kosten anderer und auf Kosten ökologischer Ressourcen, sondern eine Willensbildung im Ordnungsrahmen einer demokratischen politischen Kultur. Die freie Wahl von Lebenszielen darf durch Normen nur dort eingeschränkt werden, wo die Freiheit anderer beeinträchtigt würde.

- Grund und Freiheitsrechte:

Freiheit, Würde und Selbstbestimmung des Menschen sind dem LIF so wichtig, dass sie in ihrem Programm festlegen, dass sie eines institutionellen Schutzes bedürfen. Es wird auch erkannt, dass die Grund- und Freiheitsrechte in einer sich wandelnden Gesellschaft ebenfalls Veränderungen unterworfen sind. Es drohen neue Gefahren durch die Anonymisierung der Gesellschaft, durch Bürokratisierung, Zentralisierung sowie ökologische Fehlentwicklungen.

Das Grundsatzprogramm fordert auf zur Wachsamkeit gegenüber der Gefahr des Rückfalls in faschistische, rassistische, totalitäre und nationalistische Denkweisen. Die Demokratisierung der Gesellschaft muss weiter voran getrieben werden.

- Leistung und Eigenverantwortung:

Der Gedanke der Leistung und die Übernahme der Verantwortung für das eigene Leben bilden einen Eckpunkt in den liberalen Vorstellungen. Die Bereitschaft der Menschen

zu Leistung und eigenverantwortlichem Handeln wird durch das Bedürfnis nach Kooperation und Solidarität geweckt. Ebenso, wie bei der Freiheit, wird auch auf die Ökologie hingewiesen, für die neben dem Staat jeder Einzelne verantwortlich ist.

- Gleichberechtigung:

Die Gleichberechtigung der Menschen bedeutet Gleichwertigkeit und jegliche Diskriminierung muss verhindert werden, erfolgt sie auf Grund des Geschlechts, der ethnischen Zugehörigkeit, Religion oder sexueller Orientierung. Auch hier gibt es wieder den Hinweis auf die Umwelt, durch die Sicherung der Rechte der zukünftigen Generationen in ökonomischer und ökologischer Hinsicht.

- Gesellschaft:

Gefordert wird die Abwehr von ökologischen Gefahren, vor denen auch eine liberale Gesellschaftsordnung ihre Bürger institutionell schützen muss. Die Begrenzung individueller Freiheit durch eine gesellschaftlich-institutionelle Rahmenordnung bildet die notwendige Voraussetzung für die dauerhafte Erhaltung einer freien Gesellschaft. Hier beginnt eine Gratwanderung zwischen dem liberalen Freiheitsverständnis und der Gefahr einer ‚verordneten‘ Gesellschaft durch ideologisch motivierte Normvorstellungen, was abgelehnt wird, denn die Basis einer liberalen Gesellschaftsordnung sind Freiheit, Mündigkeit und Verlässlichkeit. Interessant ist der ausdrückliche Hinweis auf eine Verbesserung der politischen Kultur durch Bildung und Erziehung sowie die Befähigung zum kritischen Umgang mit Medien.

- Offene Gesellschaft:

Da sich die gesellschaftlichen Werte weiter entwickeln, ist für das Liberale Forum eine ‚offene Gesellschaft‘ mit demokratischer Selbstbestimmung und veränderbaren Institutionen eine Notwendigkeit. Abgelehnt werden autoritäre und dogmatische Wahrheitsansprüche in Politik, Kultur und Wissenschaft. Dem Staat wird eine subsidiäre Rolle in einer freien, offenen und humanen Gesellschaft zugewiesen, wo jeder Einzelne frei und verantwortungsbewusst ebenso wie die Gesellschaft selbst zur Realisierung der Grund- und Freiheitsrechte beitragen muss. Einzubinden in den Diskurs sind benachteiligte Gruppen als auch die Medien, die frei von Bevormundung sind. Der freie Wettbewerb der Ideen soll eine Konkurrenz zwischen Denkansätzen, Lösungswegen, Lebensentwürfen, Wirtschaftsmodellen, kulturellen Ausdrucksformen usw. als eine Herausforderung und Bereicherung bringen.

- Kultur:

Kultur manifestiert sich für das LIF nicht nur in Kunstwerken und künstlerischen Ereignissen, sondern in der Art und Weise, wie Menschen in einer Gesellschaft miteinander umgehen. Dies umfasst nicht nur die Alltagskultur und die politische Kultur, sondern gleichfalls den Umgang mit der Natur. Kulturpolitik bedeutet deswegen den Freiraum des Einzelnen für kreatives Handeln zu sichern und kulturelle Initiativen zu unterstützen. Wenn der Staat eingreift, dann bedarf es einer sensiblen Offenheit sowie der Mitsprache des Künstlers. Kunstförderung soll nur Impulsgeber sein.

- Bildung, Ausbildung und Erziehung:

Bildung bedeutet für einen Liberalen praktizierte Aufklärung. Es handelt sich dabei um einen emanzipatorischen Prozess und der orientiert sich am Wandel der Gesellschaft sowie an den Ausbildungsbedürfnissen. Aus diesem Grund müssen Ausbildungsziele laufend hinterfragt werden, wobei Eigenständigkeit, Urteilsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Toleranz sowie die Bereitschaft zur Weiterentwicklung der eigenen Kompetenzen und kreativen Fähigkeiten im Mittelpunkt des mündigen, autonomen und verantwortungsbewussten Einzelnen stehen. Liberal ist ein Bildungssystem, wenn es die Bereitschaft des Menschen zu Selbstbestimmung und Eigenverantwortung fördert. Gefordert wird der freie Zutritt zu unbürokratisch organisierten Bildungseinrichtungen, um die Chancenungleichheit in der Gesellschaft abzubauen.

- Leben und Arbeit

Jeder soll seinen Beitrag durch Arbeit leisten. Arbeit und Wirtschaft soll der Einzelne eigenverantwortlich mitgestalten, wofür das Privateigentum, eine unverzichtbare Grundlage ist, wobei es wie alle anderen Grundrechte seine Grenze dort findet, wo es sozialen oder ökologischen Missbrauch gibt. Das persönliche Eigentum ist ein unverzichtbares Bürgerrecht. Das LIF bekennt sich zu einer humanen Arbeitswelt mit Chancengleichheit, Leistungsgerechtigkeit und der Gleichstellung von Mann und Frau. Verankert wurde auch das Mitspracherecht des Einzelnen als Ergänzung zur Mitbestimmung von Aufsichtsräten. Anerkannt werden die Mitarbeiterbeteiligung und Möglichkeiten der Erfolgs- und Gewinnbeteiligung.

- Ökonomie

Im Zentrum stehen die Marktwirtschaft, das Leistungsprinzip und der freie Wettbewerb, wobei Wettbewerbsverzerrungen abzubauen sind. Das Steuersystem soll auf den Verbrauch und die Belastung der Umwelt als Steuerbemessungsgrundlage umgestellt werden. Das LIF bekennt sich zu den Grundfreiheiten und Wettbewerbsregeln der Europäischen Union.

Weitere Punkte im Kapitel „Gesellschaft“ im Grundsatzprogramm handeln von der „sozialen Verantwortung und Existenzsicherung“, „ökologischen Verantwortung“, sowie „Forschung und Entwicklung“. Das nächste große Kapitel ist dem Staat gewidmet. Hier geht es um „Politische Willensbildung und Demokratie“, „Rechtsordnung und Justiz“ und „Staat und Religionsgemeinschaften“. Gerade in diesem Punkt ist im katholischen Österreich Zündstoff enthalten. Das LIF vertritt die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit und eine strikte Trennung von Kirche und Staat, was der, an Macht gewöhnte Kirche als Institution nicht gefällt. Es wird auch jeder Versuch gesellschaftliche Normen an religiöse Überzeugungen zu binden, abgelehnt. Wörtlich heißt es weiter:

„In einem modernen, pluralistischen und demokratischen Staat kann den Religionsgemeinschaften nicht mehr jenes ethisch-moralische ‚Wächteramt‘ zukommen, das sie über Jahrhunderte beanspruchten. Gerade weil sie in besonderer Weise bleibende Wertfragen artikulieren, stellen sie aber für Liberale wichtige Dialogpartner in vielen gesellschaftlichen Fragen dar, so ferne sie sich dem Dialog stellen und eigene Positionen nicht absolut setzen. Das Liberale Forum würdigt das soziale, pädagogische und erwachsenenbildnerische Engagement der Religionsgemeinschaften, stellt aber an dieses den Anspruch, dass es sich den Grundgedanken der Aufklärung nicht verschließen darf. Wo Intoleranz, Fundamentalismus und irrationale Normierungsansprüche durch religiöse Gruppen und Institutionen vertreten werden, muss ihnen liberale Politik entschieden entgegentreten. Das Liberale Forum erwartet auch von den Religionsgemeinschaften, dass sie als gesellschaftliche Institutionen ihren Mitgliedern im Rahmen ihres Selbstverständnisses ein Höchstmaß an Mitsprache und Meinungsfreiheit einräumen und sich zu einem möglichst hohen Grad der Eigenfinanzierung zu verpflichten.“<sup>177</sup>

Gerade mit dem religiösen Alleinvertretungsanspruch der Kirche sowie bei Mitsprache und Meinungsfreiheit ihrer Mitglieder liegen die Reibungsgrenzen zwischen Liberalismus und katholischer Kirche offen.

---

<sup>177</sup> LIF – Grundsatzprogramm - 2009, S. 19

Europa ist den Liberalen ein besonderes Anliegen, deswegen wurde dafür auch ein eigenes großes Kapitel im Grundsatzprogramm von 2009 vorgesehen. Hier geht es um „eine demokratische und föderale europäische Verfassung“, um „ein starkes und leistungsfähiges Europa“ sowie um „ein friedenssicherndes und weltoffenes Europa“.

Das letzte Kapitel trägt die Überschrift „Internationale Gemeinschaft“. Auf eineinhalb Seiten wird dargelegt was unter liberaler Außenpolitik zu verstehen ist: „Liberaler Außenpolitik ist der Entwicklung einer weltweiten Friedensordnung verpflichtet und hat die Sicherstellung wirtschaftlich, sozial und ökologisch lebenswerter Verhältnisse zum Ziel. Gewaltverzicht bei der Verfolgung politischer Ziele steht für das Liberale Forum außer Frage.“

Die politische Basis für Frieden in Freiheit und Gewaltverzicht bilden offene Gesellschaften und demokratische Staaten. Liberale Sicherheitspolitik will daher, auf der Grundlage der Wahrung der Menschenrechte, dazu beitragen, demokratische, grundrechtliche und marktwirtschaftliche Verhältnisse in Europa und in der Welt herzustellen und weiterzuentwickeln. Verurteilt werden das Plündern der nicht erneuerbaren Ressourcen in den Entwicklungsländern und unsere „Wegwerfökonomie“. Für das Liberale Forum liegt der alternative Weg in eine bessere Zukunft der Länder Osteuropas und der Dritten Welt in einer ökologisch vertretbaren, differenzierten Industrialisierung aller Lebensbereiche.

Auf die Frage von Peter Pelinka wie Heide Schmidt das LIF vom antisozialen Manchester-Liberalismus abgrenzt, nimmt sie folgendermaßen Stellung: „Aus den Begriffen Freiheit und Verantwortung leite ich die soziale Verantwortung ab. Für jene, die nicht selbst dazu in der Lage sind, hat der Staat Schutzfunktion zu übernehmen. Der Staat hat aber nicht Daseinsvorsorge schlechthin zu treffen, was nämlich Abhängigkeiten schafft, sondern dann, wenn es nötig ist, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Das heißt, Ziel muss sein, auf eigenen Füßen stehen zu können und nur für den, der es wirklich nicht kann, übernimmt der Staat die Ausfallhaftung.“<sup>178</sup> Das LIF ist auch gegen einheitliche Sozialleistungen und Heide Schmidt ist dafür die einheitlichen Transferleistungen, Familienbeihilfen, Schülerfreifahrten und Schulbücher abzuschaffen.

---

<sup>178</sup> Peter Pelinka, Heide Schmidt - Eine Provokation, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 1993, S. 136



## 7.2.2 Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) enthält die grundsätzlichen Forderungen, Ziele und Werte der Partei. Die SPÖ bekennt sich darin zu Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das Programm wurde am Parteitag im Oktober 1998 beschlossen.

Zu Beginn erkennt die SPÖ „Neue Herausforderungen - neue Lösungen“. Sie fühlt sich dem Ideal einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft verpflichtet, ohne Klassengegensätze, wo Probleme friedlich gelöst werden und sich der Mensch frei von Not und Angst entfalten kann. Angestrebt wird eine Gesellschaftsordnung in der alle Menschen in Frieden und Freiheit leben, was auch der Liberalismus will. Die Grundwerte der Sozialdemokratie sind ebenso wie bei den Liberalen Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, aber auch Solidarität und werden im Programm im Abschnitt „Die Grundsätze der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ genauer ausgeführt.

Wie schon erwähnt, sind die Grundwerte der SPÖ mit denen der Liberalen zum Großteil durchaus vereinbar und gesellschafts- und wirtschaftsliberal relevant. Freiheit, Frieden, Gleichheit und Gerechtigkeit vertreten beide Parteien, nur bei der Solidarität geht die SPÖ weiter als das Liberale Forum. Bei den Liberalen steht der Mensch im Mittelpunkt und bei den Sozialdemokraten die „Würde des Menschen“.

„II.2.1. Die Würde des Menschen steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik, daher treten wir entschlossen für die Wahrung der Menschenrechte ein und stehen für eine Politik, die die Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben selbstbestimmt und mündig zu gestalten, und wollen gesellschaftliche Bedingungen schaffen, die diesem Prinzip entsprechen. Wir treten daher einer Politik entgegen, die Menschen oder Menschengruppen benutzt oder missbraucht, und werden eine Wirtschaftsordnung, die Menschen nur als Kosten- und Produktionsfaktor betrachtet, verändern und nach sozialdemokratischen Grundsätzen gestalten.“<sup>179</sup>

Ein anderer Unterschied betrifft naturgemäß das Eigentum. Während sich dieses Wort im SPÖ-Programm nicht einmal findet, so zählt es neben Leben und Freiheit zu den elementaren liberalen Grundrechten auf die nicht verzichtet werden kann: „Eigentum stellt für uns eine unverzichtbare Grundlage eigenverantwortlichen Handelns dar, findet aber wie alle

---

<sup>179</sup> SPÖ – das Grundsatzprogramm - 1998, S. 6

anderen Grundrechte seine Grenze in der Notwendigkeit, sozialen und ökologischen Missbrauch der mit dem Eigentum verbundenen Verfügungsgewalt zu verhindern.“<sup>180</sup>

Gegen das Eigentum stemmt sich die Sozialdemokratie und damit auch gegen weitgehende Privatisierungen staatseigener Betriebe und gegen wirtschaftsliberale Bestrebungen, die insbesondere unter dem Schlagwort „Neoliberalismus“ durchgeführt wurden. Das war der Grund, warum sich die SPÖ nur auf sehr vorsichtige Privatisierungen einlässt, wobei sie die Politik eines Kernaktionärs bevorzugt, der ein Vetorecht besitzt.<sup>181</sup>

Neben diesen rudimentären wirtschaftsliberalen Ansätzen kann die SPÖ vielmehr auf dem Gebiet des Kulturliberalismus punkten. So wird dem Punkt Identität und kritische Öffentlichkeit - Kunst und Medien breiter Raum gewidmet. Hier zeigt sich ein breites Kunstverständnis, das auch für Innovationen offen ist und der Kunst ihre Freiheit gewähren will. Auch das Liberale Forum tritt entschieden für die Freiheit der Kunst ein, doch

„Was Kunst ist, kann nicht von Mehrheiten entschieden werden; daher bedarf der Eingriff des Staates in das kulturelle Geschehen einer sensiblen Offenheit sowie der Mitsprache der Künstler als unmittelbar kompetente Beteiligte. Der staatlichen Kunstförderung kommt dabei die Rolle eines Impulsgebers zu; sie darf weder zur Gängelung der Künste noch zur Festschreibung etablierter Ausdrucksformen missbraucht werden.“<sup>182</sup>

Während die SPÖ ebenfalls für eine breite Förderung der Künstler eintritt, ist das Liberale Forum dabei allerdings vorsichtiger. Es will nur ‚Impulsgeber‘ sein, um es nicht durch zu viel Förderung zu einer ‚Gängelung der Künste‘ – gemeint sind wohl die Künstler – kommen zu lassen.

Dazu bringt Mantl Beispiele aus der Vergangenheit:

"Man denke bei der SPÖ an Bruno Kreiskys großbürgerliche Attitude, vorbereitet durch die freilich nur kurzlebige Wochenzeitung ‚Heute‘ (1958 - 1961). Kreiskys Image sicherte der SPÖ dreimal die absolute Mehrheit. Es sei auch an Christian Brodas Strafrechtspolitik oder an Karl Blechas Kunstpolitik erinnert, die sich jeweils als ‚Liberalisierung‘ verstanden und sich als solche den Wählern empfahlen. Abgesetzt von dieser Linie trachteten Hannes Androsch und Franz Vranitzky, liberales Flair durch ‚coole‘ Wirtschaftskompetenz zu gewinnen. Mit dem Wiener Programm von 1958 ging die SPÖ den neuen Weg eines nach westlichen und skandinavischen Mustern ausgerichteten liberalen

<sup>180</sup> LIF – Grundsätze – 2009, S. 4

<sup>181</sup> Vgl. Heiko Nötstaller, Zur Bedeutung des Liberalismus in der österreichischen Politik am Beginn des dritten Jahrtausends (Dipl.), Wien, 2002, S. 135f.

<sup>182</sup> LIF – Grundsätze – 2009, S. 9

Sozialismus, sodass es nur konsequent war, vor einigen Jahren auch wieder den Namen ‚Sozialdemokratie‘ anzunehmen.<sup>183</sup>

Aufgefallen ist mir im Vergleich der Parteiprogramme, dass die SPÖ eine mutige Vorstellung über das Zusammenleben von Arbeitnehmern und Unternehmern vorstellt (neben der Bejahung der Sozialpartnerschaft):

„(5) Für uns ist der Mensch der Maßstab des Wirtschaftens. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmerinnen und Unternehmer haben ein gemeinsames Interesse an einer starken Wirtschaft, haben aber auch in vielen Bereichen unterschiedliche Interessen, wie z.B. im Bereich der Einkommensverteilung. Wir wollen diese Interessensgegensätze partnerschaftlich überwinden, weil wir der Überzeugung sind, dass nur faire Verhältnisse im Arbeitsleben eine geeignete Basis für eine gute soziale und wirtschaftliche Entwicklung darstellen, was im Interesse aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten gelegen ist. Wir wollen Veränderungen aktiv gestalten, wir wollen Mut zum Wandel und wir wollen Sicherheit im Wandel bieten. Nur dadurch wird es möglich sein, dass Veränderungen nicht als Bedrohung abgewehrt und verweigert, sondern als Chance begriffen und angenommen werden.“<sup>184</sup>

Der Klassenkampf (der mit dieser Bezeichnung nicht mehr erwähnt wird) wird zur Partnerschaft, wobei es nicht nur eine Partnerschaft der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sondern auch der Geschlechter, der Wirtschaft, der Gewerkschaften geht und reicht bis zur Sicherheitspartnerschaft im Rahmen der europäischen Sicherheitspolitik oder der Entwicklungshilfe.

Einer der Grundwerte der sozialdemokratischen Politik ist die Solidarität. Diese gibt es übrigens auch beim Liberalismus. Das Liberale Forum erwähnt in seinem Grundsatzprogramm die Solidarität gleich mehrfach in verschiedenen Zusammenhängen. So geht es um die Sicherung elementarer Lebensbedingungen und die Ausübung von Grundrechten, welche die Initiative des Einzelnen ebenso wie die Solidarität der Gesellschaft erfordern, wobei auch die Generationensolidarität eingefordert wird. Im SPÖ-Programm wird Solidarität definiert:

„Solidarität im Sinne von Rücksichtnahme auf den Nächsten und Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln ist die Basis für die politische Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Solidarität bedeutet Verantwortung für die Gemeinschaft und damit die Verpflichtung, sich für andere einzusetzen und gesellschaftliche

---

<sup>183</sup> Wolfgang Mantl, Liberalismus und Antiliberalismus in Österreich. Eine Spurensuche in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.) Liberalismus - Interpretationen und Perspektiven, Böhlau Verlag GmbH, Wien, 1996, S. 41f.

<sup>184</sup> SPÖ – das Grundsatzprogramm - 1998, S. 9

Aufgaben im Interesse unserer Grundwerte zu erfüllen. Sie ist letztlich die Grundlage des sozialen Zusammenhalts und das wirksamste Instrument zur Durchsetzung gerechterer Lebensbedingungen. Internationale Solidarität umfasst alle Völker.“<sup>185</sup>

Der Begriff der „Solidarität“ ist beim Liberalen Forum enger gefasst:

„Die Sicherung elementarer Lebensbedingungen und die Ausübung von Grundrechten erfordern die Initiative des Einzelnen ebenso wie die Solidarität der Gesellschaft. Der Staat muss darüber hinaus Rahmenbedingungen schaffen, um die Wahrung der Grundrechte einzelner auch dort zu sichern, wo deren individuelle Bemühungen und der Schutz von Solidargemeinschaften unzureichend sind.“<sup>186</sup>

Während es beim Liberalen Forum Aufgabe des Einzelnen ist, dafür zu sorgen, dass seine elementaren Lebensbedingungen gesichert sind, wird in der Sozialdemokratie ein Sicherheitsnetz gespannt, um den sozialen Absturz abzufedern (siehe auch die Ausführungen bei der Sozialen Marktwirtschaft).

Am Schluss des Parteiprogrammes der SPÖ findet sich so, wie etwa bei der ÖVP, das Bekenntnis zu Europa. In der Einleitung wird die europäische Einigung als Friedensprojekt hervorgehoben, ebenso wie die Solidarität, Chancengleichheit, Toleranz und Sicherheit.

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine Politik, die den Frieden als bestimmenden Wert einer Gesellschaft betrachtet. Daher ist für uns die Einigung Europas ein entscheidendes Friedensprojekt. Nur durch den schrittweisen Aufbau eines gemeinsamen Europa können die Voraussetzungen geschaffen werden, Konflikte zwischen Staaten, aber auch zwischen ethnischen Gruppen, friedlich zu regeln. Für uns ist die Europäische Union daher eine Gemeinschaft der Solidarität, der Chancengleichheit, der Toleranz und der Sicherheit, die all jenen Staaten Europas offenstehen muss, die diese Werte teilen und die gemeinsam festgelegten Voraussetzungen erfüllen.“<sup>187</sup>

### 7.2.3 Österreichische Volkspartei (ÖVP)

Die ÖVP ist eine konservative Partei mit christlich - sozialem Ursprung und ist im Parteispektrum in der Mitte positioniert. Sperl charakterisiert den Liberalismus bei der ÖVP als einen abgeschwächten Wirtschaftsliberalismus.<sup>188</sup> Mantl schreibt, „(...) der wirtschaftliche Liberalismus fand in der ÖVP eine freilich durch mannigfaltige Rücksichtnahmen auf diverse

<sup>185</sup> SPÖ – das Grundsatzprogramm - 1998, S. 6

<sup>186</sup> LIF – Grundsätze – 2009, S. 4

<sup>187</sup> SPÖ – das Grundsatzprogramm - 1998, S. 26

<sup>188</sup> Gerfried Sperl, Liberalismus gegen Nationalismus – Die Möglichkeiten der (österreichischen) Politik in Mitteleuropa, Passagen Verlag, Wien, 1993, S. 134

Interessengruppen relativierte Heimat und in den letzten 15 Jahren neue Diskussionsanstöße durch aus dem angelsächsischen Raum wieder nach Österreich zurückflutendes ökonomisches Gedankengut.“<sup>189</sup>

„Bei der ÖVP kann man von einem *Liberalkonservatismus* sprechen, der freilich in den letzten Jahren einer Unsicherheit Platz machte, weil die Freiheitlichen in den alpenländischen Konservatismus der ÖVP ebenso einbrachen wie in die modernisierungsängstliche Arbeiterschaft der alten Industriezonen und damit der alten Hochburgen der SPÖ.“<sup>190</sup> Der von Schüssel verfolgte Kurs des Neoliberalismus mit kräftigen Einsparungen, Ausgabenbeschränkungen und Pensionsregulierungen auch zu Lasten einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, verursachte auf der einen Seite zwar ein geringeres Budgetdefizit und eine Senkung der Pensionslasten, doch auf der anderen Seite wurden kostspielige Ausgaben, wie für die Eurofighter, getätigt. Letzten Endes führte diese Politik, zu der noch die Problematik des Pflegegeldes kam, zum Mehrheitsverlust.

Das derzeit geltende Grundsatzprogramm der ÖVP („Wiener Programm“) wurde 1995 vom Parteitag beschlossen. Schon in der Präambel dieses neun Punkte umfassenden, 29 Seiten starken Programms definiert die ÖVP die christliche und humanistische Tradition Europas als ihre Wurzeln. Neu aufgenommen wurden damals das Prinzip der Ökosozialen Marktwirtschaft sowie das Abrücken von der Neutralität.

An erster Stelle ist einleitend bei „Unser Selbstverständnis“ festgehalten, dass die ÖVP eine christliche Partei ist, wobei ausdrücklich hingewiesen wird, dass sich die Partei an keine Konfession oder kirchliche Institution bindet. Schon der nächste Punkt stellt den Konnex zum Liberalismus her:

*„Wir sind die Partei des liberalen Rechtsstaats und der offenen Gesellschaft*

- Wir treten für die Freiheit des einzelnen und für die Förderung und Anerkennung der persönlichen Leistung ein. Staatliche Macht und Verwaltung wollen wir auf das Notwendige beschränken. Der Schutz und die Verteidigung der persönlichen und politischen Grund- und Freiheitsrechte sowie des privaten Eigentums haben für uns einen zentralen Stellenwert. Die Freiheit des Menschen ohne Verantwortung ist für die Zukunft nicht denkbar.
- Wir bekennen uns zur parlamentarischen Demokratie. Diese ist getragen vom liberalen Rechtsstaat, vom Wirken politischer Parteien, von der beruflichen und sozialen Selbstverwaltung in den Kammern und Verbänden und von der direkten demokratischen

<sup>189</sup> Wolfgang Mantl, Liberalismus und Antiliberalismus in Österreich. Eine Spurensuche in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.) Liberalismus - Interpretationen und Perspektiven, Böhlau Verlag GmbH, Wien, 1996, S. 41

<sup>190</sup> Wolfgang Mantl, Liberalismus und Antiliberalismus in Österreich. Eine Spurensuche in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.) Liberalismus - Interpretationen und Perspektiven, Böhlau Verlag GmbH, Wien, 1996, S. 42

Mitwirkung der Bürger bei wichtigen Fragen. Die innerparteiliche Demokratie und die aktive Mitwirkung unserer Mitglieder an der demokratischen Willensbildung sind uns Verpflichtung.

- Wahlfreiheit in der Gestaltung der Lebensmöglichkeiten ist für uns die Voraussetzung einer offenen Gesellschaft. Sie ist Ausdruck der Vielfalt der Meinungen, der kulturellen Lebensäußerungen, der Bedürfnisse und Interessen der Bürger und damit Grundlage für Toleranz und Veränderung. Flexibilität in der Gestaltung der Lebensbedingungen ist wesentlich, um den Menschen ein glückliches Leben zu ermöglichen.“<sup>191</sup>

Hier liegt ein ausdrückliches Bekenntnis zu liberalen Werten vor („Wir sind die Partei des liberalen Rechtsstaates und der offenen Gesellschaft“) – mit Ausnahme der Kammern und Verbände -, doch Nötstaller sieht das Selbstbekenntnis der ÖVP zum Liberalismus etwas skeptisch. Er meint, dass es zwar auf die Partei selbst zutreffen mag, es gilt jedoch auch in gewisser Weise für alle anderen Parteien und außerdem ist das eine Behauptung die von der ÖVP nicht allein vertreten werden kann, da der Rechtsstaat eine Errungenschaft des Liberalismus ist.<sup>192</sup> Seiner Kritik kann ich nicht beitreten, da es jeder Vereinigung unbenommen bleiben muss, sich als liberal zu bezeichnen. Eine andere Sache ist es, ob diese Vereinigung, die eine Partei ja auch ist, liberale Grundsätze tatsächlich befolgt.

Die ÖVP bekennt sich zur ökosozialen Marktwirtschaft und dazu, dass sie eine soziale Integrationspartei, eine echte „Volkspartei“ sein möchte. Als eine solche sieht sie sich selbst in der politischen Mitte positioniert, lehnt Fundamentalismus, Intoleranz und Gewalt ab. Schon im Grundsatzprogramm kündigt sie ihren Anspruch auf die politische Führungsrolle in Österreich an.

Die Grundsätze der ÖVP beginnen beim Menschenbild auf einem christlich-humanistischen Boden und der Achtung der Menschenwürde. Der Mensch hat einen unveräußerlichen Anspruch auf Freiheit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Mitsprache. Die ÖVP will den Menschenrechten zu weltweiter Gültigkeit verhelfen.

Der Mensch ist in Gemeinschaften eingebunden und betont wird die persönliche Verantwortung dabei. Er hat die Verpflichtung zur Teilnahme am Aufbau des Gemeinwohles und verurteilt wird die Verfolgung ausschließlich egoistischer Interessen, da dadurch die Grundlagen demokratischer Selbstbestimmung zerstört werden. Desweiteren hat er Verantwortung gegenüber der Natur („sorgsamer Umgang“ und „Bewahrung der Schöpfung“).

<sup>191</sup> ÖVP – Grundsatzprogramm - 1995, S. 3

<sup>192</sup> Vgl. Heiko Nötstaller, Zur Bedeutung des Liberalismus in der österreichischen Politik am Beginn des dritten Jahrtausends (Dipl.), Wien, 2002, S. 137

Das menschliche Streben geht über materielle Lebensziele hinaus und neben der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Sicht berücksichtigt die ÖVP auch eine kulturelle, ethische und religiöse Dimension des Menschen. Mit diesem Grundsatz unterscheidet sich die Volkspartei ganz eindeutig von den anderen im Parlament vertretenen Parteien.

Hier finden sich mehrere liberal gefärbte Werte, wie Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit, Leistung, Mitwirkung oder Toleranz.

- Freiheit

Jeder Mensch hat das Recht als freies, verantwortliches Individuum anerkannt zu werden. Unter Freiheit versteht die ÖVP Selbstbestimmung, durch Gewissen und Vernunft. Da der Mensch frei ist, ist er auch für sein Handeln verantwortlich. Es ist Aufgabe der Politik, den Freiraum des demokratischen Rechtsstaates zu schützen. Es wird auch die Frage beantwortet, wo die Freiheit endet, nämlich dort, wo die des anderen beginnt. Es wird jede staatliche Bevormundung und unnötige Kontrolle abgelehnt und die Grund- und Freiheitsrechte müssen laufend angepasst werden

- Verantwortung

Jeder Mensch ist für sein Handeln persönlich verantwortlich, auch für seine Mitmenschen und die staatliche Gemeinschaft. Die Politik hat die Übernahme von Verantwortung zu fördern und ein Verlagern auf anonyme Institutionen zu verhindern.

- Nachhaltigkeit

Die „Nachhaltigkeit“ gehört meiner Ansicht nach noch zur „Verantwortung“, denn in dem Grundsatzprogramm heißt es: „Neben der Verantwortung für uns selbst und unsere Mitmenschen tragen wir auch Verantwortung für die Überlebensfähigkeit der gesamten Menschheit. Aus diesem Grund verpflichten wir uns, unser eigenes politisches und wirtschaftliches Handeln auch an den Zukunftschancen für kommende Generationen auszurichten.“<sup>193</sup>

Verbunden wird diese Verantwortung allerdings mit der „ethischen Pflicht zum Maßhalten, zu Selbstdisziplin und Selbstbeschränkung“, welche aus dem Auftrag zur

---

<sup>193</sup> ÖVP – Grundsatzprogramm - 1995, S. 6f.

Weltgestaltung (wohl aus der Bibel) erwächst. Dementsprechend darf die Nutzung der Natur deren Kraft zur Selbsterneuerung nicht schwächen.

- Gerechtigkeit

Ganz im Sinn der Liberalen lautet die Formulierung beim Punkt „Gerechtigkeit“: „In ihren Rechten und in ihrer Würde sind alle Menschen gleich. Ungleich sind sie in ihren Anlagen, Fähigkeiten, Neigungen und Interessen. Gerechtigkeit bedeutet nicht ‚jedem das Gleiche‘ sondern ‚jedem das Seine‘. Wir streben eine Chancengerechtigkeit an, die jedem Menschen die Möglichkeit bietet, sich gemäß seiner persönlichen Eigenart zu entfalten. Zur Gerechtigkeit gehört, dass alle Menschen den gleichen Zugang zum Recht besitzen, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt wird. Gerechtigkeit zielt auf möglichst gerecht verteilte Lebenschancen, auf einen offenen Zugang zu den Bildungseinrichtungen, Gütern, Leistungen und Eigentum, sowie auf Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitverantwortung. Gerechtigkeit erfordert die Anerkennung persönlicher Leistung und sozialen Ausgleich für diejenigen, die sich am Leistungswettbewerb unverschuldet nicht beteiligen können. Wir treten für eine gerechte, friedvolle und demokratische Weltordnung ein, die allen Bewohnern der Erde einen gerechten Anteil an ihren Gütern und ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen soll.“<sup>194</sup>

- Leistung

Leistung wird als Grundlage jeglichen menschlichen Fortschritts gesehen und der Leistungswille und die Bereitschaft zu unternehmerischen Risiko soll deswegen gefördert werden. Leistung soll ein Maßstab für das Arbeitseinkommen und den beruflichen sowie gesellschaftlichen Aufstieg sein, wobei die Würde des Menschen von seiner Leistungsfähigkeit unberührt bleibt.

- Sicherheit

Sicherheit gehört zum liberalen Wert der Freiheit, wobei wiederum Rahmenbedingungen durch den Staat notwendig sind, um in Freiheit sicher leben zu können. Dabei muss auch die soziale Absicherung und die Rechtssicherheit beachtet werden.

---

<sup>194</sup> ÖVP – Grundsatzprogramm - 1995, S. 7



- Partnerschaft

Die ÖVP bekennt sich zu einer partnerschaftlichen Gesellschaft in der Konflikte im Sinne gemeinsamer Werte gelöst werden. Es werden ausdrücklich die gesetzlich verankerten Kammern und Verbände im Rahmen der Sozialpartnerschaft genannt, was dem liberalen Gedanken der Wirtschaftsfreiheit allerdings widerspricht, doch für sozialen Frieden sorgt, wenn auch unter dem einstigen Bundeskanzler Schüssel die Sozialpartnerschaft an Einfluss verloren hat. Abgelehnt wird eine unbegründete Über- und Unterordnung beziehungsweise Ungleichheiten im Berufszugang und Lebensmöglichkeiten. Partnerschaft bedeutet auch füreinander verantwortlich zu sein. Die ÖVP strebt die Gleichberechtigung von Mann und Frau an und verlangt die Einführung einer Mindestquote von einem Drittel bei öffentlichen Mandaten.

- Subsidiarität

Bejaht wird eine Aufgabenteilung in der partnerschaftlichen Gesellschaft. Aufgaben werden eigenverantwortlich gelöst. Von der Gemeinschaft soll nur das verlangt werden, was der Einzelne aus eigener Kraft nicht leisten kann. Die Aufgabenteilung reicht von der lokalen bis zur internationalen Ebene und der Grundsatz des Föderalismus und der Autonomie von Gemeinden, Ländern und Regionen erhält durch das Zusammenwachsen von Staaten und Völkern in der EU eine vordringliche Bedeutung.

- Mitwirkung

Die ÖVP bekennt sich zur repräsentativen Demokratie und direktdemokratische Verfahren sollen dieses System ergänzen, wobei der Bürger aktiv an den politischen Entscheidungen teilnimmt. Notwendig dafür sind Verantwortungsbewusstsein, Toleranz und kritische Urteilsfähigkeit, wobei das Gemeinwohl vor eigene oder lokale Interessen geht. Wesentliche Voraussetzung ist eine umfassende, freie Information.

- Toleranz

Notwendig ist ein Grundkonsens über gemeinsame Werte in einer offenen Gesellschaft, wobei abweichende Überzeugungen geduldet werden. Diese Toleranz beruht auf der Würde und Freiheit des Menschen und der Maßstab dafür sind die Menschenrechte.

Voraussetzung für die tolerante Haltung ist die selbstsichere Behauptung der eigenen Identität.

In dem oben angeführten Grundsatzkapitel findet man zahlreiche liberale Gedanken, wobei diese aus Platzgründen nicht vollständig ausgeführt werden konnten. Weiter führt das Parteiprogramm unter „Unsere Positionen“ eine „starke Demokratie“, „ökosoziale Marktwirtschaft“, „neue Gesellschaftsverträge“, „Leben und Umwelt“, „Bildung und Kultur“ und „Heimat in Europa und der Welt“ an. Dem Bereich der Wirtschaft inklusive der Landwirtschaft wurde dabei etwa ebenso viel Platz gewidmet wie der Bildung und Kultur.

Aus den Ausführungen ergibt sich, dass die Österreichische Volkspartei mit den Liberalen durchaus einen Grundkonsens teilt. Etwa auch in der Gesellschaftspolitik, wo das christlich-konservative Denken noch deutlich merkbar ist, wird doch versucht einen modernen, zeitgemäßen Weg einzuschlagen, indem man sich zu einem Österreich als „Asylland“ bekennt. Im nächsten Absatz wird dies dann wieder relativiert („Unbeschränkte Einwanderung zu Lasten der österreichischen Bevölkerung kann es nicht geben.“). Auch der Einfluss der Kirche, etwa bei der Ablehnung des Schwangerschaftsabbruches, ist deutlich merkbar.

Im Bereich der Kultur vertritt die ÖVP durchaus einen liberalen Standpunkt und steht zu einer freien kulturellen Entwicklung. Bemerkenswert ist der Hinweis, dass Kulturausgaben sinnvolle Investitionen in die Kreativität und die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft sind. Ein weiterer wichtiger Punkt für die ÖVP ist ihr Bekenntnis zu Europa, wo sie sich durch ihre Aktivitäten zum EU-Beitritt im Jahr 1995 Verdienste erworben hatte.

#### **7.2.4 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)**

Bei der FPÖ handelt es sich, wie bereits in der historischen Entwicklung des Liberalismus näher erläutert, um eine nationale Partei, die sich früher teilweise liberal gerierte. Die FPÖ sieht sich zwar selbst als liberale bzw. nationalliberale Partei, derzeit befindet sie sich aber in einer eher nationalistischen Phase.

Nach Mantl fanden in der FPÖ unter Peter und Steger, mit diskursiver Unterstützung durch den Attersee-Kreis, Bestrebungen statt, dass die FPÖ, nach dem Vorbild der deutschen FDP, das Liberale neben dem Deutschnationalen betonen soll. Der Begriff "liberal" kommt jedoch in den offiziellen Schriften der FPÖ kaum vor, nicht einmal im Parteinamen. 1986

wurden mit der Wahl Jörg Haiders zum Bundesparteiobmann der FPÖ liberale Bestrebungen endgültig zu Grabe getragen. Haider konnte sich dabei auf die Überreste der Deutschnationalen, heimatlosen alpenländischen Konservativismus, Modernisierungsgegner, auf eine allgemeine Protesthaltung und auf ein liberales Restpotenzial, das bei der FPÖ noch verblieben ist und nicht zum LIF hinüberwechselte, stützen.

Das Parteiprogramm beginnt mit dem Kapitel „Freiheit als höchstes Gut“, wobei der Begriff „Freiheit“ sehr häufig vorkommt. Die Freiheitlichen definieren darin den Begriff „Freiheit“ theoretisch und praktisch und räumen ihm damit eine zentrale Stellung ein. Im Programm heißt es einleitend dazu: „Freiheit ist des Menschen höchstes Gut. Freiheit bedeutet ein Höchstmaß an verantwortlicher Selbstbestimmung. Sie schließt jede Unterdrückung, sei es körperlicher, geistiger, religiöser, politischer oder wirtschaftlicher Art, insbesondere jede Form staatlicher Willkür, aus.“<sup>195</sup> Das entspricht der Forderung des klassischen, wie des modernen Liberalismus und genau wie beim LIF wird auf die Eigenverantwortung des Menschen gesetzt.

Was jedoch bei der FPÖ liberal heißt, muss nicht immer den angesprochenen Werten entsprechen. Man sollte hier beispielsweise an die Gerichtsprozesse denken, die vom verstorbenen Kärntner Landeshauptmann und FPÖ Parteichef Haider gegen Journalisten und Kritiker seiner Politik angestrengt wurden, sowie die Einstellung seines Nachfolgers zur Medienfreiheit. Haider wie Strache setzen auf das nationale rechte und nicht auf das liberale Lager, doch gelang es Haider seine Basis zu verbreitern und sich sowohl von der SPÖ als auch von der ÖVP Wähler zu holen. Der jetzige FPÖ-Parteibobmann will mit liberal überhaupt nichts zu tun haben. Alexander Purger schrieb am 27. April 2010 in den „Salzburger Nachrichten“ unter der Überschrift: „Strache ist kein Jörg Haider“:

„Heinz-Christian Strache – der sein einstiges Vorbild bis in einzelne Wahlslogans nachahmt – ist auf dem Status des Jörg Haider der späten 1980er Jahre stecken geblieben. Unter ihm gleicht die FPÖ heute einem Konventikel deutschnationaler Burschenschaftler, die – kurios genug – auf Mandaten sitzen, die im Wiener Gemeindebau errungen wurden. Haiders Idee, die FPÖ zu einer Volkspartei auszubauen, ist Strache fremd. Innere Geschlossenheit geht bei ihm vor. Barbara Rosenkranz als Präsidentschaftskandidatin ließ vielleicht den inneren Parteizirkel jubeln, an den ‚bürgerlichen‘ Wählern ging diese Kandidatur spurlos vorüber.

Auch inhaltlich hat die FPÖ keine Breite. Ausländer und Sicherheit waren immer ihre Kernthemen, doch um auch Wählerschichten jenseits der 15 Prozent Protestwähler

---

<sup>195</sup> FPÖ - Parteiprogramm - 2005, S. 1

anzusprechen, braucht es mehr. Die derzeitige FPÖ-Führung scheint an dieser Verengung aber nichts ändern zu wollen: Wer mit seinem Kurs nicht einverstanden sei, könne sich ja eine andere Partei suchen, richtete Strache am Dienstag seinen Kritikern in den Ländern aus. Eine liberalere Ausrichtung sei nicht notwendig, denn die FPÖ sei ohnehin eine „Mitte-Rechts“-Kraft und stehe für Liberalität und Freiheit, erklärte Strache. Freuen über all das kann sich die Große Koalition. Sie braucht sich – anders als vor zehn Jahren – trotz dürftigster Erfolgsbilanz nicht vor der FPÖ zu fürchten.“<sup>196</sup>

Martin Fritzl stellte am 28. April 2010 in der „Presse“ unter der Überschrift „Die FPÖ kann nicht liberaler werden“ fest:

„Welche drei Vertreter des liberalen Flügels in der FPÖ fallen Ihnen spontan ein? Kein Einziger? Eben: Die Vorstellung, die FPÖ könnte als Reaktion auf das eher schwache Ergebnis bei der Präsidentschaftswahl in die Mitte rücken und liberaler werden, ist illusorisch. Der nationale Flügel hat bei der Freiheitlichen Partei immer schon dominiert, aber seit Strache existiert nur noch dieser nationale Flügel. Davor, in der Haider-Ära, mussten sich die Burschenschaftler Macht und Ämter mit Haiders Buberl-Partie teilen. Aber die ist ja bekanntermaßen ins BZÖ abgewandert.

Aber warum soll sich die FPÖ überhaupt ein anderes Image geben? Es ist schon einigermaßen erstaunlich, dass ein einziger verunglückter Wahlgang zu derartiger Nervosität führt. Barbara Rosenkranz war, wie sich nachträglich herausgestellt hat, die falsche Kandidatin. Sie konnte die typische Strache-Klientel – die Jungen, die Arbeiter – schon aufgrund ihrer Persönlichkeit schwer für sich gewinnen. Bei den nächsten Wahlgängen, wenn Strache abermals selbst an der Spitze steht, wird das wieder ganz anders aussehen.

Strache symbolisiert auf seinen Discotouren das Junge und Moderne. Der ideologische Unterbau ist durch nationale und xenophobe Elemente gekennzeichnet. Aber die lassen sich nicht so einfach abstreifen – der Parteichef kommt schließlich selbst aus dieser Ecke.“<sup>197</sup>

Von unabhängiger Seite, nämlich vom „Weisenrat“, der von der EU im Jahr 2000 bestellt wurde um die Situation der Blau-Schwarzen-Regierung in Österreich festzustellen – bestehend aus dem früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari, dem ehemaligen spanischen Außenminister Marcelino Oreja und dem deutschen Völkerrechtler Jochen Frowein, - wurde die FPÖ als ‚rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise‘ bezeichnet. Nach dieser Studie hat die FPÖ bewusst Fremdenfeindlichkeit ausgenutzt und auch gefördert. Als Beispiel wurde unter anderem der Wahlkampf im Oktober 1999

<sup>196</sup> Alexander Purger, Strache ist kein Jörg Haider in: URL: <http://www.salzburg.com/online/nachrichten/newsletter/Strache-ist-kein-Joerg-Haider.html?article=eGMmOI8V5sB11yrwbVisAPWJKhqNh5Xc0eLUtiz&img=&text=&mode=&> (27. 05. 10)

<sup>197</sup> Martin Fritzl, Die FPÖ kann nicht liberaler werden in: URL: [http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/561332/index.do?direct=562746&\\_vl\\_backlink=/home/politik/innenpolitik/562746/index.do&selChannel=](http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/561332/index.do?direct=562746&_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/562746/index.do&selChannel=) (28. 05. 10)

angeführt, wo man Plakate mit der Aufschrift ‚Stop der Überfremdung‘ einsetzte.<sup>198</sup> Dazu ist zu sagen, dass in Kapitel 7 „Demokratiereform, Freie Republik“ des FPÖ-Parteiprogramms sich die Einstellung zu Flüchtlingen verbirgt. Ganz offen ist dort auf Seite 9, Kapitel 3 (5) zu lesen, dass es zwar eine „Verfolgtenhilfe“ geben soll, jedoch „kein Recht auf Asylgewährung“. Das dürfte doch wohl bedeuten, dass man Flüchtlingen zwar mit lebensnotwendigen Dingen hilft, sie dann jedoch möglichst rasch wieder abschiebt. Eine pauschale Kriminalisierung von Einwanderern findet sich etwas weiter unten wo es heißt: „4) Illegalen Einwanderungsströmen und dem Schlepperunwesen sollen durch die Einrichtung einer wirkungsvollen Grenzschutzeinheit begegnet werden. Dies dient auch der Verbrechensvorbeugung, da illegale Einwanderung erfahrungsgemäß auch mit Kriminalitätsimport zusammenhängt.“<sup>199</sup> Dadurch entlarven sich die ‚liberalen Werte‘ der FPÖ von selbst.

Zu den liberalen Eckpunkten zählt die Europapolitik, bei der sich die FPÖ durch eine schwankende Pro - Contra Haltung ausgezeichnet hat. Jörg Haider war Befürworter als auch eifriger Gegner, insbesondere vor der Volksabstimmung zum EU-Beitritt oder bei der Osterweiterung. Auch Strache opponiert populistisch heftig gegen die EU und liegt damit auf einer Linie mit der „Kronen Zeitung“. Belegt wird dies etwa durch einen Artikel im Nachrichtenmagazin „Format“ vom Juni 2009. Unter der Überschrift „Brandstifter H.C. Strache bestimmt EU-Wahlkampf mit Hassparolen“ wird H. C. Strache mit seiner Politik dargestellt. Auszugsweise kann man lesen:

**"Lissabon** - Die Krise, die Angst vor Arbeitslosigkeit und der allgemeine Frust über die Politik spielen der FPÖ in die Hände: Als einzige Partei im ansonsten mauen EU-Wahlkampf liefert sie platte Ansagen und einfache Lösungen. Arbeitslosigkeit? Einfach alle ‚Gastarbeitslosen‘ abschieben und Firmen bestrafen, die keine Arbeitsplätze schaffen. Krise? EU, Spekulanten und Konzerne abstrafen. Kriminalität? Grenzen zusperren. Auf einem nationalistischen ideologischen Fundament hat Strache seine Ansätze in simple Slogans gegossen, die besonders bei den Verlierern der Gesellschaft ziehen – und die werden im Zuge der Wirtschaftskrise täglich mehr. Bei der Arbeiterkammerwahl in Wien verdreifachte die FPÖ ihre Stimmen und wurde laut einer Umfrage bei jenen, die imminenten Jobverlust fürchteten, gar die Nummer eins. Nun, im EU-Wahlkampf, hat sich die FPÖ laut der jüngsten OGM-Umfrage auf 16 Prozent hochgewettert. Das wäre nach dem Tiefststand von 6,3 Prozent bei den letzten Wahlen wieder fast eine Verdreifachung.

<sup>198</sup> Vgl. Heiko Nötstaller, Zur Bedeutung des Liberalismus in der österreichischen Politik am Beginn des dritten Jahrtausends (Dipl.), Wien, 2002, S. 142

<sup>199</sup> FPÖ - Parteiprogramm - 2005, S. 9

**Feind ist Zentralmacht in Brüssel.** Und das, obwohl die FPÖ kaum ein EU-Programm zu bieten hat: Sie ist vor allem dagegen. Strache schwebt ein „Europa der Vaterländer“ vor, das föderalistisch organisiert ist und bei dem die Macht zu den Nationalstaaten zurückkehrt. Er will nicht nur die Außengrenzen dichtmachen – um den ‚Zuwanderungsstopp‘ durchzusetzen –, sondern auch innerhalb der EU die Grenzen wieder schließen. Der große Feind aber ist die ‚Zentralmacht in Brüssel‘. Im Comic ‚Der blaue Planet‘, den die FPÖ diese Woche an 500.000 junge Wähler verschickte, ist Brüssel ein düsterer technokratischer ‚Zentralplanet‘, auf dem Korruption, Sodom und Gomorrha herrschen. Von dort aus machen sich schleimige, Geld fressende Monster mit Zigarre im Mund – vulgo EU-Kommissare – auf, um auf dem blauen Planeten Österreich das Wasser abzupumpen und nach Spanien umzuleiten.

**Vertrag darf nicht kommen.** Länder, die den Lissabon-Vertrag schon unterschrieben haben, versinken im Müll und müssen Halbmonde auf allen Gebäuden installieren. Das Programm hinter der kruden Überzeichnung: die FP-Position gegen den Lissabon-Vertrag und gegen ‚die zentrale EU‘. ‚Der Lissabon-Vertrag darf auf keinen Fall kommen‘, sagt Strache und zieht dabei alle Register: Im Auftrag der FPÖ hat der deutsche Verfassungsrechtler Karl-Albrecht Schachtschneider bereits eine Verfassungsklage ausgearbeitet, mit der der Vertrag aufgehoben werden soll. Die Wahl des Experten ist wenig überraschend – Schachtschneider hat auch die rechtsextreme NPD in Deutschland schon gegen den Reformvertrag beraten. Nach den Wahlen will Spitzenkandidat Andreas Mölzer einen neuen Versuch starten, mit den anderen nationalistischen Parteien im EU-Parlament eine Fraktion zu bilden – ohne Berührungängste Richtung Rechtsaußen. Die Zusammenarbeit mit dem Vlaams Belang und Le Pens Front National ist ausdrücklich geplant. Abgesehen von dieser Renationalisierung und der Ansage ‚Soziale Wärme statt EU für Konzerne‘ ist das EU-Programm dünn – es bietet sich also an, auf simple Reflexe zu setzen, und zwar auf solche, die sehr weit rechts angesiedelt sind. ‚Die Abgrenzung zum Rechtsextremismus ist überhaupt nicht mehr zu sehen‘, sagt die Journalistin Nina Horacek, mit ‚Dancing Stars‘-Siegerin Claudia Reiterer Co-Autorin des Buches ‚HC Strache‘ (Ueberreuter Verlag). ‚Das lässt sich an vielen Beispielen festmachen: etwa am Wiener LandesparteiSekretär Hans-Jörg Jenewein, der auf einer Veranstaltung der klar rechtsextremen AFP auftrat und dann sagte, er gehe da gerne wieder hin.‘<sup>200</sup>

Im FPÖ-Parteiprogramm lesen sich die Überschriften der einzelnen Abschnitte teilweise wie ein Auszug aus einem rein liberalen Programm, etwa „Menschenwürde ist unantastbar“, „Weite Kultur, freie Kunst“ oder „Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei“. Daneben gibt es jedoch Themen, die sich mit liberal kaum vereinbaren lassen, wie „Österreich zuerst“, „Recht auf Heimat“ oder interessanterweise „Christentum, Fundament Europas.“

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Freiheitliche Partei zwar einige liberale Positionen in ihrem Parteiprogramm aufgenommen hat, doch insgesamt gesehen,

---

<sup>200</sup> Martina Madner, Corinna Milborn, Brandstifter H.C. Strache bestimmt EU - Wahlkampf mit Hassparolen in: URL: <http://www.format.at/articles/0922/524/243102/brandstifter-h-c-strache-eu-wahlkampf-hassparolen> (28. 05. 10)

insbesondere in Anbetracht des konkreten Handelns, es sich um eine rechte nationalistische aber nicht liberale Partei handelt.

### 7.2.5 Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)

Wie bereits im Kapitel über die Entwicklung des Liberalismus in Österreich dargelegt, spaltete Haider 2005 das BZÖ von der FPÖ ab und mit seinen Stammwählern in Kärnten gelang ihm der Einzug in den Nationalrat. Auch bei der Landtagswahl 2009, kurz nach seinem Tod, blieb das BZÖ mit 44,89 Prozent die stärkste Partei in Kärnten, während die FPÖ mit 3,76 Prozent schlecht abschnitt. Im Vergleich dazu kam die SPÖ auf 28,74 Prozent, die ÖVP auf 16,83 Prozent und die Grünen auf 5,15 Prozent.<sup>201</sup>

Nachfolger von Jörg Haider als BZÖ-Parteiboss wurde Josef Bucher. Er schlug der Partei einen rechtsliberalen Kurs vor, der sich an den deutschen Freidemokraten orientiert. Dieser wurde zwar angenommen, brachte aber eine Parteispaltung in Kärnten, was die Zukunftschancen des BZÖ stark minderte. Bucher erklärte, dass er in wirtschaftspolitischen Fragen liberal agieren wolle, doch in gesellschaftspolitischen konservativ bleibe.<sup>202</sup> Im Vorwort zu den „*Zehn rechtsliberale Grundsatzpositionen*“ vom 26. Oktober 2009 schrieb Bucher, dass er im Sinne von Haider aus Österreich ein modernes, gerechtes, demokratischeres Land mit einer freien Gesellschaft und selbstbestimmten Bürgern machen wolle.

„Der Weg zu diesem Ziel ist eine rechtsliberale, bürgerliche Politik, die gleichermaßen als reform- wie staatspolitisches und auch gesellschaftspolitisches Konzept in der langen historischen Tradition des bürgerlichen Rechte- und Freiheitskampfes steht. Wir grenzen uns ideologisch und dogmatisch klar von überholten linken Politutopien und ihren aktuellen softsozialistischen Ausläufern in SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen ab, sind weltanschaulich grundwerteorientiert und leistungsorientiert, sachpolitisch reform- und lösungsorientiert und kämpfen für eine freie und solidarische Bürgergesellschaft. Diese Politik ist keine neoliberale, auch keine linksliberale, wie sie das Liberale Forum vertritt, sondern eine neue, auf die Zukunft unserer Staats- und Gesellschaftsordnung insgesamt ausgerichtete rechtsliberale Politik.“<sup>203</sup>

Die zehn Grundsatzpositionen des BZÖ lauten:

1. Die Würde des Menschen ist unantastbar
2. Freiheit braucht Eigenverantwortung und Ordnung
3. Gerechtigkeit statt Gleichmacherei

<sup>201</sup> URL: <http://info.ktn.gv.at/ltwahl2009/> (26. 03. 10)

<sup>202</sup> Vgl. Oliver Pink, Die Angst vor der eigenen Courage in: Die Presse, 13. 10. 09, Nr. 18.540, S. 27

<sup>203</sup> URL: [http://www.bzoe.at/index.php?content=bzoe\\_programm](http://www.bzoe.at/index.php?content=bzoe_programm) (05. 05. 10)

4. Zukunft braucht Heimat
5. Keine Freiheit ohne Eigentum
6. Wohlstand und Fortschritt beruhen auf Leistung
7. Sicherheit ist ein Bürgerrecht
8. Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft
9. Nur Bildung eröffnet Zukunftschancen
10. Nachhaltigkeit für die Generationen von morgen<sup>204</sup>

Wie bereits festgestellt, sind manche dieser Grundsatzpositionen, wie „Freiheit braucht Eigenverantwortung“, „Gerechtigkeit oder Eigentum“ liberale Kernpositionen, doch werden sie teilweise durch Zusätze verändert oder gehen in Richtung der FPÖ-Linie. An erster Stelle wird bei den zehn Grundsatzpositionen die Würde des Menschen genannt. Sie ist für das BZÖ unantastbar und steht im Zentrum der politischen Arbeit. Der Schutz menschlicher Würde bedeutet aber auch die Freiheit des Einzelnen, der selbstbestimmt entscheiden kann, zu garantieren. Unter dem ersten Grundsatz wird aber auch festgehalten, dass ein schlanker Staat, eine weitreichende Staats- und Verwaltungsreform, Effizienz und Sparsamkeit angestrebt wird. Dabei sollen die Leistungsträger und der Mittelstand steuerlich entlastet werden. Angesprochen werden der Ausgleich der Generationen und die Einführung eines Pensionskontos sowie der Ausbau der Bürgerrechte.

Man sieht an der langen Aufzählung, dass schon in der ersten Grundsatzposition nicht nur Programmatisches, sondern auch konkrete Vorhaben hineingepackt wurden. Das Thema Freiheit wird an zweiter Stelle behandelt und erinnert an andere Parteiprogramme. Freiheit bedeutet Selbstbestimmung, aber auch Verantwortung, Freiheit braucht Ordnung und die Stärkung direktdemokratischer Elemente. Überhaupt wird die Freiheit des Menschen als höchstes Gut angesehen. Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt.

Bei „Gerechtigkeit statt Gleichmacherei“ ist das liberale Leistungsprinzip verankert – Arbeit und Leistung müssen sich lohnen. „Wir vom BZÖ wollen daher eine Reorganisation des Sozialstaates hin zu einem wirklich solidarisch getragenen und finanzierbaren Sozialsystem, das soziale Grundrechte wie Arbeit, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Pension definiert und staatliche Basisleistungen dafür garantiert.“ In einem späteren Punkt wird explizit „Wohlstand und Fortschritt beruhen auf Leistung“ angesprochen. In anderen

---

<sup>204</sup> URL: [http://www.bzoe.at/index.php?content=bzoe\\_programm](http://www.bzoe.at/index.php?content=bzoe_programm) (05. 05. 10)



Grundsatzpositionen geht es um Heimat, Familie und Nachhaltigkeit für die Generationen von morgen. Behandelt werden auch Themenkreise wie „Keine Freiheit ohne Eigentum“ oder „Nur Bildung eröffnet Zukunftschancen.“<sup>205</sup>

Welche Zukunftschancen dem BZÖ, das seine Liebe zum Liberalismus – mit Einschränkungen - scheinbar gefunden hat, gegeben werden, wurde bereits unter 4.10 „Verschärfung der Krise des Liberalismus - BZÖ, FPK und LIF“ behandelt.

### 7.2.6 Die Grünen

Die Grünen haben ihr Grundsatzprogramm beim 20. Bundeskongress der Grünen am 7. und 8. Juli 2001 in Linz beschlossen. Es ist übrigens das umfangreichste aller im Nationalrat vertretenen Parteien. Im Vorwort stellt Alexander Van der Bellen fest, zu einer Zeit als noch die blau-schwarze Koalition an der Regierung war, dass „der liberale Rechtsstaat, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Rolle unabhängiger JournalistInnen (...) in einem autoritären Roll-back in Frage gestellt“ werden. Im Programm selbst werden die Grundwerte der Grünen aufgezählt. In der Einleitung heißt es:

„Wir verstehen unsere Grundwerte als Handlungsorientierung, von der wir unsere Politik ableiten. Grundwerte sind für uns keine zu erreichenden Idealzustände, sondern Werthaltungen, die rein ökonomischen Zielen oder so genannten Sachzwängen übergeordnet sind. Sie stehen in Wechselwirkungen zueinander, ergänzen einander und können in ein Spannungsverhältnis zueinander geraten. Sie müssen immer neu artikuliert, verteidigt und mit Leben erfüllt werden. Die Grünen Grundwerte sind: ökologisch, solidarisch, selbstbestimmt, basisdemokratisch, gewaltfrei und feministisch.“<sup>206</sup>

Auffallend ist beim Durchlesen des Programms, wie oft der Ausdruck „neoliberal“ verwendet wird. Man könnte fast sagen, dass im Grundsatzprogramm der Grünen von 2001 prophetisch bereits die jetzige Wirtschaftskrise vorhergesehen wurde.

„Mit in die Krise gerissen wurde das Modell des Wohlfahrtsstaates, den die westlichen Demokratien nach dem 2. Weltkrieg aufgebaut hatten und der auf der Grundlage stetigen Wirtschaftswachstums einen gesamtgesellschaftlichen Ausgleich gesucht hatte. Das neoliberale Modell kapitalistischer Entwicklung, das durch eine Rückkehr zum Wirtschaftsliberalismus vorgibt, einen Weg aus der Krise anzubieten, drängt die Politik des Wohlfahrtsstaates Schritt für Schritt zurück. Seine strategischen Antworten bestehen im Wesentlichen aus Deregulierung, etwa des Arbeitsmarktes, und Freiheit – auch Steuerfreiheit – für die Akteure des Finanzkapitals und die internationalen Konzerne. Der gegenwärtige Globalisierungsprozess ist durch eine hohe Konzentration politischer und ökonomischer Macht gekennzeichnet. Mächtige ‚global players‘, transnationale Institutionen, Kapitalströme

<sup>205</sup> URL: [http://www.bzoe.at/index.php?content=bzoe\\_programm](http://www.bzoe.at/index.php?content=bzoe_programm) (05.05.10)

<sup>206</sup> Grüne – Grundsatzprogramm - 2001, S. 6

und private Rechtssysteme entziehen sich der politischen Regulierung sowie öffentlicher und demokratischer Kontrolle.“<sup>207</sup>

Die Grünen bieten in ihrem Grundsatzprogramm auch eine Lösung an:

„Die Politik muss das Primat über die Ökonomie wieder zurückgewinnen. Es geht darum, die Fähigkeit zu einer sozialen und ökologischen Regulierung zurückzuerobieren. Verteilungsfragen dürfen nicht dem globalen Markt überlassen werden, sondern müssen politisch gelöst werden. Die Krise der wirtschaftlichen Organisation der westlichen Industriegesellschaften ist somit zutiefst auch eine Krise der Politik und der Demokratie.“<sup>208</sup>

Ursache für die Krise war und ist für die Grünen der Neoliberalismus, der die Gesetze des Marktes als höchstes Gut sieht und soziale Einschränkungen hasst. Reiner Liberalismus oder als Wirtschaftsliberalismus getarnte Ideen werden mehr oder weniger aber auch von den anderen Parteien abgelehnt.

Anfangs wird im Grundsatzprogramm der Gesellschaftspolitik viel Raum eingeräumt. In den „Politischen Perspektiven“ geht es um die Lebensqualität, deren Voraussetzung Sicherheit, intakte Umwelt, Grundversorgung und Infrastruktur, Freiräume, Zeit und Mitgestaltung sind. Im Anschluss kommen die Kapitel „Umwelt und Wirtschaft“, „Arbeit und Existenzsicherung“, „Offene und solidarische Gesellschaft“, „Demokratie und Mitbestimmung“ sowie „Österreich im internationalen Gefüge.“

Die Grünen orientieren sich an den Werten der Moderne wie Toleranz, Freiheit der Einzelnen und ebenso an den unterschiedlichen Lebensmodellen der Einzelnen und knüpfen an sozialistische Utopien von Gerechtigkeit und Solidarität an. Neu ist, dass sie die Verbindung Kapital und Arbeit zu Natur hergestellt haben. Sie haben erkannt, dass irgendwann die Ressourcen auf der Erde zu Ende gehen und haben damit zu einem Umdenken geführt. Mantl sieht bei den Grünen eine im ökonomischen und ökologischen Bereich vorhandene Distanz zum Wirtschaftsliberalismus, wobei diese größer ist als bei den Sozialdemokraten. Die Skepsis gegenüber Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt kann als Widerspruch zu liberalen Ideen gesehen werden.<sup>209</sup>

„Grundlegend ist auch die der liberalen Grundannahme geradewegs widersprechende Skepsis gegenüber Fortschritt und Wachstum durch Naturwissenschaft, Technik und Medizin. Der ‚*Naturalismus*‘ mancher ihrer Mitglieder und Gruppierungen an der Basis weist durchaus

<sup>207</sup> Grüne – Grundsatzprogramm - 2001, S. 11

<sup>208</sup> Grüne – Grundsatzprogramm - 2001, S. 11f.

<sup>209</sup> Vgl. Heiko Nötstaller, Zur Bedeutung des Liberalismus in der österreichischen Politik am Beginn des dritten Jahrtausends (Dipl.), Wien, 2002, S. 143 f.

konservative Züge auf, erinnert deutlich an die Literatur der deutschen Romantik. Andererseits stammen Herrschaftsskepsis, Betonung und Notwendigkeit von Kontrolle, Emanzipationskonzepte für Frauen, Minderheiten etc., Akzentuierung der künstlerischen Freiheit bis zur Schrankenlosigkeit auch aus dem liberalen Repertoire. Das ganze lässt sich in seiner spezifischen Mischung als ‚*linksliberal*‘ bezeichnen und hat in diesen Fragen weite Konvergenzbereiche mit sozialistischen Optionen. Bei einer allfälligen Koalition würden diese Gemeinsamkeiten wohl in symbolischen Akten betont werden, unter Zurückstellung der ökonomischen und ökologischen Divergenzen durch Nichthandeln auf diesen Politikfeldern.“<sup>210</sup> Die Partei hat sich in den letzten Jahren in Richtung Linksliberalismus geöffnet. Sie waren es, die unter anderem, welche die Gleichstellung von homosexuellen Paaren forderten und Großteils durchsetzen konnten. Sie treten aber auch für eine Legalisierung bzw. Entkriminalisierung leichter Drogen ein. Dies wird nicht nur von konservativen Kreisen kritisiert, ebenso wie die radikaldemokratischen Ansätze die sie vertreten, oder dirigistische Eingriffe in die Marktwirtschaft.

Ziel der Grünen ist es eine andere, eine alternative Gesellschaft zu schaffen. Eine Gesellschaft, in der die Würde jedes Menschen, ohne Differenzierung, respektiert wird. Eine Gesellschaft, in der die Menschen selbstbestimmt sind und wo gegen ökonomische Fremdbestimmtheit, Sexismus, Fundamentalismus welcher Richtung auch immer, Rechtspopulismus oder Rassismus entgegen getreten wird. Individuelle Freiheit und solidarische Verantwortung sind dabei gefragt.

In der Flüchtlingspolitik haben bedrohte und verfolgte Menschen ein Recht auf Asyl, womit sich die Grünen vom Parteiprogramm der FPÖ auch in diesem Punkt deutlich unterscheiden. Sie gehen noch darüber hinaus und fordern, dass auch für AsylwerberInnen die Grund- und Freiheitsrechte ebenso wie für die einheimische Bevölkerung gelten sollen.

In der Europapolitik befürworten die Grünen einerseits ein stärkeres außenpolitisches Profil der Europäischen Union, andererseits betonen sie die Neutralität, wobei sich beides schwer verbinden lässt. Die Grünen treten gleichfalls für eine Stärkung der Durchsetzungsmöglichkeiten des Völkerrechts und der Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates und der UN-Generalversammlung ein. Ein intensiveres Zusammenwirken zwischen Staaten

---

<sup>210</sup> Wolfgang Mantl, Liberalismus und Antiliberalismus in Österreich. Eine Spurensuche in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.) Liberalismus - Interpretationen und Perspektiven, Böhlau Verlag GmbH, Wien, 1996, S. 43

und anderen Akteuren – wie der Zivilgesellschaft, NGOs, Wirtschaftsunternehmen etc. – ist erforderlich, um die Globalisierung in verantwortlicher Weise zu steuern. Zur Einstellung der Grünen zur EU schreibt Nötstaller: „Zwar stehen sie der Gemeinschaft nicht vorbehaltlos gegenüber, jedoch fußt die Kritik auf seriösen Argumenten. Die Grünen anerkennen die Gemeinschaft als Gestaltungsinstrument eines zukünftigen friedlichen und harmonischen Europas (...). Die grüne Kritik zielt auf die mangelnde Sattelfestigkeit der EU in demokratischen Belangen ab, insbesondere auf die Praxis der Gesetzgebung unter Ausschluss der Öffentlichkeit.“<sup>211</sup> Dieser Kritikpunkt konnte durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon zumindest teilweise entschärft werden.

---

<sup>211</sup> Heiko Nötstaller, *Zur Bedeutung des Liberalismus in der österreichischen Politik am Beginn des dritten Jahrtausends* (Dipl.), Wien, 2002, S. 145f.

## 8 Liberalismus in der EU

Libérale Werte haben im österreichischen Recht durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein neues Gewicht bekommen. In Artikel 6 der konsolidierten Fassung des Vertrags über die Europäische Union ist festgelegt, welche Verträge nunmehr auch für Österreich gelten:

„(1) Die Union erkennt die Rechte, Freiheiten und Grundsätze an, die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 7. Dezember 2000 in der am 12. Dezember 2007 in Straßburg angepassten Fassung niedergelegt sind: die Charta der Grundrechte und die Verträge sind rechtlich gleichrangig.

Durch die Bestimmungen der Charta werden die in den Verträgen festgelegten Zuständigkeiten der Union in keiner Weise erweitert.

Die in der Charta niedergelegten Rechte, Freiheiten und Grundsätze werden gemäß den allgemeinen Bestimmungen des Titels VII der Charta, der ihre Auslegungen und Anwendungen regelt, und unter gebührender Berücksichtigung der in der Charta angeführten Erläuterungen, in denen die Quellen dieser Bestimmungen angegeben sind, ausgelegt.

(2) Die Union tritt der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei. Dieser Beitritt ändert nicht die in den Verträgen festgelegten Zuständigkeiten der Union.

(3) Die Grundrechte, wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ergeben, sind als allgemeine Grundsätze Teil des Unionsrechts.“<sup>212</sup>

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union wurde auch von Österreich ratifiziert. Sie stellt eine Zusammenfassung der gemeinsamen Werte der Mitgliedstaaten der EU dar, und in ihr sind zum ersten Mal die klassischen Bürgerrechte und politische sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Rechte vereint. Ihr Ziel ist in der Präambel definiert: „In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

---

<sup>212</sup> Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (2008/C 115/01), 9.5. 2008, C 115/19

Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.<sup>213</sup>

Im Vertrag von Lissabon wurde der Charta durch die neu aufgenommene Bestimmung, dass sie den gleichen Wert wie die Verträge besitzt (ist aber nicht Teil des Vertrages von Lissabon), Rechtsverbindlichkeit verliehen. Zu diesem Zweck ist die Charta im Dezember 2007 ein zweites Mal proklamiert worden.

Die Charta umfasst eine einleitende Präambel und 54 Artikel in 7 Kapiteln:

Kapitel I: **Würde** (Würde des Menschen; Recht auf Leben; Recht auf Unversehrtheit; Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung; Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit);

Kapitel II: **Freiheiten** (Recht auf Freiheit und Sicherheit; Achtung des Privat- und Familienlebens; Schutz personenbezogener Daten; Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen; Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit; Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit; Freiheit von Kunst und Wissenschaft; Recht auf Bildung; Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten; unternehmerische Freiheit; Eigentumsrecht; Asylrecht; Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung);

Kapitel III: **Gleichheit** (Gleichheit vor dem Gesetz; Nichtdiskriminierung; Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprache; Gleichheit von Männern und Frauen; Recht des Kindes; Rechte älterer Menschen; Integration von Menschen mit Behinderung);

Kapitel IV: **Solidarität** (Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Unternehmen; Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen; Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst; Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung; gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen; Verbot der Kinderarbeit und Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz; Familien- und Berufsleben; soziale Sicherheit und soziale Unterstützung; Gesundheitsschutz; Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse; Umweltschutz; Verbraucherschutz);

Kapitel V: **Bürgerrechte** (aktives und passives Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament; aktives und passives Wahlrecht bei den Kommunalwahlen; Recht auf eine gute Verwaltung; Recht auf Zugang zu Dokumenten; der Europäische

---

<sup>213</sup> Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (2008/C 115/01), 9.5. 2008, C 115/15

Bürgerbeauftragte; Petitionsrecht; Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit; diplomatischer und konsularischer Schutz);

Kapitel VI: **Justizielle Rechte** (Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht; Unschuldsvermutung und Verteidigungsrechte; Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen; Recht, wegen derselben Straftat nicht zweimal strafrechtlich verfolgt oder bestraft zu werden);

Kapitel VII: **Allgemeine Bestimmungen** (Anwendungsbereich; Tragweite und Auslegung der Rechte und Grundsätze; Schutzniveau; Verbot des Missbrauchs der Rechte).

In den Allgemeinen Bestimmungen wird auf das Verhältnis zwischen der Charta und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) hingewiesen und der Anwendungsbereich der Charta bestimmt. Die Charta gilt für die Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der Union unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Die Grundsätze der Charta sind auch auf die Mitgliedstaaten (die Zentral- sowie die Regional- und Lokalbehörden) anwendbar, wenn diese das Gemeinschaftsrecht umsetzen und die Mitgliedstaaten sind im Rahmen des Gemeinschaftsrechts zur Einhaltung und Förderung der Grundrechte verpflichtet.<sup>214</sup>

### **Liberalen Parteien in Europa**

Es gibt eine europäische Liberal - Demokratische Reformpartei (ELDR). Sie existiert seit 1993 und ihr gehören 45 liberale Parteien an, davon 27 aus EU - Mitgliedsstaaten, 3 aus Beitrittsländern und 15 aus Südosteuropa. Ein Drittel dieser Parteien stellen Minister in nationalen Regierungen. Es gibt auch eine Jugendorganisation, die European Liberal Youth (LYMEC), die weltweit 150.000 Mitglieder hat. Die Allianz der ELDR umfasst mehr als 20 Millionen Bürger.<sup>215</sup> Aus Österreich ist das „Liberalen Forum“ als Mitglied vertreten.<sup>216</sup>

<sup>214</sup> Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“, 2007/C 303/1 vom 14. 12. 07

<sup>215</sup> URL: <http://www.liberalismus-portal.de/liberale-parteien.htm> (22. 03. 10)

<sup>216</sup> URL: <http://eldr.eu/members> (24. 03. 10)

## **9 Momentaufnahme des jetzigen Zustandes der Liberalen in Österreich**

Die liberale Gesinnung der Österreicher war Gegenstand einer von der Republik Österreich geförderten IMAS-Umfrage, welche im September 2009 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien in der „Sozialwissenschaftlichen Schriftenreihe“ von Erich Reiter veröffentlicht wurde. Diese Umfrage gibt den derzeitigen Zustand des Liberalismus in Österreich deutlich wieder und lassen die Krise des Liberalismus klar erkennen. Befragt wurden 1.010 Personen, wodurch sich ein repräsentativer Querschnitt durch die österreichische Bevölkerung ergibt. Die Bedeutung des Liberalismus zeigt sich gleich zu Beginn bei der Selbsteinschätzung: nur 8 Prozent sehen sich als Liberale.

Vor allem jüngere Menschen, sowie Maturanten und Akademiker tendieren in die liberale Richtung. ÖVP- aber auch SPÖ-Sympathisanten sind weniger bereit sich als Liberale auszugeben als FPÖ- und BZÖ-Wähler sowie die Grünen.

Liberale verstehen sich – mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung - als weltoffen, überzeugte Demokraten, politisch interessiert, multikulturell gesinnt, aber auch bürgerlich mit Sinn für Kunst und Schönheit. Auch bei der Europagesinnung stehen die Liberalen vorne.

Interessant ist die Frage, welche Vorstellung die Österreicherinnen und Österreicher vom Liberalismus haben. Bei der jungen Generation sowie bei Personen mit Volks- oder Hauptschulbildung waren es 39 Prozent, die nicht einmal eine Deutung des Begriffes Liberalismus wagten. Im Gegensatz dazu gaben 83 Prozent mit Matura und/oder Universitätsabschluss Auskunft dazu.



Liberaler bezeichnen sich relativ häufiger als die Bevölkerung allgemein als

Bürgerliche	um	96 % mehr
Weltoffene	um	53 % mehr
Überzeugte Demokraten	um	105 % mehr
Politisch Interessierte	um	79 % mehr
Menschen mit Kunst- und Schönheitssinn	um	95 % mehr
Menschen mit multikultureller Gesinnung	um	146 % mehr
Umweltbewusste	um	46 % mehr
Europagesinnte	um	112 % mehr
Leute, die sich jung u. unternehmungslustig fühlen	um	53 % mehr
Berufsorientierte	um	50 % mehr
Stadtmenschen	um	39 % mehr
Sozial Engagierte	um	61 % mehr
Fortschrittliche, Moderne	um	29 % mehr
Mittelschicht	um	25 % mehr

(Absolute Zahlen)

Abb. 10

(Erich Reiter, Liberale Gesinnung in Österreich – Auswertung einer IMAS – Umfrage, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe Studien, Wien, 2009, S. 6 )

Den Befragten wurde eine Liste mit 14 Punkten vorgelegt, aus welcher sie jene nennen sollten, die auf den Liberalismus zutreffen. Von den meisten wurde die „Verteidigung der Freiheit als höchster Wert“ genannt. Anders die befragten Liberalen, sie kreuzten den Punkt „Fortschrittlichkeit, moderne Auffassungen“ am häufigsten an (54 Prozent), gefolgt von „Kampf um Menschenrechte und Religionsfreiheit“ (49 Prozent) und erst dann kam „Verteidigung der Freiheit als höchster Wert“ (45 Prozent). Der Punkt „Befürwortung von Kapitalismus und Gewinnstreben in der Wirtschaft“ liegt sowohl bei den Liberalen wie auch bei der übrigen Bevölkerung nahezu einhellig an 13. Stelle.

Da das „Eintreten für die Rechte von Randgruppen“ nur im Mittelfeld liegt und die „Befürwortung der antiautoritären Erziehung“ erst an 12. Stelle steht, schließt Reiter daraus: „So gesehen ist das Liberalismusverständnis kein ‚linksliberales‘.“<sup>217</sup>

<sup>217</sup> Erich Reiter, Liberale Gesinnung in Österreich – Auswertung einer IMAS – Umfrage, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe Studien, Wien, 2009, S. 10

Sympathisanten von	Liberaler Gesinnung spricht		
	für ihn	gegen ihn	ergibt
SPÖ	40 %	8 %	+ 32 %
ÖVP	38 %	6 %	+ 32 %
FPÖ/BZÖ	45 %	11 %	+ 34 %
GRÜNE	59 %	5 %	+ 54 %

Abb. 11

(Erich Reiter, *Liberaler Gesinnung in Österreich – Auswertung einer IMAS – Umfrage*, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe Studien, Wien, 2009, S. 11)

Sympathien für liberale Ideen findet man am meisten bei den Anhängern der Grünen. Was nicht verwundert, da Grüne und Liberale direkte Konkurrenten sind und viele Ähnlichkeiten im jeweiligen Programm haben. Nach den Grünen können sich noch die Gefolgsleute von FPÖ und BZÖ für eine liberale Gesinnung erwärmen, wobei es schade ist, dass man bei der Befragung keinen Unterschied zwischen FPÖ und BZÖ machte. Nach der SPÖ kommen erst die Sympathisanten von ÖVP, doch wenn man neben der Akzeptanz auch die ablehnenden Stimmen mit einbezieht, dann erkennt man, dass die Unterschiede der SPÖ-, ÖVP- aber auch der FPÖ/BZÖ-Anhänger sehr gering sind.

Wie wenig jedoch die Bevölkerung mit dem Begriff „liberal“ anfangen kann, illustriert die Beantwortung der Frage „Wenn Sie einmal an unsere Parteien denken, also SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ und GRÜNE: Welche dieser Parteien vertritt ihrem Gefühl nach am ehesten liberale Anschauungen?“ 15 Prozent der Bevölkerung nennen die Grünen, 13 Prozent die FPÖ (!) und die SPÖ, 11 Prozent die ÖVP und nur 8 Prozent das BZÖ. Mehr als die Hälfte weiß jedoch nicht was er ankreuzen soll oder meint keine dieser Parteien (insgesamt 51 Prozent – wobei offenbar Mehrfachnennungen möglich waren, da die Summe mehr als 100 Prozent ergibt). Auch hier zeigt sich ein eklatanter Mangel an Wissen über den Liberalismus sowie über den Inhalt der Parteiprogramme der einzelnen Parteien.

„Nicht viel anders verhält es sich mit der Gegenfrage, bei welchen Parteien am wenigsten liberale Ansichten zu finden sind. In diesem Fall bekannten sogar 47% ihre

Unkenntnis der Situation. Die konkreten Nennungen markierten (mit 19%) am ehesten die FPÖ als antiliberal. Am wenigsten verwiesen wurde (von lediglich 9%) auf die Grünen.<sup>218</sup>

Die oben angeführte Erhebung beweist mit erschreckender Deutlichkeit, dass liberale Gesinnung, für die etwa 1848 noch Menschen gestorben sind, heute nur mehr eine untergeordnete Bedeutung hat. Ein Beweis dafür ist etwa die mangelnde Bereitschaft das Wahlrecht auch wirklich auszuüben. Ein deutlicher Hinweis auf die derzeitige Krise des Liberalismus in Österreich, wobei dies aber eher eine Krise einer liberalen Partei ist, da liberale Werte in allen Parteiprogrammen zu finden sind.

---

<sup>218</sup> Erich Reiter, *Liberale Gesinnung in Österreich – Auswertung einer IMAS – Umfrage*, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe Studien, Wien, 2009, S. 13

## 10 Zum Zustand des Liberalismus in Österreich

### 10.1 Liberalismus in der österreichischen Verfassung

Neben dem Wahlrecht war die Verfassung eine der größten Errungenschaften des Liberalismus. Wenn man den Zustand, die Bedeutung des Liberalismus behandelt, dann muss man zuerst bei der Bundesverfassung beginnen.

Artikel 1 der österreichischen Bundesverfassung lautet: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Mit diesem demokratischen Prinzip (siehe auch unten) wird normiert, dass das Volk herrscht und der Gesetzgeber ist. In der Bundesverfassung selbst sind die Freiheitsrechte (z.B. Meinungsfreiheit, persönliche Freiheit usw.), die wir dem Liberalismus verdanken, verankert. Daraus ergibt sich, dass die österreichische Verfassung ein Dokument des Liberalismus ist.

Aus der Blütezeit des Liberalismus, stammt das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867 (StGG), sowie das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) aus 1920 mit seinen Novellen (1925, 1929 usw.). Zu den wichtigsten liberal beeinflussten Verfassungsgesetzen zählt auch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Nach Merkl ist der liberale Staat ein „Staat, der inhaltlich und formell in Schranken gewiesen ist, die ihn zum reinen Garanten der Einzelinteressen seiner Bürger machen und darüber hinaus alle erdenklichen rechtlichen Sicherungen, dass diese Schranken nicht überschritten werden.“<sup>219</sup>

Die österreichische Bundesverfassung sieht im Sinne liberaler Forderungen einen Stufenbau der Rechtsordnung vor. Demnach muss jeder Rechtsakt (Gesetz, Verordnung, Bescheid, Urteil etc.) auf eine übergeordnete Norm zurückgeführt werden können und damit überprüfbar sein. Überdies gibt es eine Reihe von Grundprinzipien der Verfassung („Baugesetze“), die nur mit einer Volksabstimmung abgeändert werden können. Die einzige bisherige Gesamtänderung erfolgte durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.

---

<sup>219</sup> Adolf Merkl, Die Baugesetze der österreichischen Bundesverfassung, hier zum liberalen (freiheitlichen) Baugesetz, in: Hans R. Klecatsky (Hrsg.): Die Republik Österreich - Gestalt und Funktion ihrer Verfassung, Wien 1968, S. 96

Die Grundprinzipien der Verfassung sind:

### **Das demokratische Prinzip**

In Art. 1 B-VG ist festgehalten: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Die demokratischen Elemente in der österreichischen Verfassung sind:

Wahlrecht  
Gewählte Gesetzgebungsorgane  
Volksabstimmung, Volksbegehren, Volksbefragung  
Die verfassungsrechtlich garantierte Gründung politischer Parteien

### **Das republikanische Prinzip**

Dieses Prinzip besagt, dass Österreich die Staatsform einer Republik gewählt hat mit einem Bundespräsidenten an der Spitze, dessen Amtszeit begrenzt ist und der einer rechtlichen sowie politischen Verantwortlichkeit unterliegt.

### **Das bundesstaatliche Prinzip**

Art. 2 B-VG: „Österreich ist ein Bundesstaat.“ Die Gesetzgebung sowie die Vollziehung sind zwischen Bund und Bundesländer aufgeteilt (Kompetenzartikel).

### **Das Prinzip der Gewaltentrennung**

Art. 94 B-VG: „Die Justiz ist von der Verwaltung in allen Instanzen getrennt.“

### **Das rechtsstaatliche Prinzip**

Art. 18 Abs. 1 B-VG: „Die gesamte staatliche Verwaltung darf nur aufgrund der Gesetze ausgeübt werden.“ (Legalitätsprinzip).

### **Das liberale Prinzip**

Dieses Prinzip wird durch die Grund- und Freiheitsrechte umgesetzt.

In der Bundesverfassung von 1920 mit ihren Novellen (einschließlich des Staatsgrundgesetzes 1867) sind zahlreiche liberale Prinzipien verwirklicht. Ich möchte einige, die mir besonders wichtig erscheinen, beispielsweise anführen:

- Gleichheit vor dem Gesetz
- Schutz der persönlichen Freiheit
- Recht auf Leben
- Vereins- und Versammlungsfreiheit
- Glaubens- und Gewissensfreiheit
- Freiheit der Wissenschaft und der Kunst
- Unverletzlichkeit des Eigentums
- Freiheit der Erwerbstätigkeit<sup>220</sup>
- Freies Mandat der Mitglieder des National- und Bundesrates
- Pressefreiheit
- Niederlassungsfreiheit
- Unabhängigkeit der Richter
- Trennung Justiz und Verwaltung

## 10.2 Krise der Liberalen in Österreich

Ehe man von der Krise des Liberalismus spricht, ist es notwendig die Verdienste des Liberalismus zu betonen. „Die lange Geschichte des Liberalismus in Österreich - 'der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder' - umfasst viele ruhmreiche und auch manche weniger erfreuliche Kapitel; unbestritten ist jedoch, dass der Liberalismus die politische, soziale und wirtschaftliche, die Geistes- und Kulturgeschichte vielfach prägend beeinflusst hat. Das sogenannte liberale Zeitalter begann, als es einen politisch festgefügten Liberalismus noch gar nicht gab, und setzte sich noch fort, als es den politischen Liberalismus - als herrschende politische Kraft - schon lange nicht mehr gab.“<sup>221</sup>

1848, 1867, 1873 waren die Höhepunkte der liberalen Bewegung in Österreich. Um 1890 begannen die Liberalen und ihre Parteien an Einfluss zu verlieren, weil einerseits das Volk mit neuen Ideologien konfrontiert wurde und sich andererseits durch die Ausweitung

<sup>220</sup> Vgl. Heiko Nötstaller, Zur Bedeutung des Liberalismus in der österreichischen Politik am Beginn des dritten Jahrtausends (Dipl.), Wien, 2002, S. 124ff.

<sup>221</sup> Leopold Kammerhofer, Organisationsformen und Führungsschichten in: Leopold Kammerhofer (Hrsg.), Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien 1873 - 1879 - Herrschaftsfundierung und Organisationsformen des politischen Liberalismus, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1992, S. 23

des Wahlrechts Bevölkerungsschichten artikulieren konnten, die früher keine Möglichkeit dazu hatten.<sup>222</sup>

Die industrielle Gesellschaft mit ihren Modernisierungen wurde vom Liberalismus begünstigt, brachte aber auch eine Vielzahl von sozialen Problemen, in deren Folge wiederum das soziale System eingerichtet wurde. Eine ganz große Krise des Liberalismus, mit ihrem Höhepunkt im Jahr 1929, brachte die Weltwirtschaftskrise nach dem 1. Weltkrieg mit sich. Die kapitalistische Gesellschaft wurde erschüttert und der Staat wurde immer mehr zum wirtschaftlichen Macht- und Kontrollorgan. Gleichzeitig wurde die freie Marktwirtschaft durch Korporationen und Bürokratie eingeschränkt.<sup>223</sup>

Parallelen lassen sich zur derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise finden. Auch hier hat ein überbordender Neoliberalismus zu einer weltweiten Krise geführt, die wiederum das Vertrauen in liberale Grundsätze erschütterte.

---

<sup>222</sup> Vgl. Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978, S. 9ff.

<sup>223</sup> Vgl. S.N. Eisenstadt, Europäische Tradition und die Krise des europäischen Liberalismus in: Rudolf von Thadden (Hrsg.), Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1978, S. 10f.

## 11 Folgerungen und Ausblick

### 11.1 Folgerungen

Steckt der Liberalismus in Österreich in einer Krise? Nach Pulzer ist der Liberalismus in Österreich überhaupt gescheitert,<sup>224</sup> nicht nur als eine eigene politische liberale Partei. Gründe dafür gibt es meiner Ansicht nach viele:

Beginnen möchte ich mit dem Liberalen Forum, denn diese Partei verkörperte für die Öffentlichkeit den Liberalismus par excellence. Seine anfänglich beachtlichen Erfolge hatte er aus der starken politischen Persönlichkeit von Heide Schmidt bezogen, die den Vorteil hatte in den Massenmedien schon präsent und populär gewesen zu sein. Für die Wählerinnen und Wähler stellte das LIF etwas Neues, Unverbrauchtes dar und schien ein vielversprechendes Projekt zu sein. Mit der Zeit jedoch ging der Reiz des Neuen verloren und die Öffentlichkeit konnte mit den gesellschaftsliberalen Zielen nicht viel anfangen. Vielleicht hätten mehr wirtschaftsliberale Positionen auch mehr Erfolg gebracht, doch so stimmten politisches Angebot und Nachfrage nicht überein. Die Partei litt, da sie von oben aus aufgebaut wurde, an der mangelnden Basis in den Bundesländern, den fehlenden Parteistrukturen und an internen Querelen und publikumswirksamen Austritten. Überdies gelang es dem LIF nicht eine Nutzenperspektive für Interessentinnen und Interessenten aufzubauen. Dazu kamen noch Organisationsprobleme, die man auch mit Statuten nicht beheben konnte sowie eine unzureichende finanzielle Ausstattung. Aus diesem Grund musste viel improvisiert werden, besonders bei der Kandidaten- und Mitarbeiterwahl.<sup>225</sup> Dabei darf auch nicht auf die Konkurrenz durch eine andere Partei vergessen werden – die Grünen. Mit ihren liberalen Positionen im Parteiprogramm, wie bereits beschrieben wurde, haben sie doch zahlreiche Wählerinnen und Wähler zumindest vorübergehend an sich binden können. Es misslang noch in besseren Zeiten einen Nachfolgepool für Heide Schmidt aufzubauen, wo sich präsumtive Nachfolger hätten profilieren können. Überdies war das Verhältnis der Bundespartei mit den Landesparteien auch nicht gerade friktionsfrei.

Ein wesentlicher Grund dafür, dass eine eigene liberale Partei nur geringe Chancen in Österreich hat, sind die anderen Parteien, welche mehr oder weniger liberale Werte in ihren Parteiprogrammen vertreten. Liberalismus – in einer allerdings verwässerten Form – ist damit

---

<sup>224</sup> Peter Pulzer, Österreichischer Liberalismus oder Liberalismus aus Österreich in: Emil Brix, Wolfgang Mantl (Hrsg.), Liberalismus – Interpretationen und Perspektiven, Böhlau Verlag, Wien, 1996, S. 52

<sup>225</sup> Vgl. Alfred Gerstl, Der verspätete Liberalismus in Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und "liberale" Ursachen in: Erich Reiter, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des internationalen Institutes für liberale Politik in Wien, Heft 17, Internationales Institut Liberale Politik, Wien, 2006, S. 32



zu einem Allgemeingut geworden. Die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger können nunmehr wählen, wollen sie mehr die kulturliberale Richtung, dann tendieren sie zur SPÖ, wollen sie mehr wirtschaftsliberale Positionen steht ihnen die ÖVP offen. Begeistern sie eher linksliberale Ansichten, dann gehen sie zu den Grünen, oder wollen sie es eher rechtsliberal, dann werden sie sich an das BZÖ wenden und weniger liberal, dafür mehr national an die FPÖ.

Der Liberalismus generell geriet in den letzten Jahren auch durch einen immer härter durchgepeitschten Neoliberalismus in der Öffentlichkeit, die um ihre sozialen Errungenschaften fürchtete, in Verruf. Zuletzt kamen dann noch die Wirtschafts- und Finanzkrisen, die man einem hemmungslosen Neoliberalismus anlastete. Für besonders gravierend erachte ich die Gegnerschaft insbesondere der katholischen Kirche, die sich die Liberalen schon alleine durch ihre Forderungen nach Trennung von Kirche und Staat oder nach Aufhebung des Konkordates zuzogen. Schließlich befindet sich die Kirche seit über 150 Jahren in einem Abwehrkampf gegen den rein vernunftbetonten ‚gottlosen‘ Liberalismus. Auch andere gesellschaftsliberale Positionen, wie Sterbehilfe oder die Ehe Homosexueller waren nicht dazu angetan, die Kirche für liberale Positionen einzunehmen. Österreich mit seiner kirchlichen Tradition auf der politischen Ebene war, und ist meiner Ansicht nach noch immer stark von kirchlichem Einfluss geprägt, auch wenn dieser zusehends abnimmt. Es mag ein Erfolg einer liberaleren Einstellung sein, dass immerhin über die Missstände in der Institution Amtskirche, wie sie derzeit aufgedeckt werden, berichtet werden konnte.

## 11.2 Ausblick

Eine eigene liberale Partei in Österreich hat, schon auf Grund der oben angeführten Gründe als auch der zitierten Umfrage über den Liberalismus in Österreich (Erich Reiter), tatsächlich nur geringe Chancen eine Mehrheit zu erhalten. Das Wählerpotential könnte aber vielleicht ausreichen, um eine Partei entstehen zu lassen, die bei Koalitionen die entscheidenden Mandate für eine Mehrheit verschaffen kann. Stadler sieht das ähnlich: *„Wenn es in Zukunft eine Art Wiedergeburt des Liberalen Forums geben soll, das mit vier bis sieben, vielleicht sogar zehn Prozent der Wählerstimmen zu einem Zünglein an der Waage im politischen Spektrum wird, dann bedarf es dazu in aller erster Linie einer tragenden*

*Persönlichkeit.* <sup>226</sup> Allerdings deckt bei den Wählerinnen und Wählern den liberalen Bereich weitgehend die Partei der „Grünen“ als direkte Konkurrenz ab.

Am 3. Jänner 1959 schrieb Heinz Brantl, der geistige Vater der sozialliberalen Zeitschrift „Heute“, am Beginn des damaligen Wahljahres: „Der wesentliche Teil des Liberalismus sowohl an Wählern als an Ideen ist unwiederbringlich in den beiden großen Parteien, in ÖVP und SPÖ aufgegangen.“ Dieser Satz charakterisiert sehr treffend die lange Zeit vorherrschende Auffassung, dass angesichts der oben skizzierten Entwicklung die Chancen einer (*nur*) liberalen Partei gering seien, dass sie außer der Kanalisierung der jeweiligen Protestwähler gegen das Parteiensystem überhaupt zu wenig unterscheidende Substanz gewinnen könne, da die traditionellen österreichischen Parteien – freilich mit verschiedener inhaltlicher Akzentuierung – eben doch alle so etwas wie (*auch*) liberale Parteien seien.<sup>227</sup> Die Wahlergebnisse, insbesondere für das „Liberale Forum“, haben diese Feststellung bestätigt.

Erhard Busek betont im Interview, dass sich der Liberalismus selbst positionieren muss. *„Es gibt in dem Sinn keinen liberalen Kern. Das ist das Problem der Liberalen. Wenn Sie überlegen, zu wem gehen Sie hin, wenn sie über Liberalismus reden wollen? Sie gehen zu einer Menge Leute mit den unterschiedlichsten Positionen. Das ist an sich schon liberal, doch alle Werte, die mit Liberalismus zusammen hängen, sollten doch definitorisch etwas klarer sein.“*<sup>228</sup>

Der Liberalismus steht vor neuen Herausforderungen. Im Gespräch erläutert Ronald Pohoryles, welche das sind: *„Erstens ist durch Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, was jene Besonderheiten sind, die österreichische Liberale auszeichnen. (...) Themen zum Beispiel sind eine vernünftige Energiepolitik, die nicht auf Angst basiert, sondern auf Innovation und Fortschritt. Ein anderes Thema ist es beispielsweise, ohne Populismus, die Problematik des Datenschutzes in einem vernünftigen Rahmen aufzugreifen. Es gibt den berühmten Satz von Benjamin Franklin, der gesagt hat: ‚Wer Sicherheit und Gleichheit gegen einander aufwiegt, verdient beides nicht‘ und das ist etwas sehr Wichtiges, was für den Liberalismus sehr konstitutiv ist. Wirtschaftspolitisch gibt es natürlich verschiedene Strömungen im Liberalismus, von Hayek und Keynes, wobei Keynes selber aktiver Liberaler war in England.*

<sup>226</sup> Interview Wilfried Stadler (11. 02. 10)

<sup>227</sup> Vgl. Wolfgang Mantl, Liberalismus und Antiliberalismus in Österreich. Eine Spurensuche in: Emil Brix und Wolfgang Mantl (Hrsg.), Liberalismus – Interpretationen und Perspektiven, Böhlau Verlag, Wien, 1996, S. 43

<sup>228</sup> Interview Erhard Busek (22. 03. 10)

*Er wurde im Neokeynesianismus zum Teil völlig missbraucht. Keynes hat die Makroökonomie erfunden und hat die Prinzipien des ‚deficit spendings‘ auch sehr deutlich gemacht. Er hat allerdings einen Satz, der in Österreich immer vergessen wird, dazu gesagt: ‚Im Aufschwung muss das Defizit wieder ausgeglichen werden.‘ Das ist etwas, was glaube ich, ein sehr deutlicher Gegensatz zu Konservativen aber auch zu Sozialdemokraten ist. Wir können nicht immer nur mit ‚deficit spending‘ leben, sondern wir müssen schauen im Aufschwung den Haushalt in Ordnung zu bringen. Was in den frühen 70er Jahren Österreich die Krise erspart hat, war eine konsequente keynesianische Politik. Was die nächste Krise ausgelöst hat, war 77/78, wo ein klarer Aufschwung zu erkennen war, dass die Schulden nicht zurück gezahlt worden sind.*

*Weitere Herausforderungen sind wirtschafts-, menschenrechts- und, umweltpolitische Themen und letztlich auch die Frage des Grundeinkommens als ein Grundrecht, damit man nicht zum Sozialamt betteln gehen muss. Ein anderes Beispiel ist die Verwaltungsreform. Das wäre ein wichtiges Thema. Wir haben etliche Sozialbürokratien aufgebaut, die Gesundheitsvorsorge durch die Krankenkassen und zwar durch etliche Kassen, die Pensionsversicherung, detto durch etliche Kassen. Das wären alles Bereiche, von denen ich glaube, dass es Themen sind, die in einer vernünftigen Art und Weise an die Öffentlichkeit zu bringen sind. Und da liegt ein Problem, von dem ich bis heute nicht weiß, wie die Lösung zu finden ist.“<sup>229</sup>*

Auf die Frage, welche Herausforderungen der Liberalismus heute meistern müsste, meint Wilfried Stadler: *„Erstens einmal die Unantastbarkeit der Unabhängigkeit der politischen Systeme. Wir brauchen Systeme, die es zulassen, dass Politiker das politische Interesse jener, von denen sie die Macht anvertraut bekamen, auf eine Weise verfolgen, die diese politische Sache in den Mittelpunkt stellt und nicht zu stark beeinflusst ist von Interessensgruppen, die in manchen Fällen mit sehr viel Geld versuchen sich die Argumente zu kaufen, um die es dabei geht. Also, die Unabhängigkeit des politischen Systems, sowohl auf der Regierungs- als auch auf der Parlamentsseite. Die beiden Elemente werden immer eng mit einander verschränkt sein. Hier wäre es wünschenswert, dass man aus den letzten Jahren Lehren ziehend, das eine oder andere Element auch der direkten Demokratie in der erleichterten Mehrheitsbildung in den Parlamenten in Erwägung zieht. Es gibt sehr interessante Bürgerinitiativen in Richtung Mehrheitswahlrecht um leichter*

---

<sup>229</sup> Interview Ronald Pohoryles (16. 02. 10)

*Regierungsbildungen zu ermöglichen. Man kann aber auch sagen, dass es illiberal sei, weil es besser ist wenn die Parteien, auch wenn sie kleiner sind, im Spektrum des Parlaments repräsentiert sind.*

*Die zweite Herausforderung ist die Frage der nationalen Entscheidungsautonomie versus die europäischen und globalisierten Entscheidungsebenen. Es gibt mittlerweile auch schon auf der übergeordneten, außereuropäischen Ebene, verschiedenste Materien, Entscheidungsprozesse, die wir in Wirklichkeit gar nicht mehr national beeinflussen können. Materien, wo wir entscheiden können ob wir mitspielen oder nicht mitspielen, ob dass das nun das SWIFT – Thema oder Bilanzierungsthemen sind. Das sind eigentlich Fragen im umweltpolitischen Bereich, wo wir mittlerweile Teil eines globalpolitischen Systems sind, bei dem es zwar nie eine Weltregierung geben wird, wo aber sehr viele non - governmental bodies inzwischen Entscheidungskraft bekommen haben, die sich nicht demokratisch konstituieren und wo wir versuchen müssen, deren Entscheidungsfindungen dennoch mit den uns verfügbaren demokratischen Möglichkeiten beeinflussbar zu halten. Das ist ein ganz wichtiges Thema, wo völlig neue Spannungsfelder auftreten, die den nationalen Spielraum des Liberalismus massiv gefährden können. Also diese Themen würde ich als die zentralen Themen ansehen und die betreffen wieder alle politischen Parteien. An denen müssten alle interessiert sein, denn das sind übernationale Themen, die nach Möglichkeit in einem demokratischen Konsens von den tragenden verantwortlichen Parteien gelöst werden sollen.“<sup>230</sup>*

Die Ideen des Liberalismus sind mehr oder weniger in allen Parteiprogrammen zu finden. Wie bereits in Punkt 11.1 kurz angemerkt, ist der Liberalismus als geistige Strömung in der SPÖ durch den Kulturliberalismus und in der ÖVP durch den Wirtschaftsliberalismus vertreten. Jedoch, so stellt Sperl fest: „In seiner spezifisch österreichischen politischen Prägung ist er eine Kohabitation mit dem Deutsch-Nationalismus eingegangen.“<sup>231</sup> Das Deutsch-Nationale zusammen mit der populistisch aufgeheizten Xenophobie ist aber weiterhin überaus lebendig und wird nach Jörg Haider von H.C. Strache genutzt. Überhaupt muss man generell sagen, dass die Aufzählung von liberalen Werten in Parteiprogrammen alleine zu wenig ist. Eine ähnliche Meinung kann man auch im „Kleinen Lexikon der Politik“ nachlesen: „Heute gilt Liberalismus kaum noch als tragfähige programmatisch-ideologische Basis für politische Parteien oder anderweitig identifizierbare organisierte politische Kräfte.

<sup>230</sup> Interview Wilfried Stadler (11. 02. 10)

<sup>231</sup> Gerfried Sperl, Liberalismus gegen Nationalismus – die Möglichkeiten der (österreichischen) Politik in Mitteleuropa, Passagen Verlag, Wien, 1993, S. 185

Gleichwohl wird Liberalismus durchgängig für ein wesentliches Element gegenwärtiger (westl.) Systemstrukturen gehalten, sodass man vom strukturellen Liberalismus der Gegenwart sprechen kann.<sup>232</sup> Wichtig ist, wie die liberalen Werte auch mit Leben erfüllt werden und die Aktivitäten der jeweiligen politischen Gruppe bestimmen.

Mises sieht die Bedeutung der liberalen Werte folgendermaßen:

„...Jedenfalls ist es klar, dass es nicht genügen kann, sie feierlich in den Staatsgrundgesetzen und Verfassungsurkunden aufzunehmen; sie müssen mit ihrem Geiste den ganzen Staat durchdringen. Es hat dem Bürger Österreichs wenig genützt, dass ihm von Staatsgrundgesetz das Recht eingeräumt worden war, 'durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern'. Diese gesetzlichen Schranken behinderten die freie Meinungsäußerung nicht weniger, als wenn jenes Grundgesetz nie erlassen worden wäre. England kennt das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nicht, doch Rede und Presse sind dort wirklich frei, weil der Geist, der sich in ihm äußert, die ganze englische Gesetzgebung durchdringt.“<sup>233</sup>

Obwohl in der österreichischen Bundesverfassung zahlreiche liberale Werte und Grundsätze zu finden sind, zeigt die Anfälligkeit für populistische Propaganda, dass wir nicht in einer liberalen Gesellschaft leben. Diese Ansicht deckt sich mit der Meinung des Philosophen Rudolf Burger. Er spricht davon, dass wir in einer Massengesellschaft leben. *„Der Liberalismus als konstitutive Lebensform war ans klassische Bürgertum geknüpft, das verschwindet. Was in traditionellen Gesellschaften durch Brauchtum, Tradition geregelt war, wird in einer atomisierten Massengesellschaft zur Aufgabe einer staatlichen Ordnung.“*<sup>234</sup>

Die Folge dieses Mehr an staatlicher Ordnung und Normen ist ein Zuwachs an staatlicher Kontrolle. Ich gehe allerdings nicht so weit wie Burger, dass *„die wirklich tiefste Leidenschaft des Menschen“* die Knechtschaft sei. Es ist aber ein Faktum, dass die liberalen Werte, wie Freiheit oder das Wahlrecht, für die unsere Vorfahren auf die Barrikaden stiegen, heute als selbstverständlich empfunden werden. Etwa bei den Wahlen macht sich eine Wahlmüdigkeit breit, die sich in einer immer geringeren Wahlbeteiligung ausdrückt.

Die Bürgerinnen und Bürger lassen sich nur mehr vereinzelt und in geringer Zahl aktivieren, etwa wenn es gegen Überwachungsmaßnahmen, gegen Ungleichheit, Ausländerfeindlichkeit oder Studienbeschränkungen geht. Im Gegenteil mehr Kontrolle und

<sup>232</sup> Dieter Nohlen (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, Verlag C.H. Beck, München, 2001, S. 289

<sup>233</sup> Ludwig von Mises, Die Gemeinwirtschaft - Untersuchungen über den Sozialismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1922, S. 37

<sup>234</sup> Andreas Schwarz, „Die Leidenschaft des Menschen ist die Knechtschaft“, Kurier- Unabhängige Tageszeitung für Österreich – am Sonntag, 21. 3. 10, Nr. 80, S. 6f.

mehr Normen werden begrüßt, wenn der mögliche oder auch nur vermeintliche Verlust von Leben und Eigentum droht. Denn *„liberale Themen, damit können Sie niemanden mehr hinter dem Ofen hervorlocken, - bedauerlicherweise.“*<sup>235</sup> Damit bestätigt Pohoryles meine Ansicht. Er sieht auch liberale Defizite in Österreich, etwa im Steuer- und Abgabenrecht, wo die Arbeit besteuert wird und nicht das Kapital oder in der Ausländerpolitik. Soziale Gerechtigkeit sollte ein Grundprinzip sein – auch im Verhältnis zu den Entwicklungsländern.<sup>236</sup>

Die liberalen Werte haben im Laufe der Jahrzehnte gleichfalls einen Wandel erlebt – abgesehen davon, dass die verschiedenen ideologischen/politischen Richtungen diese in ihrem Sinne verschieden definieren (zum Beispiel „Freiheit“, wo man sich fragt „Freiheit wovon“ oder „Freiheit wozu“ oder der Begriff „Gerechtigkeit“). Auch Erhard Busek sieht dies ähnlich: *„Die Relevanz der Werte hat sich geändert. Ich glaube, dass die liberalen Denker nicht sehr stark über den Nationalstaat hinausgekommen sind. Die Fragestellungen, die wir heute haben sind global, kontinental. Man muss dazu sagen, dass heute wahrscheinlich bestimmte wirtschaftliche, technische und technologische Entwicklungen stärker prägend sind als es die ganze Politik ist.“*<sup>237</sup>

Interessant und bezeichnend finde ich jedenfalls den Erfolg von Heide Schmidt. Sie hatte zweifelsohne Charisma und politisches Geschick. Daneben half ihr und damit dem „Liberalen Forum“ ihre vorherige Präsenz im Fernsehen in der beliebten Sendung des Volksanwaltes, also bei einer Stelle, die Bürgerinnen und Bürger unterstützte zu ihrem Recht zu kommen, was ihre Popularität begründete. Überdies war die Zeit reif, dass eine Frau endlich für Spitzenpositionen in der Politik in Frage kam und sie war die erste Parteichefin Österreichs. Kurz vor ihr gab es mit Madeleine Petrovic bei den „Grünen“ eine Klubobfrau.

Pohoryles erklärte auf die Frage, wie sich eine liberale Partei in Österreich entwickeln könnte: *„Das ist eine sehr komplexe Frage. Ich meine es gibt in Österreich seit der Nachkriegszeit eine einzige Partei, die sich tatsächlich auf der Grundlage einer Bewegung zu einer relevanten Kraft in Österreich entwickelt hat und das waren die ‚Grünen‘. Hier gab es eine Reihe von Themen, die mit der Umwelt verbunden waren und die die Laufbahn dieser Partei erleichtert haben. Es gibt natürlich etliche liberale NGOs auch, die aber die Bedeutung, das sexy Thema, nicht haben, was die ‚Grünen‘ haben. Die ‚Grünen‘ haben*

---

<sup>235</sup> Interview Ronald Pohoryles (15. 02. 10)

<sup>236</sup> Interview Ronald Pohoryles (15. 02. 10)

<sup>237</sup> Interview Erhard Busek (22. 03. 10)

*etliche Themen verloren, weil Grün heutzutage jeder ist, aber zu dem Zeitpunkt waren das noch hart umkämpfte politische Themen. Ich verweise auf den Au-Konflikt oder das Atomkraftwerk, das waren lauter angstbesetzte Themen, mit denen man operieren konnte und wo man eine breite Bewegung gehabt hat. (...) Es gibt natürlich einen Bereich, die neuen Selbständigen, wo die Liberalen bei den Wirtschaftskammerwahlen kandidieren, mit der Idee diese Ein-Personen-Unternehmen noch stärker anzusprechen. Allerdings ist das eine mühsame Aufbauarbeit, wobei die Wirtschaft sicherlich ein Thema ist, wo man ein vernünftiges Maß an Regulierung und Deregulierung finden muss. Populismus ist kein liberales Kind, das heißt, wir besetzen nicht die Wirtschaftskammer oder das Parlament wenn es um Datenschutzfragen geht. Das ist einfach ein ganz dummer Politikstil, der es uns sehr schwer macht eine Bewegung zu gründen, aber langfristig setze ich auf Vernunft.“<sup>238</sup>*

Abschließend muss man sagen, dass es kurzfristig kaum Chancen für eine eigene liberale Partei gibt. Doch vorausgesetzt es findet sich eine Führungspersönlichkeit wie Heide Schmidt, dann wäre langfristig gesehen ein Wiederaufleben einer liberalen Partei durchaus möglich. Notwendig dazu wäre allerdings aber auch, dass in der Bevölkerung das Gespür für die Bedeutung der liberalen Werte zunimmt. Meiner Ansicht nach liegt hier die Krise des Liberalismus. Man redet zwar viel von liberalen Werten, doch sind sie bereits so selbstverständlich geworden, dass es nicht auffällt, wenn sie nicht mit Leben erfüllt werden. Liberalismus ist keine alleinige Angelegenheit der Politiker und der politischen Parteien, sondern muss von den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern auch im praktischen Alltag umgesetzt werden.

Conrad Seidl zitiert im „Standard“ eine Telefonumfrage und stellt fest: „Es wäre falsch zu behaupten, die liberale Partei ginge niemandem ab. Die Mehrheit der Wahlberechtigten in Österreich sieht noch viel Platz im Parteienspektrum. 14 Prozent der Österreicher und sogar 21 Prozent der Österreicherinnen meinen laut einer Market-Umfrage für den Standard, dass es in Österreich Platz für eine neue liberale Partei gibt. 15 Prozent (wiederum eher Frauen als Männer) könnten sich sogar vorstellen, so eine Partei zu wählen (...) Auch für eine ausgewiesene Jugendpartei sehen die von Market Befragten durchaus Platz: Vier von zehn Befragten unter 30 könnten sich so eine Partei vorstellen, für ein Drittel der Jungwähler erschiene sie wählbar. Vorausgesetzt, dass es seriös wirkende Kandidaten

---

<sup>238</sup> Interview Ronald Pohoryles (15. 02. 10)

gäbe.“<sup>239</sup> Wichtig ist die populäre Frontfrau beziehungsweise der Frontmann, die oder der auch in den Massenmedien präsent ist.



Abb.12.:

<http://derstandard.at/1263705848473/STANDARD-Umfrage-72-Prozent-sehen-Chancen-fuer-neue-Parteien> (29. 03. 2010)

Eine eigene Partei oder eine Verstärkung der liberalen Werte in den großen Parteien, welche danach ihre Politik ausrichten, wäre deshalb erforderlich, weil es nicht nur die Demokratie belebt, sondern weil Liberale eine wichtige Funktion in der Gesellschaft haben.

<sup>239</sup> Conrad Seidl, Standard - Umfrage: 72 Prozent sehen Chancen für neue Parteien in: URL: <http://www.liberales.at/content/site/letztemeldungen/article/1055.html> (28. 05. 10)



Sie achten darauf, dass die Freiheit des Einzelnen gewahrt bleibt. Sie sind Mahner und ein Korrektiv gegen jeglichen Extremismus, von welcher Seite auch immer.

Der Liberalismus mag bei uns in einer Krise stecken, doch international tritt er verstärkt in Erscheinung. Bei den Wahlen etwa in Großbritannien konnten die Liberalen so stark an Wählerstimmen zulegen, dass sie sogar Partner in einer dort eher seltenen Koalitionsregierung wurden. Auch in Tschechien gelang es zwei liberalen Parteien mehr als zehn Prozent bei den Wahlen zu erreichen. Auf Seite 1 der „Presse“ vom 6. Juni 2010 schrieb Christian Ultsch im Leitartikel unter dem Titel „Spaß an Macht“, im Untertitel „Im Aufwind ist auch eine alte Idee: der Liberalismus.“ Er sieht für das Erstarren des Liberalismus drei Erklärungen: „Erstens stehen sonst kaum Alternativen zur Verfügung; die Grünen wirken in vielen Ländern erschlaft und seltsam aus der Zeit gefallen. Zweitens harmonisiert der liberale Gedanke mit einer Grundströmung: der Individualisierung. Und drittens hat die zu Beginn der Finanzkrise beschworene Rückkehr des Staates eine Gegenbewegung ausgelöst. In Österreich ist davon nichts zu bemerken. Das traditionell schwache liberale Lager aufgesplittert: Es fehlen Glaubwürdigkeit (BZÖ), Kontinuität (LIF, JuLis) – und vor allem ein Zugpferd (BZÖ, LIF, JuLis).“<sup>240</sup> In Österreich hat der Liberalismus seine Krise noch nicht überwunden.

---

<sup>240</sup> Christian Ultsch, Spaß an der Macht in: Die Presse, 06. 06. 10, Nr. 18.763, S. 1

## 12 Zusammenfassung

Die eingangs formulierten und nochmals im Überblick angeführten Thesen lassen sich zusammenfassend wie folgt betrachten:

- Der Liberalismus befand sich 1848/49 auf seinem Höhepunkt. Von diesem Zeitpunkt an verlor er sukzessive als eigene politische Bewegung an Bedeutung.

- Liberale Gruppierungen verloren an Bedeutung, sobald sich rechtsradikale Parteien gebildet haben, wie es das Aufkommen der „Schönerianer“ beweist.

- Bis 1986 sah es so aus als hätte der Liberalismus in der FPÖ eine Chance gehabt. 1993 mit der Abspaltung Heide Schmidts endet diese Phase.

- Gründe für die derzeitige Krise liegen unter anderem in der bereits weitgehenden Beachtung liberaler Prinzipien, die ihren Eingang in die Programme der österreichischen Parlamentsparteien gefunden haben und verbleibende nicht erfüllte liberale Forderungen, wie etwa die Einführung eines Ethik- statt Religionsunterrichtes, sind für den Wähler scheinbar nicht attraktiv genug.

Mit der Revolution von 1848/49 befand sich der Liberalismus als Kind der Aufklärung auf seinem Höhepunkt. Eine der wichtigen Voraussetzungen war die Verbreitung des Lesens und Schreibens in den Schulen. Die Revolution brachte die „Pillersdorfschen Verfassung“, die zwar damals einen Fortschritt darstellte, doch wurde sie von den Liberalen, die aus dem Bildungsbürgertum kamen, als Verrat an der Revolution gesehen. Es folgte mit der „oktroierten Märzverfassung“ ein „liberaler Absolutismus“. Doch die liberalen und demokratischen Tendenzen waren nicht mehr zu unterdrücken. 1861 wurde mit dem „Februarpatent“ eine zentralistisch-konstitutionelle Verfassung geschaffen, welche dem Liberalismus starken Auftrieb gab.

1867 kam es durch Verhandlungen zu einer Verfassungsnovelle („Dezemberverfassung“) mit den vom liberalen Standpunkt her bedeutenden Staatsgrundgesetzen, insbesondere das Staatsgrundgesetz über die "allgemeinen Rechte der Staatsbürger", welches einen Katalog an Grundrechten umfasst, der heute noch Gültigkeit hat. In der österreichischen Reichshälfte wurden die Liberalen zur bestimmenden Kraft. 1871 kam es zur ersten direkten Wahl in das Abgeordnetenhaus in Österreich, doch die Liberalen litten

schon damals unter einer Aufsplitterung in verschiedene Gruppierungen. Die nationalistischen und antiklerikalen Liberalen, die nur auf das Bürgertum gestützt waren, verloren sukzessive gegenüber den immer stärker werdenden Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Sie fanden weder auf die Wirtschaftskrise mit ihren sozialen Probleme noch auf die Nationalitätenfrage eine zufriedenstellende Antwort. 1896 konnten die Christlichsozialen die Liberalen im Niederösterreichischen Landtag überflügeln und seit damals konnten sie weder in Österreich noch in Wien mehr die Mehrheit erreichen. Damit hat die Krise der Liberalen einen ersten Höhepunkt erreicht.

Gründe für den Niedergang der Liberalen gibt es zahlreiche. So etwa die Nationalitätenfrage, die Gegnerschaft der katholischen Kirche, welche sich an ihre Machtpositionen klammerte oder die sozialen Problemen, auf welche die Liberalen keine Antwort hatten, ebenso wie in der Bevorzugung des Deutschtums in der Monarchie und dem Aufkommen der Massenparteien. Gleichzeitig entstanden radikale, deutschnationale und antisemitische Parteien („Schönerianer“), wodurch in weiterer Folge die liberalen Parteien verschwanden, von den Deutschnationalen und später von den Nationalsozialisten aufgesaugt wurden, was sich insbesondere in der Zwischenkriegszeit zeigte. Zwischen 1938 und 1945 bestand das deutschnationale Lager nur mehr aus Nationalsozialisten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten es Liberale schwer sich öffentlich zu artikulieren, weil sie mit den Deutschnationalen und damit mit dem Nationalsozialismus in Zusammenhang gebracht wurden (Wiederbetätigungsverbot). Erst 1949 konnte der VdU („Verband der Unabhängigen“), (auch WdU genannt - „Wahlpartei der Unabhängigen“) gegründet werden. Wirtschaftsliberales Gedankengut im Parteiprogramm brachte ihnen Unterstützung aus der Industrie. Der Wahlerfolg beruhte jedoch darauf, dass es ein Sammelbecken für viele ehemalige Nazis als auch vertriebene "Volksdeutsche" war.

Ab 1955/56 wurde diese Partei dann zur FPÖ ("Freiheitliche Partei Österreichs"). Die nationalen Elemente setzten sich jedoch immer mehr gegen die liberalen durch und in der Öffentlichkeit entstand der Eindruck, dass es sich um eine Partei der „Ewiggestrigen“ handelte. Es gab allerdings anfangs noch Tendenzen in Richtung Liberalität, etwa unter Friedrich Peter oder Norbert Steger. Zwischen 1983 und 1986 gab es eine Koalition zwischen SPÖ und FPÖ. Norbert Stegers Gegenspieler war parteiintern Jörg Haider, der ihn mit Unterstützung des deutschnationalen Flügels stürzte. Mit Haider endete 1986 die liberale Phase in der FPÖ endgültig und die FPÖ wurde von einer liberal - nationalistischen in eine rechtspopulistische Partei umgewandelt.

Der Rechtspopulismus fand im Ausländervolksbegehren von 1993 seinen Höhepunkt, was dazu führte, dass sich ein liberaler Flügel um Heide Schmidt von der FPÖ abspaltete und eine eigene liberale Partei, das „LIF“ („Liberales Forum“) gründete. Anfangs war das LIF ein politischer Erfolg, da es die Einstiegshürden sowohl in den niederösterreichischen Landtag als auch in den Nationalrat 1994 und 1995 überspringen konnte. Aber mit den Niederlagen des LIF im Jahr 1999 und dem weiteren Erstarken der FPÖ (1999 wurde die FPÖ bei der Nationalratswahl zweitstärkste Partei – noch vor der ÖVP, welche eine Koalition mit ihr einging) kamen auch innerparteiliche Konflikte und die Verluste der folgenden Wahlen dazu. Damit scheiterte die einzige liberale Partei nach 1945 an der radikalen rechtspopulistischen FPÖ. Kleinere liberale Gruppierungen versuchen seither allerdings erfolglos politisch zu reüssieren.

Wo liegen die Gründe für die derzeitige Krise des Liberalismus? Der Ordnung halber muss gesagt werden, dass es sich nicht in erster Linie um eine Krise des Liberalismus, sondern um eine der liberalen Parteien handelt. Denn die Ideen des Liberalismus sind heute mehr oder weniger in allen Programmen der im Nationalrat vertretenen Parteien zu finden. So ist der Liberalismus als geistige Strömung in der SPÖ vor allem durch den Kulturliberalismus und in der ÖVP durch den Wirtschaftsliberalismus vertreten. Auch der Gleichberechtigung der Frau ist in allen Parteiprogrammen – mit Ausnahme des BZÖ – ein Kapitel gewidmet. Im Parteiprogramm etwa des Liberalen Forums geht es unter anderem auch noch darum wie man zu Mensch, Freiheit, Grund- und Freiheitsrechten, Leistung und Eigenverantwortung, Gleichberechtigung, Kultur und Bildung steht. Ähnliche Punkte finden sich bei den beiden Großparteien als auch bei BZÖ, FPÖ und Grünen, wobei deutlich wird, dass jede Partei versucht sich den Anschein zu geben liberal zu sein.

Die Krise einer liberalen Partei und damit der Liberalen in Österreich ist eine Besonderheit Österreichs, da in den meisten anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union liberale Parteien sehr wohl politisch einflussreich in ihren Ländern tätig sind und auch eine dementsprechende Wählergruppe hinter sich stehen haben. In Österreich fehlen Liberale in wahlentscheidender Zahl, da liberale Ideen insbesondere bei SPÖ und ÖVP Eingang gefunden haben, wobei zwischen Parteiprogramm und Verhalten in der Realität nicht immer ein Einklang herrscht. Liberale Forderungen, wie etwa Ethik- statt Religionsunterricht in den Schulen waren und sind nicht dazu angetan das Interesse von Massen zu mobilisieren. Doch ähnlich wie die Grünen, welche durch ihre Forderung auch Umweltgesichtspunkte in die politischen Entscheidungen einzubeziehen, die Politikerinnen und Politiker anderer Parteien

beeinflussten, sind es gleichfalls liberale Vorstellungen, welche auch verstärkt Eingang in die Politik gefunden haben.

## 13 Bibliographie

### 13.1 Literatur

- R.T. Allen, Beyond Liberalism – The political Thought of F. A. Hayek & Michael Polanyi, Transaction Publishers, New Brunswick, 1998
- C.S Arnold,(Dipl.) Die Entwicklung von nationalliberalen und liberalen Parteien in Deutschland und Österreich nach 1945 – Eine vergleichende Entstehungsgeschichte von FDP, FPÖ und Liberalem Forum, Wien, 1999
- John W. Boyer, Karl Lueger (1844 - 1910) - Christlichsoziale Politik als Beruf - Eine Biographie, Böhlau Verlag, Wien, 2010
- Manfred Brocker (Hrsg.), Geschichte des politischen Denkens, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2007
- Ernst Bruckmüller (Hrsg.), Österreich Lexikon, Band I A- L, Verlagsgemeinschaft Österreich Lexikon, Wien, 1995
- Ernst Bruckmüller (Hrsg.), Österreich Lexikon, Band II M - Z, Verlagsgemeinschaft Österreich Lexikon, Wien, 1995
- Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, Emmerich Talos (Hrsg.), Politik in Österreich- Das Handbuch, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien, 2006
- Johann Dvorak, Lesen, Schreiben, Selbststudium und die demokratische Bildungsarbeit mit Erwachsenen, in: Gerhard Bisovsky, Christian Stifter (Hrsg.) „Wissen für Alle. Beiträge zum Stellenwert von Bildung in der Demokratie, Edition Volkshochschule, Wien, 1996
- Karl Eder, Liberalismus in Altösterreich, Verlag Herold, Wien, 1955
- Tamara Ehs (Hrsg.) Hans Kelsen – eine politikwissenschaftliche Einführung, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, 2009
- Robert Fleck; Revolution 1848/49 (Österreich), In: H. Reinalter (Hrsg.) Lexikon zu Demokratie und Liberalismus, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., 1993
- Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918, Löcker Verlag, Wien, 1978
- Ute Gerhard (Hrsg.), Frauen in der Geschichte des Rechts – Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Beck'scher Verlag, München, 1997
- A. Gerstl, (Diss.) Die Entstehung und Entwicklung des Liberalen Forums 1993/94 (LIF), Wien, 1998

- Krzysztof Glas, Barbara Serloth; Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus , Österreichische Gesellschaft mitteleuropäischer Studien Verlag, Wien, 1997
- Hermann Goldschmidt, Faber, Sterben und Werden des liberalen Bürgertums – Ein Bekenntnis, Berlin, 1919
- Ernst Joseph Görlich, Felix Romanik, Geschichte Österreichs, (2.Aufl.), Tyrolia Verlag, Innsbruck, 1966
- Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates – Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Verlag Carl Ueberreuter, Wien, 2005
- Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler - die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918, Verlag für Geschichte und Politik, Wien, 1993
- Lothar Höbelt, Das Dritte Lager - Von Steger über Haider zu Strache in: Andreas Kohl (Hrsg.) Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Böhlau Verlag, Wien, 2009
- W. In der Maur, Liberalismus, hpt. Verlagsgesellschaft m.b.H.& COKG, Wien, 1990
- A. Janik, Liberalismus und Aufklärungswelt- Definition und Entwicklungszusammenhang, In: E. Brix und W. Mantl- Liberalismus – Interpretation und Perspektiven, Böhlau Verlag GmbH & Co. KG., Wien, 1996
- Leopold Kammerhofer (Hrsg.), Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien 1873 – 79 – Herrschaftsfundierung und Organisationsformen des politischen Liberalismus, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1992
- Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (2008/C 115/01), 9.5. 2008
- Gerhard Kratky, Das Experiment einer Parteigründung - Das Liberale Forum im Rückblick, Studienverlag, Innsbruck, 2009
- Liberales Forum – Die Freiheit des Menschen und seine Verantwortung für die Gesellschaft, Wien, 1993
- Barbara Liegl, Das Liberale Forum in: H. Dachs, (Hrsg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs – Die Zweite Republik, Mansche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 1997
- Elke Oberparleiter – Lorke, Der Freiheitsbegriff bei Rousseau – Rousseaus praktisches System der Freiheit im Kontext der deutschen Transzendentalphilosophie und eines modernen interpersonalen Freiheitsbegriffes, Königshausen und Neumann GmbH Verlag, Würzburg, 1997
- E. Matzner, Definition des Liberalismus, In: E. Brix und W. Mantl (Hrsg.), Liberalismus – Interpretation und Perspektiven, Böhlau Verlag GmbH & Co. KG., Wien, 1996

- Brigitte Mazohl- Wallnig (Hrsg.), Bürgerliche Frauenkultur im 19. Jahrhundert, Böhlau Verlag, Wien, 1995
- Adolf Merkl, Die Baugesetze der österreichischen Bundesverfassung, hier zum liberalen (freiheitlichen) Baugesetz, in: Hans R. Klecatsky (Hrsg.): Die Republik Österreich – Gestalt und Funktion ihrer Verfassung, Wien, 1968
- Ludwig Mises, Liberalismus, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927  
[http://docs.mises.de/Mises/Mises\\_Liberalismus.pdf](http://docs.mises.de/Mises/Mises_Liberalismus.pdf) (28. 12. 09)
- Ludwig Mises, Die Bürokratie, Academia Verlag, Sankt Augustin, 1997
- Ludwig von Mises, Die Gemeinwirtschaft - Untersuchungen über den Sozialismus, Gustav Fischer Verlag, Jena, 1922
- Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), Liberalismus im aufsteigenden Industriestaat, Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft, Heft 1/1978
- Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ – Vom Rechtsextremismus zum Liberalismus? In: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945 – hrsg. V. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, (5.überarb. und ergänzte Aufl.), Wien, 1981
- Dieter Nohlen (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, C.H. Beck Verlag, München, 2003
- D. Nohlen, Systemanalyse, In: D. Nohlen, R.O. Schultze; Lexikon der Politikwissenschaft – Theorien, Methoden, Begriffe, Verlag C.H. Beck, München, 2002
- Nohlen, D, R.O. Schultze; Lexikon der Politikwissenschaft – Theorien, Methoden, Begriffe, Verlag C.H. Beck, München, 2002
- Heiko M. Nötstaller, Zur Bedeutung des Liberalismus in der österreichischen Politik am Beginn des dritten Jahrtausends (Dipl.), Wien, 2002
- Peter Pelinka, Heide Schmidt – eine provozierte Selbstdarstellung, Verlag Carl Ueberreuter, Wien, 1993
- Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans – Joachim Lauth, Detlef Jahn (Hrsg.) Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden – Neue Entwicklungen und Diskussionen, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2003
- Fritz Plasser, Peter Ulram; Trends and ruptures – Stability and change in Austrian voting behavior 1986 – 96 In: G. Bischof (Hrsg.),The Vranitzky Era in Austria, Transaction Publishers, 1999
- Ralph Raico, Die Partei der Freiheit – Studien zur Geschichte des deutschen Liberalismus, Lucius & Lucius Verlag, Stuttgart, 1999
- Josef Rauchenberger (Hrsg.), Bezirksvertretungen in Wien – Historische Entwicklung – Rechtsgrundlagen – Aufgaben – Dezentralisierung – Wahlergebnisse, Josef Rauchenberger Verlag, Wien, 1990
- Erich Reiter, Liberale Gesinnung in Österreich – PDF 13. 12. 09



- Erich Reiter, Begleitheft zur Ausstellung – Liberale Politik in Österreich, Heft 17, Wien, 2006
- Jean - Jaques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des politischen Rechts (1.Aufl.), Insel Verlag, Frankfurt am Main, 2000
- Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa - Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie in: Herwig Wolfram (Hrsg.) Österreichische Geschichte 1804 - 1914, Verlag Carl Ueberreuter, Wien, 2005
- Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik - Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart in: Herwig Wolfram (Hrsg.) Österreichische Geschichte, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005
- Theodor Schieder, Die Krise des bürgerlichen Liberalismus – Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit (2.Aufl.), München, 1970
- Martin Schmidt, Georg Schwaiger (Hrsg.), Kirchen und Liberalismus im 19. Jahrhundert, Vandenhoeck& Ruprecht Verlag, Göttingen, 1976
- Gerfried Sperl, Liberalisierung gegen Nationalismus – die Möglichkeit der österreichischen Politik in Mitteleuropa, Passagen Verlag, Wien, 1993
- E.W. Streissler, Der Wirtschaftsliberalismus in Mitteleuropa – Umsetzung einer wirtschaftspolitischen Grundkonzeption? In: E. Brix und W. Mantl (Hrsg.), Liberalismus – Interpretation und Perspektiven, Böhlau Verlag GmbH & Co. KG., Wien, 1996
- Klaus Taschwer, Wissenschaft für viele. Zur Wissenschaftsvermittlung im Rahmen der Wiener Volksbildungsbewegung um 1900, (Diss.), Wien, 2002
- Rudolf von Thadden, Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1978

## 13.2 Internetquellen

URL: <http://www.bernhard-kuelp.de/Liberalismus.html> (08. 01. 10)

URL: <http://www.liberalismus-portal.de/liberale-parteien.htm> (22. 03. 10)

URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_politische\\_Partei](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_politische_Partei) (10. 01. 10)

URL: <http://www.alde.eu/> (10. 01. 10)

URL: <http://www.diepresse.at> - Liberale: Neue Partei: Die Liberaldemokraten (07. 07. 09)

URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl\\_in\\_%C3%96sterreich\\_2008#Liberales\\_Forum\\_.28LIF.29](http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2008#Liberales_Forum_.28LIF.29) (10. 01. 10)

- URL: [http://euphorisch.at/page/Freiheit\\_und\\_Verantwortung](http://euphorisch.at/page/Freiheit_und_Verantwortung) (10. 01. 10) URL:  
<http://www.orf.at/091216-45888/index.html> (16. 12. 09)
- URL: <http://www.orf.at/100117-46969/index.html> (17. 01. 10)
- URL: [http://www.bzoe.at/index.php?content=bzoe\\_programm](http://www.bzoe.at/index.php?content=bzoe_programm) (27. 01. 10)
- URL: [http://euphorisch.at/language;en/page/Frauenquoten\\_diskriminieren\\_Frauen](http://euphorisch.at/language;en/page/Frauenquoten_diskriminieren_Frauen) (30. 01. 10)
- URL: <http://www.liberales.at> (02. 03. 10)
- URL: [http://codices.coe.int/NXT/gateway.dll/CODICES/full/eur/aut/ger/aut-1994-1-002?fn=document-frame.htm\\$f=templates\\$3.0](http://codices.coe.int/NXT/gateway.dll/CODICES/full/eur/aut/ger/aut-1994-1-002?fn=document-frame.htm$f=templates$3.0) (02. 03. 10)
- URL: [http://europa.eu/legislation\\_summaries/human\\_rights/fundamental\\_rights\\_within\\_european\\_union/133501\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/human_rights/fundamental_rights_within_european_union/133501_de.htm) (22. 03. 10)
- URL: <http://derstandard.at/1263705848473/STANDARD-Umfrage-72-Prozent-sehen-Chancen-fuer-neue-Parteien> (29. 03. 10)
- URL: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw99.html> (13. 04. 10)
- URL: <http://info.ktn.gv.at/ltwahl2009/> (26. 03. 10)
- Martin Fritzl, Die FPÖ kann nicht liberaler werden in: URL:  
[http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/561332/index.do?direct=562746&v\\_l\\_backlink=/home/politik/innenpolitik/562746/index.do&selChannel=](http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/561332/index.do?direct=562746&v_l_backlink=/home/politik/innenpolitik/562746/index.do&selChannel=)  
(28. 05. 10)
  - Martina Madner, Corinna Milborn, Brandstifter H.C. Strache bestimmt EU - Wahlkampf mit Hassparolen in: URL:  
<http://www.format.at/articles/0922/524/243102/brandstifter-h-c-strache-eu-wahlkampf-hassparolen> (28. 05. 10)
  - Conrad Seidl, Standard - Umfrage: 72 Prozent sehen Chancen für neue Parteien in: URL: <http://www.liberales.at/content/site/letztmeldungen/article/1055.html>  
(28. 05. 10)
  - Manfred Welan, Liberales im Verfassungsrecht des Bundes – Diskussionspapier Nr. 34 -R- 95, Institut für Wirtschaft, Politik und Recht, Universität für Bodenkultur Wien in:  
[http://docs.google.com/viewer?a=v&q=cache:q4qJu\\_mliQ8J:www.boku.ac.at/wpr/wp\\_r\\_dp/dp34.pdf+liberalismus+christliche+soziallehre+welan&hl=de&gl=de&pid=bl&srcid=A\\_DGEESjSKY4uoa4lzF\\_a8gLci7lromapMHkNKJpJFLOzcHtUwC8\\_PSTbX0NjIwkFeAIJKaNm\\_9vusiA1gwFJfBrUSTyURsfpcnlk9kuQVL6cDGeXQwUX2npKwtkvGRpJ6nz\\_dYkILU&sig=AHIEtbQzF44NWUnacJGRKIrAhQJshqCcaA](http://docs.google.com/viewer?a=v&q=cache:q4qJu_mliQ8J:www.boku.ac.at/wpr/wp_r_dp/dp34.pdf+liberalismus+christliche+soziallehre+welan&hl=de&gl=de&pid=bl&srcid=A_DGEESjSKY4uoa4lzF_a8gLci7lromapMHkNKJpJFLOzcHtUwC8_PSTbX0NjIwkFeAIJKaNm_9vusiA1gwFJfBrUSTyURsfpcnlk9kuQVL6cDGeXQwUX2npKwtkvGRpJ6nz_dYkILU&sig=AHIEtbQzF44NWUnacJGRKIrAhQJshqCcaA)  
(28. 03. 10)

### 13.3 Zeitungen und Zeitschriften

- Die Presse, Wien
- Kurier, Wien
- Neues Wiener Tagblatt, Wien
- Neuigkeits - Welt - Blatt, Wien
- Profil – Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs, Wien
- Wiener Zeitung, Wien

### 13.4 Interviews

- Dr. Erhard Busek – bei der Gründung des Liberalen Forums Vizekanzler und Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei (22. 03. 10)
- Dr. Günther Chaloupek – Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft der Arbeiterkammer Wien (14. 04. 10)
- Dr. Roland Pohoryles – Sprecher des Liberalen Forums für Wissenschaft und Forschung (16. 02. 10)
- Dr. Wilfried Stadler - Herausgeber der Furche, Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstands der Investkreditbank (11. 02. 10)

### 13.5 Parteiprogramme

- FPÖ – Grundsatzprogramm - 2005
- Grüne – Grundsatzprogramm - 2001
- LIF – Grundsatzprogramm - 1993
- LIF – Grundsätze - 2009
- ÖVP – Grundsatzprogramm - 1995
- SPÖ – das Grundsatzprogramm - 1998

## 13.6 Abbildungen

- Abb.1: Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien - Herrschaftsfundierung und Organisationsformen des politischen Liberalismus, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1992, S. 244
- Abb.2: Fraktionen der österreichischen Parteien, Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien - Herrschaftsfundierung und Organisationsformen des politischen Liberalismus, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 1992, S. 240
- Abb.3: Flugblatt zum Ende des Liberalismus, Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler – Deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918, S. 351
- Abb.4: Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates - Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 125
- Abb.5: Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates - Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 127
- Abb. 6: Nationalratswahl 1949, Quelle: OÖ. Landesarchiv, Plakatsammlung Inventarnr.: Plak 00632
- Abb.7: Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates - Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, 2005, S. 128
- Abb. 8: Ernst Joseph Görlich, Felix Romanik, Geschichte Österreichs, (2.Aufl.), Tyrolia Verlag Innsbruck, 1966, S. 571
- Abb.9: Ernst Bruckmüller (Hrsg.), Österreich Lexikon, Band I A- L, Verlagsgemeinschaft Österreich Lexikon, Wien, 1995, S. 347
- Abb. 10: Erich Reiter, Liberale Gesinnung in Österreich – Auswertung einer IMAS – Umfrage, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe Studien, Wien, 2009, S. 6
- Abb. 11: Erich Reiter, Liberale Gesinnung in Österreich – Auswertung einer IMAS – Umfrage, Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe Studien, Wien, 2009, S. 11
- Abb.12: <http://derstandard.at/1263705848473/STANDARD-Umfrage-72-Prozent-sehen-Chancen-fuer-neue-Parteien> (29. 03. 2010)

### 13.7 Abkürzungsverzeichnis

F	=	Fortschrittsklub
GG	=	Großgrundbesitz
HB	=	Höchstbesteuerte
HK	=	Handels- und Gewerbekammer
KL	=	Klub der Liberalen
KVP	=	Klub der Vereinigten Fortschrittspartei
L	=	Klub der Linken
LG	=	Landgemeinden
NF	=	Neuer Fortschrittsklub
StG	=	Stadtgemeinden
V	=	Verfassungspartei
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
Z	=	Klub des linken Zentrums

## 14 Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit befasst sich mit der Krise des Liberalismus, insbesondere der liberalen Parteien in Österreich. Anhand der geschichtlichen sowie politischen Entwicklung des Liberalismus und mit Hilfe von Interviews wird untersucht, warum eine liberale Partei in Österreich, – im Gegensatz zu den liberalen Parteien im Ausland, - so große Probleme hat Fuß zu fassen.

Zur Beurteilung der Krise des Liberalismus in Österreich werden grundsätzlich die verschiedenen Definitionen des Liberalismus und seine Formen dargestellt. In der historischen Entwicklung, hauptsächlich von 1848 bis heute, werden die Folgen für den Liberalismus herausgearbeitet, womit die Krisen deutlich werden. Bereits vor über hundert Jahren wurde der Liberalismus von seinen Kritikern in Österreich zu Grabe getragen. In weiterer Folge wird auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und die Versuche der Bildung einer eigenen liberalen Partei („Liberales Forum“) eingegangen. Auch wird hingewiesen, wie radikale nationale Gruppierungen zur Zerschlagung des Liberalismus in Österreich beitrugen.

Unter den politischen Sichtweisen wird versucht eine Gegenüberstellung zum Marxismus, Sozialismus, christliche Soziallehre, Neoliberalismus sowie soziale Marktwirtschaft herauszuarbeiten. Bei der Stellung der einzelnen im Nationalrat vertretenen politischen Parteien zum Liberalismus sieht man die Verflechtung liberalen Gedankengutes bei den einzelnen Parteien.

Ein wichtiger Punkt, nämlich der Liberalismus und die Europäische Union, zeigt auf, dass auf europäischer Ebene ein mit allen Mitgliedsländern koordinierter Katalog liberaler Werte existiert, der für Österreich Vorbildcharakter haben sollte und man deshalb nicht mehr nur auf das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger aus 1867 zurückgreifen muss.

Beim Ausblick wird festgestellt, dass zwar das Umfeld für eine eigene liberale Partei nicht gerade positiv ist, eine eigene Partei oder eine Verstärkung der liberalen Werte in den großen Parteien, welche danach ihre Politik ausrichten, aber wünschenswert wäre, weil es nicht nur die Demokratie belebt, sondern weil Liberale eine wichtige Funktion in der Gesellschaft haben. Sie achten darauf, dass die Freiheit des Einzelnen gewahrt bleibt. Sie sind Mahner und ein Korrektiv gegen jeglichen Extremismus, von welcher Seite auch immer.

## 15 Lebenslauf

### Persönliche Daten:

Name: Mag. Patrick Schreiber  
 Adresse: Czartoryskigasse 43  
 1180 Wien  
 E – Mailadresse: [ps.schreiber@chello.at](mailto:ps.schreiber@chello.at)  
 Geburtsdaten: 25. 3. 1984  
 Staatsangehörigkeit: Österreich  
 Familienstand: ledig  
 Telefon: +43 699 12531984

### Ausbildung:

2004 - 2010 **Universität Wien**  
 Im Abschluss befindliches **Studium der Politikwissenschaft**  
 Schwerpunkt: Politische Verhältnisse in der EU und Osteuropa  
 Diplomarbeit am Institut für Politikwissenschaft zu dem  
 Thema: "Entwicklung und Krise des Liberalismus in  
 Österreich",  
 Univ. Prof. Johann Dvorak

2003 - 2009 **Universität Wien**  
 Abgeschlossenes **Studium der Geschichte**  
 Schwerpunkt: Zeitgeschichte, besonderer Fokus auf 1. und 2.  
 Weltkrieg  
 Diplomarbeit am Institut für Geschichte zu dem  
 Thema "Konsumverhalten im Deutschen Reich und den USA  
 in den Jahren 1939/40", Univ. Prof. Franz X. Eder

1995 - 2003 **Realgymnasium in Wien 18,**  
 Matura, Schwerpunkt: Instrumentalunterricht

1991 - 1994 **Volksschule, Wien**

**Ferialpraktika:**

September 2010	<b>Gerold Verlag</b> (Auswertung von Literatur)
Juli – August 2009	<b>Wirtschaftskammer Wien</b> ( Abteilung für Bildungspolitik und Berufsausbildung), Tätigkeit: Betreuung der Datenbank, Aufnahme von neuen Schülern
Juli 2008	<b>Archiv der Wiener Stadt- und Landesbibliothek (MA 9)</b> : Aufnahme, Katalogisierung und Auflösung des Nachlasses einer Musikwissenschaftlerin
September 2007	<b>WIFI Wien</b> (M&I /Skriptenstelle), Hauservice
Juli 2007	<b>Österreichische Nationalbibliothek:</b> Aufnahme und Aushebung von Büchern, Katalogisierung,
Juli - August 2006	<b>Bibliothek der Wirtschaftskammer Wien</b> , erster Kontakt mit dem Bibliothekswesen
September 2005	<b>WIFI Wien</b> ( Aus - und Weiterbildung)
Seit 2005 bis heute	Ehrenamtlicher Mitarbeiter des <b>Bezirksmuseums Wien - Währing</b> (Mitarbeit bei Ausstellungen, Führungen durch das Museum)